Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045 21047 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Dienstag, 4. Oktober 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 233**

Klassenkampf gegen Klassenjustiz

Die Angeklagten in dem Zentrale-Prozeß gegen die KPD. lassen Niedner allein verhandeln

An die deutsche Arbeiterschaft!

Folgenden Aufruf des ZK. der KPD. erhalten wir zugesandt:

Unbeschränkt herrscht heute in Deutschland das Großkapital. Die Bürgerblockregierung, beauftragt von den Junkern und Schlotbaronen, von den Bankiers und Börsenjobbern, führt im Interesse ihrer Auftraggeber auf allen Gebieten einen konsequenten Kampf gegen die werktätigen Massen. Durch Zölle und Zollwucher, durch Schutz der Preistreibereien des Trustkapitals und Mietsteigerung wird auf wirtschaftlichem Gebiet die Offensive gegen die Arbeiterschaft geführt. Die [illegible] Arbeiterschaft, durch Lohnkämpfe sich zur Wehr zu setzen, werden durch den infamen Gebrauch des Schlichtungswesens abgedrosselt. Verbunden damit ist ein Abbau der sozialen Fürsorge, eine furchtbare Verelendung der Erwerbslosen und Sozialrentner.

Mit der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion geht Hand in Hand die politische Reaktion.

Durch eine ungeheuerliche Rechtsprechung soll die Kampfkraft der Gewerkschaften gelähmt werden. Die Arbeiterjugend wird verstlavt, vor allem aber richtet sich diese politische Reaktion gegen die Führerin der Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampfe, gegen die Kommunistische Partei und gegen alle Organisationen, die den revolutionären Kampf des Proletariats unterstützen. Immer schärfer werden die Versammlungs- und Demonstrationsverbote für diese Organisationen, immer brutaler die Verfolgung der kommunistischen Presse. Diese Reaktion auf allen Gebieten erhält ihre stärkste Entwicklung durch den Willen der deutschen Bourgeoisie zu kräftiger Kampfbetätigung. Die Rüstungsvorbereitungen zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie in kommenden imperialistischen Konflikten eine aktive Rolle spielen wird. Es wird immer klarer, daß die Kapitalisten Deutschlands sich in die imperialistische Front gegen die Sowjetunion einreihen.

Um aber diese imperialistischen Pläne vorbereiten zu können, braucht die deutsche Bourgeoisie die Knebelung der deutschen Arbeiterschaft, die rechtzeitige Abwürgung des revolutionären Widerstandes gegen die Kriegsvorbereitungen.

Die Klassenjustiz der deutschen Kapitalistenrepublik hat schon sehr frühzeitig die demokratische Maske fallen gelassen, sich auch nicht um den Schein von Recht und Gerechtigkeit gekümmert und ist mit ungeheuerlichen Terrorurteilen gegen diejenigen vorgegangen, die den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu führen begannen. Unter dem Regime der Bürgerblockregierung wurde dieser Justizterror abermals verschärft. Wir erinnern nur an das Stuttgarter Urteil, in dem 44 Jahre Zuchthaus verhängt wurden für Taten, die sich das Gericht von bezahlten Spitzeln zurechtmachen ließ. Wir erinnern an zahllose Verfolgungen von kommunistischen Redakteuren und Schriftstellern, an die Urteile, die selbst gegen Buchhändler und Buchdrucker, die revolutionäre Arbeiterliteratur verkauft oder gedruckt haben, verhängt worden sind. Die Schamlosigkeit einer solchen Klassenjustiz erregte nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in anderen Teilen des Volkes Abscheu und Empörung.

Jetzt mitten in dem schwarzweißroten Hindenburg-Rummel holt die Sachwalterin der kapitalistischen Raubinteressen, die Klassenjustiz, zu einem neuen Schlag gegen die Arbeiterschaft aus. Das Niedner-Gericht will am 4. Oktober den Prozeß gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei beginnen.

Es ist das erstemal in der deutschen Geschichte, daß die Leitung einer Massenpartei, die in allen Parlamenten vertreten ist, vor Gericht gezogen werden soll.

Die politischen Vorgänge, die diesem Prozeß zugrunde gelegt werden, gehen auf 1923 zurück.

Sie werden aber jetzt hervorgezogen, um der einzigen Führerin der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf, der Kommunistischen Partei, einen Schlag zu versetzen. Während die Faschisten um Ludendorff, die 1923 den Marsch auf Berlin begannen, nicht angeklagt oder zu lächerlichen Festungsstrafen verurteilt wurden, sind Tausende revolutionärer Kämpfer, die für die Interessen der Arbeiterklasse eintraten, in die Zuchthäuser der Republik geworfen oder meuchlings ermordet worden.

Die jahrelangen Vorbereitungen zu dem Prozeß gegen die Zentrale unter Mitwirkung solcher Richter wie Jürgens, die die Tatsachen entstellende Anklageschrift, von der selbst der Oberreichsanwalt im Ausschuß des Reichstages abrücken mußte, die Listen der Belastungszeugen, die im wesentlichen aus Polizeispitzeln bestehen, zeigen eindeutig die Absicht, allen bisherigen Klassenurteilen die Krone aufzusetzen.

Die Arbeiterklasse hat längst erkannt, daß ein bürgerliches Gericht niemals „Recht" sprechen kann. Im Staatsgerichtshof und im 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat sich die Reaktion Instrumente geschaffen, die brutal die Klasse des Proletariats und ihre Stütze, die Kommunistische Partei, treffen wollen.

Es sei nur an die ungesetzlichen Vorkommnisse im sogenannten Tscheka-Prozeß, an die Beschränkung der Verteidigung, an die schändliche Behandlung der Anwälte, an die Folterung der Angeklagten im Vorverfahren, an die Billigung der Lynchjustiz durch Niedner, die zuvorkommende Behandlung jeden Spitzels oder Belastungszeugen, die Ablehnung fast aller Beweisanträge der Verteidigung, die Ablehnung fast aller Entlastungszeugen, die Vernehmung der Untersuchungsrichter als Zeugen, die Mortenziehungen der Angeklagten und Verteidiger, die einseitige Beeinflussung der Presse usw. usw. erinnert.

All die mit solchen Methoden seit 1923 gegen Kommunisten durchgeführten Urteile sollen in diesem Prozeß gegen die Zentrale der KPD. als Material für ein unerhörtes Zuchthausurteil benutzt werden. Vierzehn Zentner Akten sind zu diesem Zweck zusammengetragen worden.

In seinem dienstbaren Eifer pfeift das Reichsgericht sogar auf den Willen des Reichstages. Der Reichstag hat zwar die Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten, die im Zentraleprozeß angeklagt sind, erteilt. Klar und eindeutig hat er aber verlangt, daß die Hauptverhandlung nur während der sitzungsfreien Sommermonate stattfinden soll. Jetzt sind die Reichstagsausschüsse seit Mitte September in voller Tätigkeit und Herr Niedner brüskiert einfach die Beschlüsse des Reichstages.

Dem Klassenrichter des Reichsgerichtes muß aber bewiesen werden, daß es noch andere Kräfte in Deutschland gibt, deshalb hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschlossen, die angeklagten Genossen aufzufordern, vor diesem Niedner-Gericht heute nicht zu erscheinen.

Die Arbeiterschaft fordern wir auf, ihre Anstrengungen zu verstärken zum Kampf gegen die Klassenjustiz, für die Generalamnestie aller proletarisch politischen Gefangenen, gegen Krieg und Kriegsgefahr, gegen den Bürgerblock, für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung, für die internationale einheitliche rote Klassenfront.

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Die Antwort an Niedner

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Oktober.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat beschlossen, daß sich die im Zentraleprozeß wegen des Jahres 1923 angeklagten Genossen dem Niedner-Gericht nicht stellen werden und daß die Anstrengungen im Kampfe gegen die deutsche Klassenjustiz und für eine Generalamnestie aller proletarisch politischen Gefangenen verstärkt werden muß.

Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Gewerkschaftsarbeit

Die Berliner Straßenbahner glatt verraten — Bergarbeiter, aufgepaßt!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. Oktober.**

Der von mehr als 90 Prozent der Straßenbahner abgelehnte Schiedsspruch von Wissel ist gestern nachmittag durch das Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. In der gestern stattgefundenen Funktionärkonferenz der Berliner Straßenbahner erklärten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, daß die Leitung des Verkehrsbundes die Weiterführung der Aktion nach der Verbindlichkeitserklärung ablehnt, weil sonst die Gewerkschaften — schadenersatzpflichtig seien. Ein sofort eingereichter Antrag, am Dienstagfrüh den Streik zu proklamieren, wurde nach einer stürmischen Debatte mit 52 gegen 49 bei zwei ungültigen Stimmen abgelehnt. Darauf schloß die Gewerkschaftsbureaukratie die Konferenz mit der Bekanntmachung: „Die Bewegung ist nunmehr beendet."

Die gesamte bürgerliche Presse verhehlt ihren Triumph über die Niederlage der Straßenbahner, die mit Hilfe sozialdemokratischer Schlichter und Gewerkschaftsführer durch das Reichsarbeitsministerium erfolgt ist, nicht. Der „Vorwärts" beschränkt sich auf die Bemerkung: „Zu diesem Abstimmungsergebnis hat ohne Zweifel die Auffassung beigetragen, daß ein Streik, hinter dem die Organisation nicht stehen kann, wenig Aussicht auf Erfolg hätte!" Die „Rote Fahne" warnt vor Austritten aus dem Verkehrsbund und fordert eine gründliche Diskussion in den Gewerkschaften über den Raub des Streikrechts und die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Schlichter.

Genosse Marty.

Mitglied des Zentralkomitees der KPF., erhielt wegen zwei Pressevergehen eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren von der französischen Klassenjustiz zudiktiert

Arbeitszeitschiedsspruch im rheinischen Braunkohlengebiet angenommen

(Eig. Drahtm.) Köln, 4. Oktober.

Eine Revierkonferenz der rheinischen Braunkohlenbergarbeiter hat mit zwei Drittel der Anwesenden gegen ein Drittel den vom Schlichter gefällten Schiedsspruch in der Lohn- und Arbeitszeitbewegung der rheinischen Braunkohlengruben zugestimmt. Der Schiedsspruch bringt ab 2. Januar 1928 die Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 51 Stunden wöchentlich, täglich also eine halbe Stunde. Ab 2. April 1928 soll die Schichtzeit um eine weitere halbe Stunde verkürzt werden, während die Arbeitszeit von 8½ Stunden täglich bestehen bleibt. Diese Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt ohne jeglichen Lohnausgleich.

Statt den Kampf im Rheinland mit dem in Mitteldeutschland zu verbinden, um so beiden Bewegungen eine größere Stoßkraft zu geben und im Rheinland ein gleichzeitige Lohnerhöhung durchzudrücken, schickten die Reformisten die Arbeiterschaft wieder in die Betriebe.

Ausschreitungen der Zörgiebel-Polizei

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Oktober.

Gestern wurde bei der amerikanischen General-Motors-Compagnie ein streikender Metallarbeiter während einer Diskussion mit Streikbrechern von einem Schupokommando überfallen und mit dem Knüppel zusammengeschlagen. Eine **unbeteiligte wehrlose Frau**, die zum Bahnhof Eichhornstraße wollte, wurde schwer mißhandelt. Zehn streikende Kollegen wurden verhaftet. So sieht es im Reiche von Zörgiebel, Grzesinski und Wissel aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0001

Unterstützt den Kampf der Bergarbeiter!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. Oktober.**

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat zu dem Streikbeschluß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf Grund des Verbandsstatuts beschlossen, daß jedes sich am Streik beteiligende Mitglied einen Extrabeitrag in Höhe von 4 Wochen zu leisten hat zur Unterstützung des Kampfes.

*

Es ist eine ungenügende Maßnahme, von den schlechtbezahlten Bergarbeitern die alleinige Aufbringung der notwendigen Kampfmittel zu verlangen. Der ADGB. muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft, alle freien Gewerkschaften zur Unterstützung des Kampfes mobilisieren.

*

Nachstehend bringen wir die am Sonntag vom Tarifausschuß vorgelegte und mit 368 gegen 2 Stimmen angenommene Resolution:

„Die von 370 Delegierten der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie besuchte Konferenz nimmt mit Entrüstung von der ablehnenden Haltung des Unternehmerverbandes in der Lohnfrage Kenntnis. Wohl haben die Unternehmer die Berechtigung einer Lohnerhöhung anerkannt, sie haben diese aber von einer vorherigen Kohlenpreiserhöhung abhängig gemacht. Ja, sie haben sogar verlangt, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich für eine vorherige Kohlenpreiserhöhung aussprechen und einsetzen möchten. Ein solches Verlangen ist mit Recht als unerhört zurückgewiesen worden. Uebrigens haben die Unternehmer noch nicht den Nachweis erbracht, daß die Braunkohlenindustrie Lohnerhöhungen nicht zu tragen vermag.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß das ganze Verhalten der Unternehmer nur zu dem Zweck erfolgt, um unter den Arbeitern Verwirrung anzurichten, die öffentliche Meinung irrezuführen und diese dringend notwendige Lohnerhöhung zu verhindern. Die Verwirklichung dieser nur zu durchsichtigen Absicht darf nicht gelingen. Da es nicht möglich war, auf friedlichem Wege die Löhne der Braunkohlenindustrie zu erhöhen, so beschließt die Konferenz, daß

auf allen Werken die Kündigung einzureichen

ist. Dabei ist folgendes zu beachten: 1. Auf denjenigen Werken, wo eine vierzehntägige Kündigungsfrist besteht, ist die Kündigung am Montag, dem 3. Oktober, vor Beginn der Arbeit einzureichen. 2. Auf allen anderen Werken wird die Kündigung am Sonnabend, dem 8. Oktober, eingereicht. 3. Nach Ablauf der Kündigungsfrist erfolgt

am 17. Oktober auf allen Werken die Arbeitseinstellung.

Die Konferenz billigt die Haltung der Gewerkschaften und richtet an die Belegschaften der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie den dringenden Appell, den Lohnkampf einig und geschlossen zu führen. Kein Kamerad darf zurückbleiben. Es gilt, durch festes Zusammenhalten bessere Lebensmöglichkeiten zu erkämpfen und die elenden Lohnverhältnisse zu verbessern."

Bei der Berichterstattung über die Konferenz kann die sozialdemokratische Presse es sich nicht verkneifen, von einer Entschließung der Kommunisten, die den sofortigen Streik fordert, zu schwindeln. Die Entschließung der Opposition besagt statt dessen, daß mit Wirkung ab 3. Oktober im gesamten mitteldeutschen Braunkohlengebiet zu kündigen und am 10. Oktober in den Streik einzutreten ist. Wir stellen nur die sozialdemokratische Objektivität in der Berichterstattung fest.

Die Grubengewaltigen kündigen

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß am gestrigen Tage auf dem Abraum Pirkau die Werksleitung einer größeren Zahl von Arbeitern gekündigt hat. Nach den Kündigungen auf dem Abraum der Grube Kamerad ist dieses der zweite Fall, daß die Unternehmer ihrerseits den Arbeitern, und selbstverständlich den besten und revolutionärsten, kündigen. Die Grubenbarone sind zu diesen Maßnahmen in der Lage, weil ihnen durch die Verschleppungstaktik der Reformisten ausreichende Zeit gelassen wird. Die Arbeiter müssen diese Zerschlagung ihrer Kampffront mit allen verfügbaren Mitteln zu verhindern suchen.

Schiedsspruch für den niederschlesischen Bergbau

(WTB.) **Waldenburg (Schlesien), 3. Oktober.**

Nach zehnstündigen Verhandlungen wurde gestern in dem vom Schlichter für den Bezirk Niederschlesien anberaumten Termin über die Lohnforderungen im niederschlesischen Bergbau ein Schiedsspruch gefällt, der die bisherigen Tarifschichtlöhne und die reinen Gedingelöhne mit Wirkung vom 1. Oktober um 6 Prozent erhöht. Gedinge- und Leistungszulagen, die auf Schichtlöhnen aufgebaut sind, bleiben in gleicher absoluter Höhe erhalten. Diese Neuregelung der Löhne gilt bis zum 30. Juni 1928. Den Parteien ist eine Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs bis zum 4. Oktober mittags gesetzt worden.

Ueberall Verbindlichkeitserklärung für Elendsschiedssprüche

Der Arbeitgeberverband hat den Schiedsspruch vom 27. September für die Textilindustrie von Westsachsen, Mittelsachsen und Ostthüringen angenommen und beim Arbeitsministerium in Dresden die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Da der Textilarbeiterverband, wie berichtet, den Schiedsspruch am Sonnabend einstimmig abgelehnt hat, muß nunmehr das Reichsarbeitsministerium über den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung entscheiden.

Um den Manteltarif der Berliner Hochbahnarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. Oktober.**

Die Verhandlungen über den Manteltarif für die Hochbahnarbeiter sind bisher an der Halsstarrigkeit der Hochbahndirektion gescheitert, die durch das Vorgehen des sozialdemokratischen Schlichters bei den Straßenbahnen in ihrer brutalen Haltung gestärkt worden ist. Die Verhandlungen über den Manteltarif für die Autobus-Aktiengesellschaft-Arbeiter sind bisher resultatlos verlaufen.

Nette Erfolge der reformistischen Kampfmethoden

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. Oktober.**

Gestern verhandelten die Vertreter des Berliner Metallkartells mit dem Verbande der Berliner Metallindustriellen über den Abschluß eines Lohntarifs für die Berliner Metallarbeiter. Die Unternehmer, gestärkt durch die Vorgänge bei der Straßenbahn, lehnten sämtliche Forderungen der Gewerkschaften ab.

Die Hamburger Volkspartei vertraut der SPD. rückhaltlos

Die Deutsche Volkspartei in Hamburg ist die Vertreterin des Reederei-, Werft- und Handelskapitals. Sie hat den Deutschnationalen schon längst den Rang abgelaufen. Sie ist schwarzweißrot und monarchistisch. Sie ist die Repräsentantin des deutschen Exportkapitals, die Haupteinpeitscherin des neuen deutschen Kolonialimperialismus. Mit dieser Partei sitzen die Hamburger Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführer in der großen Koalitionsregierung. Die Sozialdemokraten erwiesen sich dessen würdig. Sie haben jeden nationalistischen Vorstoß der Hamburger Volkspartei gedeckt; sie haben deren Steuerpolitik mitgemacht. Sie sind in der kapitalistischen Republik führend vorangegangen in beispielloser Unterdrückung des revolutionären Proletariats durch Verbote und Beschlagnahmung der kommunistischen Presse, der „Hamburger Volkszeitung", Verbot kommunistischer Kundgebungen, blutigem Terror auf der Straße. Dabei sind die Hamburger Sozialdemokraten in der glücklichen Lage, noch nicht den bekannten Fußtritt erhalten zu haben, wenn der Lakai seine Schuldigkeit getan hat. Sie haben sich im Gegenteil so „bewährt", daß kürzlich in einer Wählerversammlung in Hamburg der Sekretär der Volkspartei, Burchardt-Motz, der Sozialdemokratie das offene Vertrauen zu ihrer Mitarbeit und ein Bekenntnis zur großen Koalition auch für die Zukunft aussprach.

Als Breitscheid in Genf der bürgerlichen Presse des Auslandes über die Taktik der SPD. bei den kommenden Reichstagswahlen und nachher erzählte, war das keine müßige Philosophie, sondern, wie der Fall Hamburg beweist, eine Realität.

Bei den Wahlen in Hamburg am kommenden Sonntag werden die Arbeiter darauf antworten.

Wilhelm Liebknecht spricht:

„Die große, ungeheure Mehrzahl des arbeitenden Volkes in Stadt und Land liest die Zeitungen der Feinde und legt sich dadurch freiwillig ein moralisches Vasallentum auf. Die Speise, die ihnen der Feind reicht, hat die Wirkung eines geistigen Zauberkrautes: wer sie genossen, vergißt seine Freunde und erhebt brudermörderisch die Hand gegen sie, auf Befehl seines und ihres Feindes. Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über welche sie verfügt."

Die Millionen Werktätigen von ihrem geistigen Vasallentum zu befreien und für den Kampf ihrer Klasse zu gewinnen, das ist die große Tagesaufgabe des Kommunisten.

Deshalb Werbung für Partei und Presse!

Deshalb fort mit den bürgerlichen Giftmischer-Organen aus dem Arbeiterhaus! Hinein mit dem „Klassenkampf"!

Beschlagnahme des Prinzenbildes

auf dem Domela-Buch „Der falsche Prinz"

In dem Rechtsstreit zwischen dem Malik-Verlag und dem Prinzen Wilhelm von Preußen wegen des Bildes des Prinzen auf dem Umschlag des Domela-Buches fällte das Schöffengericht Charlottenburg ein Urteil, in dem erklärt wird, daß alle Umschläge des Buches mit Recht der Beschlagnahme verfallen seien. Der Prinz gehöre nicht der Zeitgeschichte an. Sein berechtigtes Interesse sei dadurch verletzt, daß Domela tatsächlich ein — Vorbestrafter sei. —

Ein geistvolles Urteil! Es macht den republikanischen Richtern alle Ehre, wird aber nicht daran hindern, daß Harry Domela nun erst recht gelesen wird. (Wir drucken in Kürze diese blendende Erzählung ab.)

Auch die Kriegsopfer gegen Kulturreaktion

Eine am Sonnabend, dem 1. Oktober, stattgefundene Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Halle, nahm eine Entschließung gegen das drohende Reichsschulgesetz an, in der besonders die Brandmarkung reformistischer „Verbesserungs"-Anträge hervorgehoben wurde. Restlose Ablehnung des Schandgesetzes wird darin gefordert und die Massenmobilisierung aller Werktätigen verlangt. Die Ortsgruppe schloß sich dem Kampfbund gegen Kulturreaktion an.

Nationalistische Rowdies

(Eig. Drahtm.) **Frankfurt, 3. Oktober.**

Im Anschluß an einen Fackelzug der Vaterländischen Verbände und Kriegervereine unter Führung des Stahlhelms als Auftakt zur Hindenburgfeier in Frankfurt wurde am Sonnabendabend gegen ½12 Uhr der 19jährige invalide Jungfrontkamerad Neumig unweit der Verkehrswirtschaft der Nationalsozialisten und Stahlhelmbanditen überfallen und mit Prügeln bearbeitet und durch einen von hinten geführten Stich in die Leber so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Parteitag der englischen Arbeiterpartei

(Eig. Drahtm.) **London, 4. Oktober.**

In Blackpool wurde der Parteitag der englischen Arbeiterpartei gestern eröffnet. An dem Kongreß nahmen zirka 1000 Delegierte teil. Im Bericht des Parteivorstandes werden 3 352 347 Mitglieder angegeben. Der Parteivorstand teilte mit, daß neun Ortsgruppen der Arbeiterpartei, die sich weigerten, alle Kommunisten auszuschließen, aus der Partei korporativ ausgeschlossen wurden. Es konnte aber trotzdem nicht verhindert werden, daß auch diesmal wieder Kommunisten und Radikale auf dem Kongreß der Arbeiterpartei vertreten sind.

Die Opposition tritt mit einem klaren politischen Programm auf. Ihre Hauptlosung ist Kampf gegen Kapitalsoffensive und Kriegsgefahr, Kampf gegen die Spaltung und Arbeitsgemeinschaftspolitik der jetzigen Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften, für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den sowjetrussischen Gewerkschaften für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die englischen Imperialisten und Kriegstreiber.

Der Kampf gegen den Diktator

Revolutionspläne in Spanien?

(WTB.) **Paris, 3. Oktober.**

Nach einer Havasmeldung aus Hendaye verlautet dort, daß in Spanien Ende letzter Woche 40 Verhaftungen in anarchistischen Kreisen vorgenommen worden sind. Trotz der Dementis der offiziellen Kreise in Madrid sollen sich diese Verhaftungen auf die Entdeckung eines Komplotts gegen hochstehende Persönlichkeiten beziehen.

Nach dem Paris Midi soll die in Madrid aufgedeckte Verschwörung das Ziel gehabt haben, den Zusammentritt der Nationalversammlung am 10. Oktober zu vereiteln. Mehrere Offiziere seien in die Angelegenheit verwickelt. Aufrührerische Flugschriften und Bomben seien beschlagnahmt worden. Die Zensur sei verschärft.

Terror der faschistischen Rowdies in Amerika

(WTB.) **Birmingham (Alabama), 3. Oktober.**

Gestern wurden in Alabama mehr als 90 Personen von vermummten Leuten angegriffen, ihrer Freiheit beraubt und mit Peitschen geschlagen. Die meisten Angreifer trugen die Gesichtslarven und Kapuzen der Mitglieder des Ku Klux Klan (faschistische Geheimorganisation). Einige ihrer Opfer sind an den Folgen der Mißhandlungen bereits gestorben. Andere haben schwere Verletzungen davongetragen. Die Behörden, die diese Taten als wahre Terrorakte bezeichnen, haben versprochen, energische Maßnahmen zu ergreifen.

Die Sozialdemokratie, der Feind der Erwerbslosen

Von E. Steffen

(Schluß)

II.

Auf Grund der in der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volksstimme" von Joh. Kretzen veröffentlichten Artikel: „Wie Arbeitslose verschwinden" wiesen wir bereits nach, daß das absolut falsche Zahlenmaterial über die von Joh. Kretzen beantwortete Frage irreführend ist. Gleichzeitig erhoben wir gegen die Sozialdemokratie die Anklage, daß sie mitverantwortlich und schuldig an dem Elend und der Lage der Erwerbslosen ist, wie es jedem Arbeitenden und Erwerbslosen die nachfolgenden Tatsachen beweisen.

Wie steht es z. B. mit dem sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, das am 19. Januar 1927 auf Grund einer Entschließung des Reichstages vom 28. Juli 1926 zur Verminderung der Erwerbslosigkeit vorgelegt wurde? Die angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung sind nirgends in Erscheinung getreten. Daß die Sozialdemokratie dieselben sogar sabotiert hat, geht aus der Sitzung des Preußischen Landtages vom 30. November 1926 hervor. Hier standen die Uranträge der kommunistischen Fraktion vom 2. November über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der preußischen Regierung zur Beratung. Die Reichsregierung erhob gegen die preußische Regierung den Vorwurf, daß diese im Gegensatz zu allen anderen Länderregierungen noch kein -Programm eingereicht hatte. Die Sozialdemokratie stimmte sogar gegen einen Antrag der Demokraten, in dem lediglich gefordert wurde, die preußische Regierung solle einen schärferen Druck auf die Reichsregierung zwecks Arbeitsbeschaffung ausüben. Für die kommunistische Landtagsfraktion brachte Genosse Merker in seiner Rede (223. Sitzung) den Nachweis, daß die Sozialdemokratie sich gegen jede positive Maßnahme für die Erwerbslosen wendet. Die Sozialdemokraten stimmten alle Anträge der kommunistischen Fraktion, die sich mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigten, nieder

In der preußischen Regierungskoalition, wo die SPD. nach ihrer Behauptung den entscheidenden Einfluß hat, wurde jede Hilfe für die Erwerbslosen sabotiert. Lassen wir Zahlen sprechen. In Preußen waren am 15. August 269 208 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden, davon waren 40 783 längst Erwerbslose mit über 39 Wochen. Im Gegensatz zum Reichsdurchschnitt mit 19,02 Prozent entfielen in Preußen nur 18,07 Prozent Notstandsarbeiter auf 100 Hauptunterstützte. Die amtliche Zahl von Ende Juli gibt 653 528 Arbeitsuchende an, davon erhielten Unterstützung einschließlich Hauptunterstützungsempfänger und Krisenfürsorge 407 018. Also rund 250 000 Personen erhielten in Preußen keinerlei Unterstützung. Da nach dem alten Erwerbslosenfürsorgegesetz die Kommunen und die Länderregierungen die Verantwortung für die Unterstützung tragen und der Reichsarbeitsminister nur die sachliche Aufsicht hat, ist also in Preußen unter der aktiven Beihilfe der Sozialdemokratie die größte Längst-Erwerbslosigkeit vorhanden und die niedrigste Zahl der Notstandsarbeiter und die höchste Zahl der aus der Unterstützung herausgeworfenen Erwerbslosen. Die Landesarbeitsämter, die der preußischen Regierung unterstehen, übertreffen an Brutalität noch die der anderen Regierungen. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt verordnete am 9. August, daß neue Notstandsarbeiten nicht in Angriff genommen werden und daß alle in Gang befindlichen Notstandsarbeiten sofort abgebrochen werden sollen. Für diese Anordnung trägt die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes Berlin, Brühl, behauptete am 29. August in einem Rundschreiben, daß die Längst-Erwerbslosigkeit aus arbeitsscheuen und arbeitsunwilligen Elementen bestehen. Für diese Verordnung trägt die Sozialdemokratie gleichfalls die Verantwortung.

Wir könnten in der Aufzählung solcher Handlungen, die gegen die Interessen der Arbeitslosen begangen werden, und für die die Sozialdemokratie die Verantwortung trägt, lange fortfahren. Wir könnten Hunderte von Beispielen bringen, wo in Gemeinden und auf Arbeitsämtern, auf denen die Sozialdemokratie dominierender Einfluß hat, die Handhabung der Erwerbslosenfürsorge besonders scharf geschieht und ohne Rücksicht auf die Notlage der Erwerbslosen diese durch schikanöse Maßnahmen aus der Fürsorge herausgedrängt werden.

Aber nicht nur die Sozialdemokratie, soweit sie in der Regierung und in den Gemeindeparlamenten sitzt, befindet sich auf dem Krigspfade gegen die Erwerbslosen, wie Kretzen sich ausdrückt, sondern dasselbe haben in ebenso ausreichendem Maße die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Gewerkschaften getan. Die sozialdemokratische Gwerkschaftsbureaukratie versucht, den Kampf der Erwerbslosen um Arbeit und Unterstützung stets zu verhindern. In den Gewerkschaftsversammlungen wurde systematisch jede Erörterung des Erwerbslosenproblems verhindert. Die Sozialdemokraten denunzieren die Erwerslosenausschüsse als „kommunistische Mache" und geben sogar den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten das Stichwort für die Niederknüttelung der Erwerslosen.

Wir können darauf verzichten die einzelnn Vorfälle, die noch jedem Erwerbslosen in Erinnerung sind, hier anzuführen. Der Sozialdemokratie wird es nicht gelingen, sich von ihrer Schuld reinzuwaschen. Sie wird kein Glück damit haben, die Erwerslosen als gläubiges Stimmvieh für sich einzufangen. Jeder Erwerbslose weiß, daß die Sozialdemokratie die Hauptverantwortung für diese Zustände trägt, und daß sie es ist, die sich auf dem Kriegspfade gegen die Erwerbslosen befindet.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Bayrischer Volkspartei haben zu einer grundsätzlichen Einigung nach dem Vorschlag des Reichskanzlers Marx über die Bildung einer zunächst parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft geführt.

Die Bremer Kundgebung gegen den Hindenburg-Rummel fand unter guter Beteiligung der Bremer Arbeiter statt. Im Zuge befanden sich vier bis fünf Reichsbanner-Kameraden. Die Kundgebung verlief ruhig.

Der Bremer Senat wandte sich gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Svante Arrhenius gestorben. Nach ungefähr einer Woche Krankheit ist der weltberühmte Gelehrte Professor Svante Arrhenius im Alter von nahezu 68 Jahren gestorben. Er galt als einer der Bahnbrecher und Begründer der modernen physikalischen Chemie.

Vanzettis Asche. Am Montag früh trifft die Schwester des von der amerikanischen Klassenjustiz ermordeten Vanzetti mit der Asche Vanzettis in Cherbourgh ein.

Die mexikanische Militärbehörde ordnete die Einstellung des Eisenbahnverkehrs der mexikanischen und zwischenozeanischen Eisenbahnen nach Mexiko-Stadt an. Wie verlautet, ist es an mehreren Plätzen zu Aufständen gekommen. Die Bundestruppen sind mit unbekanntem Ziel abgerückt.

Die Kommunistische Internationale

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Inter-
Heft 38/39, Jahrgang 1927, Preis 0,60 Mk.

Inhalt: Edinburgh; J. Stalin: Ueber die internationale Lage; J. T. Murphy: Die neue Lage in Irland; A. Losowski: Die Krise der chinesischen Revolution; John Pepper: Analyse und Lehren der internationalen Sacco-Vanzetti-Kampagne; W. Koenen-Berlin: Die neuen deutschen Wucherzölle; Ch. Wurm: Die Abkehr vom Marxismus; Kjai Samin: Neue Stürme in Indonesien im Anzuge; J. Kitaigorodski: Die Lage der Arbeiterklasse in der Türkei; A. Schami: Die politische Lage in Aegypten; P. K. Turten: Noch ein linker Pazifist.

Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteure oder durch die Post. (Postabonnement 1 Mk. statt 1,25 Mk.)

Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0002

Bezirksparteitag der Einheit und Arbeit

Der Verlauf der Tagung

Am späten Nachmittag vom Sonnabend, dem 1. Oktober, eröffnete Genosse Schröter im kleinen Saal des „Volkspark", Halle, den Bezirksparteitag. Nachdem er auf die Bedeutung der Tagung hingewiesen hatte, gedachte die Versammlung der Opfer der chinesischen Revolution, der Wiener Kämpfe und der amerikanischen Freiheitskämpfer Sacco und Vanzetti.

Als

Vertreter des Zentralkomitees

hielt Genosse Dahlem, Berlin, eine Begrüßungsansprache, in der er besonders auf die alten revolutionären Traditionen des Bezirks hinwies und auf die besondere Bedeutung der starken chemischen Industrie, aber auch des Braunkohlengebietes in unserer Gegend. Der Bezirksparteitag muß eine scharfe Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage ziehen, mit aller Gründlichkeit die Fehler und Mängel der Arbeit der Partei untersuchen und auf Grund der gewonnenen Klarheit die Aufgaben festlegen, die in der Zukunft zu erfüllen sind.

Es folgten dann eine Reihe

Begrüßungsansprachen von Vertretern aus den verschiedenen Bezirken

der Partei. Besonders beifällig wurden die Ausführungen des Genossen Pfeiffer von Berlin-Brandenburg aufgenommen, welcher schilderte, wie es nach Ueberwindung der Opposition in Berlin-Brandenburg vorwärts gehe.

Genosse Baumgärtel wies als Vertreter von Westsachsen auf die gemeinsamen Arbeiten der beiden Bezirke im Bergbaugebiet und besonders im Leuna-Werk hin.

Genosse Tittel, Groß-Thüringen, betonte u. a., daß er nicht zuletzt deswegen Anteil an dem Bezirksparteitag nehme, um sich Klarheit über die Klein-Opposition zu verschaffen, mit der man im Suhler Unterbezirk von Groß-Thüringen operierte.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen erhielt Genosse Lademann das Wort zu dem

Bericht über die politische und organisatorische Tätigkeit des Bezirks

Er führte u. a. etwa folgendes aus:

Der Essener Parteitag ist die Richtschnur für unsere Arbeit gewesen. Was in Essen über die relative Stabilisierung gesagt worden ist, hat sich bewahrheitet. Die Verschärfung der Rationalisierung und damit auch der Ausbeutung auf der einen und die Hochkonjunktur auf der anderen Seite sind Beweise dafür. Der Chemiekonjunktur zu Beginn dieses Jahres schloß sich die Konjunktur im Bau-, Metall- und Bergbaugewerbe an. Der Bürgerblock ist der politische Ausdruck der Machtpolitik des neudeutschen Imperialismus. Diese Situation stellte uns entsprechende politische Hauptaufgaben.

Sind wir der Lösung dieser Aufgaben nähergekommen?

Er schildert ausführlich die Verhältnisse zu Anfang dieses Jahres. Seitdem ist die politische Aktivität in der Partei sowohl wie im Proletariat erheblich gewachsen. Das wirkte sich besonders aus bei unserer Arbeit zur Mobilisierung der Massen im Leuna-Werk, im Bergbau, in der Metallindustrie für Achtstundentag und Lohnerhöhung. Ausführlich geht er auf Fehler und Mängel bei dieser Arbeit ein. Die Berichterstattung vom Kongreß der Werktätigen und von der zweiten Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland fällt in die erste Berichtszeit und hat uns beinsalls gute Erfolge gebracht.

Die politische Reaktion stieß seitdem nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt vor. Zunächst erlebten wir den Putsch in Litauen, und ein sprunghaftes Ansteigen der Kriegshetze gegen die Sowjetunion, an der sich auch die SPD. mit dem längst geplatzten Giftgas- und Sowjetgranatenschwindel beteiligte. Die Kämpfe in China brachten die Eroberung Schanghais, aber damit auch den Verrat durch die kleinbürgerlichen Führer Tschankaischek, Feng usw. mit sich.

Die Märzfeiern in Deutschland fanden im Leuna-Aufmarsch ihren Höhepunkt. Die Maifeiern fanden im Bezirk fast überall unter den Parolen der Partei statt. In einigen Orten wurden Fehler gemacht. Dem Stahlhelmrummel am 8. Mai verdanken wir gute Aufmärsche des mitteldeutschen Proletariats entgegenzustellen. Inzwischen hatte die Pressekampagne in den Monaten März und April gute Erfolge gebracht. Aber gerade die politische Lebendigkeit in den Maitagen bewies uns, daß diese Erfolge noch lange nicht Schritt gehalten haben mit dem schnellen Wachstum des ideologischen Einflusses der Partei.

Schlecht organisiert waren die internationalen Frauen- und Kinderwochen.

Die Sangerhäuser Wahl war durch gute Politik und praktische Kleinarbeit ein voller Erfolg für die Partei.

Der Kampf gegen den Bürgerblock und die Kriegsgefahr erlebte eine Steigerung während der Antikriegskampagne, die im allgemeinen mit guten Erfolgen durchgeführt wurde. Der beeindruckte Aufstand des Wiener Proletariats und den begeisterten Beifall der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Eine fünfzehnminutige Arbeitsruhe wurde besonders in Halle fast überall als Protest durchgeführt gegen den Verrat der Wiener Sozialdemokratie und den Wiener Polizeiterror. Das kleinbürgerliche „Fest der Arbeit", das in Zeitz von den linken SPD.-Leuten veranstaltet wurde, fand durch uns eine erfolgreiche Ausnutzung. Im Kampf um Sacco und Vanzetti und gegen die Klassenjustiz führten wir ebenfalls in den meisten hallischen Betrieben die Arbeitsruhe durch. In dieser Kampagne erlebten wir eine seit 1923 nicht gekannte politische Aktivität. Sofort folgte die Antwort der Reaktion. Es hagelte Verhaftungen und Verbote gegen die Kommunistische Partei, auch SPD-Grützner billigte das bekannte Verbot des Demokraten Oegle gegen KPD., NFB. usw.

Im Kampfe gegen die Kulturreaktion stehen wir im Bezirk in vorderster Front.

Der steigende Wille zum Kampf um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht zuletzt auf unsere oppositionelle Arbeit innerhalb der Gewerkschaften und unter den Betriebsrategeschaften zurückzuführen. Unsere Gewerkschaftsarbeit zählt eine Reihe sehr guter Erfolge, wenn auch im Durchschnitt die Arbeit noch nicht überall so gefestigt wird, wie es die Bedeutung derselben verlangt. Im hallischen Kartell haben wir durch allerhand Manöver der Reformisten die zunächst feststehende Mehrheit nicht erhalten. Das soll uns aber nicht abhalten, nun erst recht intensive Arbeit zu leisten. Die Betriebsrätebewegung hat besonders im Bergbau unter Führung der Opposition gute Fortschritte gemacht.

Auf der Eisenbahn, in der Metall- und Bauindustrie gewannen wir an Boden, in der Chemie bauten wir unsere Stellungen aus. Die Landarbeit muß stärker werden. Die Verbandsbureaukratie hat den DLV. fast vollkommen zerschlagen. Wir müssen ihn ausbauen und dabei das Land auch politisch mobilisieren. Ausführlich schildert Genosse Lademann dann die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit.

Die Mobilisierung der Massen hat die Aktivisierung der Partei zur Vorbedingung, darum müssen wir zu einer planmäßigen Verteilung der Kräfte in allen Organisationen der Partei kommen und die Wintermonate zur gründlichen Schulung und zur Erziehung der neuen Mitglieder zu Parteifunktionären ausnutzen. Die Finanzierung einer Bezirksparteischule muß auf alle Fälle möglich gemacht werden. Der Genossenschafts-, Jugend- und Frauenarbeit ist eine erhöhte Beachtung zu schenken.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Abonnentenziffer unseres „Klassenkampf". Ohne besonders organisierte Werbearbeit haben wir in den letzten Monaten mehrere tausend Abonnenten gewonnen, und erwarten, daß die letzte Werbekampagne uns wiederum mehrere tausend Abonnenten zuführt und daß wir außerdem die Mitgliederzahl der Partei erheblich erhöhen können.

In der

Diskussion

sprach zunächst Genosse B., Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld. Das Schlagwort Qualitätsarbeit von der Industriellenkagung ausgegeben, beweist, daß wir noch nicht am Ende der Rationalisierung stehen. Das verlangt besonders in der Chemie klare und konsequente Gewerkschaftsarbeit. Die Betriebsarbeit muß besonders im Bitterfelder Bezirk gesteigert werden. Die Werbekampagne brachte zunächst in Piesteritz noch 30 Leser, obwohl das Arbeitsfeld ziemlich erschöpft ist. Eine sogenannte Opposition gibt es bei uns nicht.

Genosse Holzweißig, Torgau, bemängelt die ungenügende Auswertung der Kodewe-Bewegung. An der sozialpolitischen Front haben wir sehr gut an Boden gewonnen. Die Arbeitsgerichte müssen von den Genossen mehr Beachtung finden. Auf dem Lande sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Ueberorganisation und die übertriebenen Sammeleien überparteilicher Organisationen hemmen die Partei. Er wendet sich sehr scharf gegen die persönliche Hetze Kilians und bedauert, ihn hier und da gestützt zu haben.

Genosse R., Weißenfels, stellt die wichtige Tatsache fest, daß im dortigen Braunkohlenrevier auch die Arbeit auf dem Lande mit der Arbeit innerhalb der Bergarbeiterbewegung eng zusammenhängt.

Genosse Schippa, Weißenfels, fordert mehr Schulungsarbeit und eine größere Beachtung des Faschismus, der versucht, sich auf dem Lande Positionen zu verschaffen.

Genosse Benkwitz, Zeitz, war der Meinung, daß wir zu wenig die Notwendigkeit des Sturzes der Bürgerblockregierung betonen und diese Losung hinter lokalen Angelegenheiten verstecken. Ohne die Opposition zu verteidigen, behauptet er, daß die KZ. an der Ausnutzung des Materials der Opposition durch unsere Gegner schuld sei (!!). Der Kodewe ist nicht genügend ausgewertet worden. Wir haben nach Zeitz einen abgedrehschenen Film erhalten, ebenso sind von uns angeforderte Referenten ausgeblieben. Das muß anders werden!

Genosse Gutjahr, Zeitz, betont, daß so sachlich wie die Kritik von Benkwitz leider nicht die Praxis der Opposition sei. Die Zeitzer Opposition macht eine Schaukelpolitik, mal hält sie zur Partei, mal zu den Urbahns-Spoltern. Wir haben neben bürgerlichen Zeitungslesern tausend größere Teile der „Volksbühne"-Leser gewonnen. Viele Genossen sind auf kommunalpolitischem Gebiet noch sehr unbeweglich. Die Presse und der Boykottistische Kurs müssen dazu noch mehr ausgenutzt werden. Werden die kommunalen Kampagnen gut geführt, dann bleiben die Erfolge nicht aus, wie z. B. in Teuchern, wo wir 50 Leser, und in Zeitz, wo wir 135 Leser unmittelbar nach kommunalen Kampagnen gewannen. Auch im Kampfe gegen die SPD. ist die Kommunalarbeit von hoher Bedeutung.

Genosse Plättner, Bitterfeld, schildert die Ursachen der wenig klassenbewußten Ideologie im Bitterfelder Bezirk. Wir sind im Begriffe, sie zu überwinden, wie unsere guten Erfolge in letzter Zeit beweisen. Die Betriebszellen sind in allen großen Werken im fortschreitenden Aufbau. Mit Erfolg haben wir auch die Schulungsarbeit begonnen. In diese Arbeit kam Kilian hineingeplatzt und zerstörte besonders in der Zelle Mainthal den begonnenen Aufbau. Die rechtesten Schweinereien machten in einem Verband linke Fraktionsfreunde Kilians. Wir werden aber auch diese Angriffe überwinden.

Genosse Schluz, Schkeuditz, schildert die Notwendigkeiten im Kampfe gegen die Schulreaktion. Dieser Kampf ist auch ein Mittel, den politischen Kampf gegen den Bürgerblock aufzunehmen. Ebenso hängt der Kulturkampf mit den Lohn- und Arbeitszeitfragen zusammen und kann unter gewissen Voraussetzungen auch dafür als Ausgangspunkt genommen werden.

Genosse R., Eilenburg, fordert mehr gegenseitiges Vertrauen und polemisiert gegen reformistische Fehler einiger Eilenburger Genossen. Er verlangt mehr Schulungs- und Jugendarbeit.

Damit wurde die Konferenz am Sonnabendabend abgeschlossen.

Die Sonntagstagung

Zunächst wurde die Diskussion über den politischen und organisatorischen Bericht fortgesetzt.

Genosse L., Eisleben, schildert interessante Momente von der Betriebszellenarbeit. Dadurch haben wir die Gelben sehr gut zurückgeschlagen. Die Eroberung des Konsumvereins von Teutschenthal ist unzweifelhaft ein guter Erfolg. Die Nordhäuser Ecke, die uns angeschlossen worden ist, bedarf noch vieler Arbeit. Die gewerkschaftliche Organisation ist dort, wie im Mansfeldschen, noch sehr schlecht, wir müssen ihr nachhelfen.

Genosse X., Leuna, schildert ausführlich den wachsenden Willen der Leuna-Arbeiterschaft, den Achtstundentag zu erkämpfen. Wir leisten in erster Linie Gewerkschaftsarbeit. Er schildert dann die Methoden der SPD., die verschiedene organisatorische Versuche macht, um ihren Einfluß im Werk zu vergrößern und den unsrigen zu brechen. Sollte diese Arbeit Erfolg haben, dann werden sich darüber nur die Leuna-Könige freuen. Aber es steht anders aus. Unsere Betriebszelle entwickelt sich mehr und mehr. Wenn die Unterbezirke und Ortsgruppen dafür mehr Verständnis hätten, wären wir noch viel weiter. Eine zwischentarifliche Lohnregelung in der Chemie muß erkämpft werden. Voraussichtlich ist im Frühjahr mit größeren Kämpfen zu rechnen. Auch im Leuna-Werk trat die Parteiopposition auf. Da tauchten plötzlich zwei Genossen auf, die sich bisher nicht an der Parteiarbeit beteiligten, und versuchten mit Stützen der „Fahne des Kommunismus", des Schmutzblattes der Urbahns-Leute, die Genossen zu beeinflussen. Ihre Zerstörungsarbeit wird wenig Erfolg haben.

Genosse Wollmann, Ammendorf, fordert mehr Beachtung für den Saalkreis und gründlichere Durchführung der Kommunalarbeiten.

Genosse Lüttich, Halle, schlägt für die Organisation der Betriebszelle Leuna eine bessere Regelung vor. In den Gewerkschaften ist eine bessere Arbeit im Sinne unserer Richtlinien zu leisten. Mit der Opposition waren wir sehr langmütig und müssen verlangen, daß nun endlich Schluß gemacht wird mit ihren Quertreibereien.

Ein hier eingegangener Antrag der hallischen Delegierten, Genossen Kilian von der Konferenz wegen seines Verhaltens zu entfernen, wurde auf Vorschlag der Genossen Schröter und Dahlem abgelehnt.

Nachdem Genossin Ida Lehmann über die Frauenfrage gesprochen hatte, wird ein Telegramm an das Präsidium der Komintern verlesen und beschlossen, es sofort abzusenden.

Es sprachen dann noch die Genossen R., Zeitz, und Heinrich, Halle.

Darauf erhält Genosse Lademann das Schlußwort. Er geht gründlich auf die einzelnen Diskussionsreden ein und betont dann, daß die Stadtorganisation Halle in jeder Weise den Bezirksorganisationen vorangehen müsse und daß wir unsere Betriebszellenarbeit überall noch mehr politisch beleben müssen.

(Fortsetzung folgt)

An das Präsidium der Komintern Kreml/Moskau

Bezirksparteitag Halle-Merseburg sendet dem Generalstab revolutionären Weltproletariats Kampfesgruß, bejaht leninistischen Kurs der Kominternführung, verurteilt zersetzende Fraktionsarbeit, gelobt mitteldeutsches Proletariat zum Schutz der Sowjetunion, chinesischen Revolution und gegen Kriegsgefahr zu mobilisieren.

Letzte Warnung an die Fraktionstreiber

Der Bezirksparteitag verurteilt einmütig die Treibereien der Opposition

Folgende Entschließung fand gegen eine Stimme Annahme:

Der Bezirksparteitag verurteilt auf das Entschiedenste die parteizerstörende Tätigkeit von Kilian, Neune Schumann, Frieda Lehmann. Auf Grund seiner engsten andauernden Zusammenarbeit mit den aus der Partei ausgeschlossenen, die KPD. und Komintern bekämpfenden Maslow-Gruppe hat sich Kilian schon außerhalb der Partei gestellt. Der Parteitag hält ein solches parteischädigendes, disziplinloses Verhalten mit den Pflichten eines kommunistischen Spitzenfunktionärs für unvereinbar.

Der Bezirksparteitag begrüßt die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission durch das ZK. in der Angelegenheit Kilians und unterstützt vorbehaltlos die taktische Linie der Bezirksleitung zur Erhaltung der Einheit der Partei und Ueberwindung der Schwankungen in der KPD. des Bezirks. Der Bezirksparteitag ruft den Oppositionellen vom Schlage Kilians im Bezirk noch einmal mit aller Deutlichkeit zu:

Die Grenze des Zulässigen ist längst überschritten. Der Bezirksparteitag bringt zum Ausdruck, daß ein weiteres Beharren auf dem falschen, unmarxistischen, antileninistischen Standpunkt, die weitere Durchführung der parteizerstörenden Arbeit, den Ausschluß aus der Partei nach sich ziehen muß.

Die B.-L. wird aufgefordert, die Bemühungen um die Erhaltung der Mitgliedschaft aller Arbeiter, die durch die oppositionellen Treibereien der Partei entfremdet wurden, fortzusetzen. Die B.-L. besitzt das Vertrauen der Gesamtmitgliedschaft des Bezirks und wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen gegen Kilian und Genossen zur Sicherung der Parteieinheit durchzuführen.

Gegen eine Stimme angenommen.

Zelle Mainthal gegen die Parteispalter

Folgende Erklärung wurde abgegeben:

„Unterzeichneter Delegierter stellt fest, daß die Zelle Mainthal nichts mit dem Tun und Treiben des Genossen Kilian, wie er es seit gestern getrieben hat, gemein hat. Ich habe den Auftrag, das Verhalten Kilians auf dem Parteitag zu prüfen. Habe ferner den Auftrag, daß ich erklären muß, daß wir unsere Unterschriften für die Opposition als Betriebszelle Mainthal (Bitterfeld) zurückziehen. (Folgt Unterschrift.)

Delegierter."

Nieder mit der Klassenjustiz!

Fort mit dem Polizeiterror!

„Als Krönung seiner reaktionären Offensive gegen das Proletariat will der Bürgerblock ab 4. Oktober d. J. einen Prozeß gegen die alte Zentrale der KPD. aus dem Jahre 1923 durchführen. Dieser Prozeß soll im Besonderen dazu dienen, die ansteigende Welle der Empörung der Werktätigen gegen die Maßnahmen des Bürgerblocks, gegen Rationalisierung und Verlängerung der Arbeitszeit, gegen soziale, politische Schul- und Kulturreaktion zu brechen. Von hier aus hofft der Bürgerblock, die KPD., der es gelungen ist, neue breite Massen der Werktätigen hinter ihren Losungen zu sammeln und im Begriffe ist, diese zum Sturm gegen den Bürgerblock zu organisieren, zu mistreditieren und die Massen von dem organisatorischen Anschluß an die KPD. abzuhalten. Diese Absicht findet den vollen Beifall der SPD., deren Führer im Namen des Bürgerblocks und zu dem gleichen Zweck wie Niedner den Zentrale-Prozeß veranstaltet, gegen die KPD. mit den schärfsten Terrormethoden und mit Polizeiverboten vorgehen.

Der Bezirksparteitag protestiert energisch gegen diese niederträchtigen Methoden des Bürgerblocks und seiner sozialdemokratischen Helfer und ist sich in der festen Zuversicht einig, daß die beabsichtigte Zerschlagung der Kommunistischen Partei zerschellen wird an dem eingegengesetzten Willen unserer Funktionäre und Parteimitglieder und an dem Vertrauen, das wir uns in ständig steigendem Maße durch gute revolutionäre Arbeit unter den Massen verdienen.

Nieder mit dem Prozeß der Reaktion gegen die Revolution!

Nieder mit den Polizeiverboten und der Klassenjustiz!

Beantwortet überall diesen Stoß gegen die revolutionäre Vorhut des Proletariats mit gesteigerter Arbeit für die Partei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0003

Hallische Tageschronik

Sie überpurzeln sich vor Byzantinismus. In Cröllwitz ist eine Reihe Straßen neu- bzw. umbenannt worden. So gibt es jetzt dort eine „Argonnenstraße", „Vogesenstraße", „Tannenbergstraße", einen „Kirchberg" und einen „Schulberg".

Sonntagsrückfahrkarten für Schnellzüge. Während der Dauer des Winterfahrplans 1927/28, und zwar bereits mit Gültigkeit von Sonnabend, den 1. Oktober an, werden im Reichsbahndirektionsbezirk Halle (Saale) sämtliche Schnellzüge zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten gegen Bezahlung des Schnellzugzuschlages freigegeben. Ausgenommen sind FD 6, D 42, FD 5, D 43, D 70, FD 80, D 71, FD 79, D 61, D 63 und D 33, letzterer jedoch nur auf der Strecke Oberhof-Erfurt.

Vermißt wird seit dem 29. September in Wörmlitz die 37 Jahre alte Ehefrau Emma Kamm geb. Knöchel. Da sie nervenleidend ist, wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß sie sich ein Leid angetan hat.

Volkspark. Heute abend 8 Uhr findet das 4. Herbst-Konzert unter Leitung des Musikmeisters Schütze (Leipzig) statt.

Stadtteil Norden. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine wichtige **Stadtteil-Mitgliederversammlung** statt. Alle Parteigenossen und -genossinnen werden aufgefordert, zu erscheinen.

Achtung, Metallarbeiter! Heute abend 8 Uhr, wichtige Fraktionssitzung, Produktivsaal, Halle, Lerchenfeldstraße 14. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Theater, Konzerte und Vorträge

Stadttheater. Friedrich Lichtneker, dessen „Beethoven" am heutigen Dienstag im hallischen Stadttheater zur Uraufführung kommt, ist bereits in Halle eingetroffen, um an den letzten Proben teilzunehmen. Der Dichter wird auch der ersten Aufführung beiwohnen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 8 Uhr Uraufführung von Friedrich Lichtnekers „Beethoven"; Mittwoch „Macht des Schicksals"; Donnerstag „Beethoven"; Freitag „Macht des Schicksals"; Sonnabend „Beethoven". Sonntag nachmittag 3¼ Uhr „Rosen" von Hermann Sudermann, abends 7½ Uhr „Drei arme kleine Mädels".

Volksbühne. Die Operette „Drei arme kleine Mädels" von Kollo wird am 19. Oktober nochmals gegeben. Die Mitglieder, die bei der letzten ausverkauften Vorstellung keine Karten bekommen haben, werden gebeten, baldigst in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, vorzusprechen.

Otto Reutter kommt ins „Moderne Theater"

Auf ein kurzes Gastspiel ist er ab 16. d. M. verpflichtet worden. Nach dem, was die Berliner Presse im vorigen Monat über sein Jubiläums-Engagement im „Wintergarten" sagte, scheint Reutter immer noch derselbe zu sein, d. h., daß er an der Spitze der prominenten Humoristen steht. Wir werden uns davon überzeugen.

Zu dem laufenden Spielplan ist zu sagen, daß ein Besuch wirklich empfohlen werden kann. Ganz besonders kommen die Tanzlustigen der „modernen Richtung" auf ihre Kosten. Das Tanzpaar Ellen Herlen und Prof. Artur Dobres zeigte, daß auch der „moderne" Tanz (der zum großen Teil von alt und jung abgelehnt wird) seine Linie besitzt. Auch der schönste Walzer von Strauß kann komisch wirken, wenn das Tanzpaar ihm unschöne Formen gibt. Wie man also tanzen soll, das kann man hier sehen. — Loni Petro bringt einen Walzer auf Spitzen und neben einem Fantasietanz einen spanischen. Ihr rassiger Tanz erhält durch die verschiedenen „Revue"-Garderoben eine weitere Bereicherung. — Eine Klasse für sich ist der sportliche Tanzstar Beate Bradna. Komik und Kunst wechseln sich hier in bunter Reihenfolge ab. Das Artistenblut ihrer Eltern A. und H. Bradna, die uns einen erstklassigen Ballanceakt liefern, ist in ihren Adern, also „erbliche Belastung". — Als eine dufte Berliner Range entpuppt sich Nuscha Fehlow. Mit einem guten Zille-Miljö beendet sie ihre Schlager. Blädel und Blädel stellen mit Zuhilfenahme der Hauskapelle eine komische „Musikprobe", die mit humorvollen Einfällen gewürzt ist. — Heinz Conrad conferenciert und schafft mit seinen Vorträgen die Stimmung, die in einem Kabarett sein muß. Im Sketch: „Hier herrscht Ordnung", lernen wir sein Talent und das seiner getreuen Nuscha Fehlow näher kennen. Die Handlung ist dem Leben abgelauscht, Zeit: Gegenwart. rr.

Werbt für den „Klassenkampf"

Das Haus der eigenen Fabrikation

WEISS KLEIDER WERKSTÄTTEN wkw

Donnerstag, den 6. Oktober

feiertagshalber geschlossen

s. Weiss

Halle, am Markt

Bekanntmachung

Durch das dritte Gesetz über Aenderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung vom 15. Juli d. J. ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung maßgebende Jahresarbeitsverdienst-(Einkommens)-Grenze von 2700 auf 3600 RM. erhöht worden. Alle Personen, die hiernach versicherungspflichtig werden, sind seitens ihrer Arbeitgeber spätestens innerhalb drei Tagen bei den Meldestellen der Kassen anzumelden. Für die Jahresarbeitsverdienstgrenze werden Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden (Frauen-, Kinderzuschläge) nicht angerechnet.

Das Gesetz bestimmt weiter, daß bei Bemessung des Grundlohns der Arbeitsentgelt bis zum Betrage von 10,00 RM. für den Kalendertag zu berücksichtigen ist. Die bisherigen Grundlohnstufen der Kassen sind daher unter Anfügung von zwei weiteren Stufen wie folgt geändert worden:

Grundlohnstufe	Verdienst (einschl. Sach- und andere Bezüge) werktäglich RM.	wöchentlich RM.	monatlich RM.	Ergibt f. den Kalendertag RM.	Grundlohn RM.
1	bis 1,16	bis 7,00	bis 30,00	bis 1,00	0,50
2	bis 1,75	bis 10,50	bis 45,00	bis 1,50	1,20
3	bis 2,91	bis 17,50	bis 75,00	bis 2,50	2,00
4	bis 4,08	bis 24,50	bis 105,00	bis 3,50	3,00
5	bis 5,25	bis 31,50	bis 135,00	bis 4,50	4,00
6	bis 6,41	bis 38,50	bis 165,00	bis 5,50	5,00
7	bis 7,29	bis 43,75	bis 157,50	bis 6,25	6,00
8	bis 9,91	bis 59,50	bis 255,00	bis 8,50	7,50
9	bis 11,08	bis 66,50	bis 285,00	bis 9,50	9,00
10	über 11,08	über 66,50	über 285,00	über 9,50	10,00

Allgemeine Ortskrankenkasse des Landkreises Weißenfels

Wöchentliche Beiträge
7 Prozent des Grundlohns

Grundlohnstufe	Anteil des Arbeitgebers RM.	Anteil des Versicherten RM.	Wochenbeitrag RM.	Wöchentliche Arbeitslosen-Vers.-Beiträge 3 Prozent des Grundlohns RM.
1	0,14	0,28	0,42	0,16
2	0,20	0,40	0,60	0,26
3	0,33	0,66	0,99	0,42
4	0,49	0,98	1,47	0,64
5	0,66	1,32	1,98	0,84
6	0,82	1,64	2,46	1,06
7	0,98	1,96	2,94	1,26
8	1,23	2,46	3,69	1,58
9	1,47	2,94	4,41	1,90
10	1,64	3,28	4,92	2,10

Landkrankenkasse

Wöchentliche Beiträge
6½ Prozent des Grundlohns

Grundlohnstufe	Anteil des Arbeitgebers RM.	Anteil des Versicherten RM.	Wochenbeitrag RM.	Wöchentliche Arbeitslosen-Vers.-Beiträge 3 Prozent des Grundlohns RM.
1	0,13	0,26	0,39	0,16
2	0,19	0,38	0,57	0,26
3	0,31	0,62	0,93	0,42
4	0,46	0,92	1,38	0,64
5	0,61	1,22	1,83	0,84
6	0,76	1,52	2,28	1,06
7	0,91	1,82	2,73	1,26
8	1,14	2,28	3,42	1,58
9	1,37	2,74	4,11	1,90
10	1,52	3,04	4,56	2,10

Soweit hiernach eine Umstufung der Versicherten in eine andere Grundlohnstufe erforderlich ist, werden die Arbeitgeber hiermit aufgefordert, die Ummeldung unter Angabe der Bar- und Sachbezüge (Kost, Wohnung usw.) **innerhalb drei Tagen** bei unseren **Meldestellen** zu bewirken. Uebersichten über die neuen Grundlohnstufen, **Beiträge** und Leistungen können bei unseren **Meldestellen** in Empfang genommen werden.

Ab 1. Oktober d. J. tritt an Stelle der Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge **das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927.** Die Krankenkassen sind auch weiterhin verpflichtet, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einzuziehen. Beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind die versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkasse und außerdem, wer als Angestellter usw. wegen Ueberschreitung der Jahresarbeitsverdienstgrenze **nicht krankenversicherungspflichtig**, aber **angestelltenversicherungspflichtig** ist (Einkommen über 3600 bis einschließlich 6000 RM.).

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für die Krankenversicherungspflichtigen betragen zurzeit 3 Prozent des Grundlohns — siehe obige Uebersicht. Für diejenigen Personen, die wegen der Höhe ihres Arbeitsverdienstes nicht krankenversicherungspflichtig sind, betragen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

$$\frac{3600 \times 3}{100} = 108 : 12 = \mathbf{9{,}00\ RM.\ monatlich}$$

Für die An-, Um- und Abmeldung gelten die Vorschriften der Krankenversicherung entsprechend.

Die Befreiung von der Versicherungspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist auf Grund schriftlicher Anzeigen weiterhin möglich für ländliches Gesinde, für in der Land- und Forstwirtschaft auf Grund eines schriftlichen Arbeitsvertrages Beschäftigte sowie für Lehrlinge, die auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages beschäftigt werden. **Unsere Meldestellen erteilen Auskunft über die näheren Voraussetzungen zur Befreiung. Eine Befreiung der in Privathaushaltungen beschäftigten Hausgehilfen ist künftig nicht mehr möglich.**

Weißenfels, den 30. September 1927. *2718

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Weißenfels
Blechschmidt, Vorsitzender

Der Vorstand der Landkrankenkasse des Landkreises Weißenfels
Thimen, Vorsitzender.

Geschlossen

bis 4 Uhr nachmittags

bleiben unsere Geschäftsräume feiertagshalber

Donnerstag, den 6. Oktober

Brummer & Benjamin

Halle an der Saale 2700 Große Ulrich straße 22-24

Stadt-Theater

Heute 2715
Dienstag 8 Uhr
Beethoven
Mittwoch 8 Uhr
Die Macht des Schicksals

Walhalla

Telephon 28385
Beginn 8 Uhr
Gastspiel
Celly de Rheidt 2717
mit Ensemble in ihren
Tanzgemälden
Dazu der erstklassige Varieteteil mit
Rudolf Mälzer!
und den weiteren Attraktionen

Koch's
Künstlerspiele
„Bunte Bühne"
Jägergasse 1
Das Oktober-
Programm
ein Schlager
bietet allabendlich die beste
Unterhaltung
Kein Weinzwang
Zivile Preise
Mitte Oktober:
Eröffnung des neuen Atriums

Neu eröffnet!
Lederausschnitt
billigst bei 427
Wilh. Krantz
Alte Promenade 14

Lest den Klassenkampf

WO bekomme ich meine Schuhe schnell, gut und preiswert besohlt und repariert **?**

In der 432
Ersten Merseburger Schuhbesohlanstalt
Emil Mende, Merseburg
Johannisstraße 12
Gegründet 1895

Geschäftseröffnung!

Den verehrten Einwohnern von **Piesteritz und Umgebung** zur Kenntnis, daß ich in der
Coswiger Straße in Piesteritz
im Neubau des Herrn August, nahe Stickstoffwerke, eine
Lederhandlung
Nebst **sämtlichen Schuhmacher-Bedarfsartikeln** eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch 2721
A. Ackermann, Wittenberg
Lederhandlung

Bekanntmachung

Wegen evtl. Abhaltung einer Bullen- und Eberkörung für den Stadtkreis Halle werden die in Halle wohnhaften Tierhalter aufgefordert, Bullen und Eber, die angekört werden sollen, bis zum 20. Oktober 1927 beim Magistrat, Marktplatz 1 II, Zimmer 15, anzumelden unter genauer Angabe der Rasse, Farbe, Abzeichen, des Alters und des Standortes der Tiere. Nach Möglichkeit Abstammungsnachweis vorlegen. 2710

Halle, den 1. Oktober 1927. **Der Magistrat.**

Oeffentliche Sitzung der Gemeindevertretung in dem Sitzungssaale des Rathauses am Donnerstag, dem 6. Oktober 1927, abends 6 Uhr

Tagesordnung: 1. Kenntnisnahme von den Bedingungen für die Bewilligung einer Hauszinssteuerhypothek und einer Zusatzhypothek zum Ausbau des alten Verwaltungsgebäudes sowie Bevollmächtigung des Gemeindevorstehers zur Erledigung der grundbuchamtlichen Eintragung der Hypotheken. 2. Stellungnahme zu den Dispensanträgen von den Vorschriften des § 16 der Baupolizeiverordnung: a) der Gemeinde Piesteritz bzgl. der Wohnungsneubauten Elbstraße 5/6, b) des Gemeindevorstehers Kuntz bzgl. seines Wohnhauses Schulstraße 30. 3. Uebereignung der dem Kaufmann Friedrich Richter zu überlassenden Baustelle sowie Bevollmächtigung des Gemeindevorstehers zur Abschließung des Kaufvertrages und Entgegennahme der Auflassung. 4. Austausch der jetzt der Gemeinde Piesteritz gehörigen Parzellen, Gemarkung Piesteritz, Krtbl. 2 Nr. 1881/117 und 1882/117 in Größe von 21,13 ar mit den jetzt den Bayrischen Stickstoffwerken in Berlin gehörigen Parzellen 1523/118 und 1884/118 (Gelände vom Schulplan, Rathausplatz und der Mädchenschule) und Bevollmächtigung des Gemeindevorstehers zur Entgegennahme der Auflassung. 5. Ausbau der vorhandenen Gebäude auf dem Gelände der früheren Munitionsanstalt zu Wohnungen. 6. Betr. Erweiterung der Kanalisation in der Schulstraße sowie der angrenzenden Straßen und der Knabenschule. 7. Ausbau der Remise auf dem Wirtschaftshof Coswiger Straße, Ecke Karlstraße, als Wohnräume. 8. Straßenbenennung der von der Gemeinnützigen Siedlung bebauten Straßenzüge. 9. Stellungnahme zur Anlegung eines neuen Friedhofes. 10. Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz. 11. Antrag des Schulvorstandes Blum auf Ernennung zum Berufsschuldirektor mit der Besoldung nach Gruppe III des Preuß. Gewerbe- u. Handelsl. Dienst-Eink.-Gesetzes. 12. Erhöhung der Bezüge für eine Helferin der Kleinkinderschule. 13. Beschlußfassung über die Bereitstellung von Mitteln für die Gewährung eines Ehrengeschenks bei goldenen Hochzeiten. 14. Antrag auf Gewährung einer Umzugsbeihilfe gegen Ueberlassung der alten Wohnung. 15. Anträge des Arbeiter-Samariter-Bundes und des Stengraphenvereins auf Gewährung von Beihilfen. 16. Aufhebung der Gebührenordnung bei Ausfertigung der An- und Abmeldebescheinigungen. 17. Kenntnisgaben, Wirtschaftsangelegenheiten und Verschiedenes. *2722

Piesteritz, den 3. Oktober 1927. **Der Gemeindevorsteher. Kuntz.**

Wenn sie ein gutes Seifenpulver suchen!

Dixin

Gebrauchter 3½ t
Horch-Lastkraftwagen
zu verkaufen. Besichtigung und Vorführung auf dem Gaswerk, Holzplatz 7, nach vorheriger Anmeldung. Angebote sind bis zum 10. Oktober 1927 einzureichen 2714
Werke der Stadt Halle (Gas- u. Wasserwerk)

Dachdecker stellt ein
Louis Bornschein,
Dachdeckermeister, 2713
Halle a. d. S., Gr. Märkerstraße 9

Ansichtspostkarten z. h. **Volksbuchhandl.**

★ **Inseratenannahme** ★
für die Mansfelder Lande
für
„Klassenkampf"
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Geöffnet

sind **am Donnerstag, dem 6. Oktober**
hohen Feiertags halber
unsere Verkaufsräume
und Bureaus erst von . . . **4** Uhr nachm. ab

J. Lewin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0004

Die Sowjetmacht befreit die Nationen

Jahrhundertelang hatte das russische Zarenreich durch Eroberungskriege, Ausplünderung und Unterdrückung die verschiedensten Völker unter das Szepter des Zarismus „gesammelt". So entstand ein Riesenreich vom Schwarzen bis zum Eismeere und von der Ostsee bis zum Stillen Ozean, ein Reich, in dem über hundert verschiedene Nationalitäten wohnten, die alle von der russischen Monarchie in Schach gehalten wurden. Die Russen (Großrussen) machten dabei etwa 65,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Der Zarismus herrschte nach dem imperialistischen Rezept: „divide et impera" (teile und herrsche). Der Zarismus sorgte nicht dafür, daß die verschiedenen Nationalitäten zueinander Vertrauen gewinnen. Im Gegenteil, die zaristische Politik hetzte die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auf. Die russische „Kultur" der Zarenzeit bereicherte die Sprachen aller Länder mit dem Worte: „Pogrom". So wurden die Ueberfälle, Plünderungen und Massakrierungen bezeichnet, die von Zeit zu Zeit auf Initiative der zaristischen Beamten vom „Schwarzen Hundert"-Gesindel gegen Juden (aber auch gegen andere Nationalitäten) vorgenommen wurden.

Die Russifizierungspolitik des Zarismus, die den Gebrauch der Muttersprache in den Schulen und den Aemtern verbot und Ausnahmegesetze für die nationalen Minderheiten anwandte, unterschied sich im übrigen nicht von der Germanisierungspolitik des deutschen Imperialismus an den Polen oder an den Franzosen in Elsaß-Lothringen.

Nicht viel anders wurde die Nationalitätenpolitik Rußlands nach dem Sturz des Zarismus unter der provisorischen Regierung. Als der finnländische Sejm (Parlament) die Frage der Lostrennung von Rußland aufwarf, ergriff die demokratische Kerenski-Regierung militärische Maßnahmen, um den Finnen ihren Selbständigkeitsgedanken auszutreiben, und als in Kiew zum ersten Male eine ukrainische Volksvertretung zusammentam und eine bescheidene Autonomie für die Ukraine forderte, da rief die demokratische Regierung ein gebieterisches Nein.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Ganz anders wurde es, als die Diktatur des Proletariats errichtet wurde. Lenin schrieb bereits 1913: „Die Interessen der Arbeiterklasse . . . erheischen die vollkommene Gleichberechtigung aller Nationalitäten des Staates ohne Ausnahmen, sowie Beseitigung aller Schranken zwischen den Nationen." So proklamierte der 2. Sowjetkongreß im Oktober 1917 „das Recht der Völker Rußlands auf Selbstbestimmung einschließlich Lostrennung und Bildung von selbständigen Staaten. Auf Grund dieses Prinzips und der im Jahre 1918 erlassenen „Deklaration der Rechte der werktätigen und ausgebeuteten Volkes" wurde es „der freien Entscheidung der Arbeiter und Bauern jeder Nationalität überlassen", durch ihren bevollmächtigten Sowjetkongreß zu bestimmen, ob und in welcher Form sie an der Föderativen Zentralregierung und den Sowjetorganen teilnehmen wünschen.

Auf Grund dieses Selbstbestimmungsrechtes löste sich auch gleich nach der Oktoberrevolution Finnland als selbständiger Staat von Rußland ab. Darauf erfolgte die Bildung von Litauen, Lettland usw.

Der Bund der Sowjetrepubliken

Trotz des Rechtes der freien Lostrennung, das von der Sowjetregierung von Anfang an proklamiert wurde, sehen wir, das „Rußland" nicht in Stücke zerfallen ist, wie z. B. die ehemalige Donaumonarchie. Im Gegenteil, wir sehen, daß die Gemeinsamkeit der Interessen der Werktätigen und die Gefahr der Angriffe seitens der kapitalistischen Umwelt die einzelnen Sowjetrepubliken veranlaßt haben, sich auf das engste zusammenzuschließen. Nach dem Oktober 1917 entstand die RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) und die Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrußland, Armenien, Georgien und Aserbeidschan. Die drei letzteren Sowjetrepubliken schlossen sich später zu einer föderativen Sowjetrepublik Transkaukasien zusammen. Ende Dezember 1922 schlossen die Republiken RSFSR., Ukraine, Weißrußland und Transkaukasien einen Bund oder eine Union (USSR.) Laut der damals erlassenen Deklaration ist die USSR. „eine freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker", und „jeder Republik bleibt das freie Recht des Austritts aus dem Bundesstaat vorbehalten". Ferner „steht der Beitritt zu der Union allen sozialistischen Sowjetrepubliken, sowohl den bereit existierenden, sowie den künftig entstehenden offen". Mit dem letzteren Satz ist der internationale Charakter der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht. Die USSR. ist nicht mehr „Rußland" von früher, sondern ein freier Bund von Staaten, wo die Werktätigen regieren. Es ist daher nur natürlich, daß die Arbeiter aller Länder die USSR. als ihr sozialistisches Vaterland betrachten.

Die Sowjetmacht vereinigt die Völker

Betrachtet man die Zusammensetzung der Sowjetunion (siehe Abbildung *), so sieht man, daß sie aus sechs Hauptrepubliken: RSFSR., Ukraine, Weißrußland, Transkaukasien, Usbekistan und Turkmenistan besteht, die ihrerseits eine Reihe anderer autonomer, selbständiger Republiken und autonomer Gebiete enthalten. Auch die eine Million Deutsche, die im Osten des europäischen Rußland leben, sind zu der autonomen Wolgadeutschen-Sowjetrepublik zusammengefaßt.

Der Unterschied zwischen den „autonomen Republiken" und den „autonomen Gebieten" besteht darin, daß die letzteren zwar ihre eigenen Sowjetkongresse und Exekutiven, nicht aber eigene Volkskommissariate haben. Die autonomen Gebiete sind dort entstanden, wo die nationalen Minderheiten sehr rückständig oder schwach vertreten sind. Solche Nationalitäten, wie zum Beispiel die Bergvölker des Kaukasus, die Ossetinen, die Tschetschenzen oder Inguschen, haben in der USSR. ein eigenes Staatswesen und entwickeln sich zu einem selbständigen Kulturvolk.

Die „rückständigen" Völker

Es verlohnt sich, einige Völker speziell zu betrachten, die früher als „wilde" oder „halbwilde" galten und die in der USSR. zur Selbständigkeit gelangt sind. Im Nord und Nordosten des Riesenlandes leben z. B. die ugrofinnischen Völker. Zu ihnen zählen die Karelen, die 50 Prozent der Republik Karelien ausmachen, die Wotjaken, die Mari, die Komi usw. Es sind insgesamt über drei Millionen Menschen, die infolge der kümmerlichen Naturverhältnisse, unter denen sie leben, in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind. Seit 1917 haben diese Völker eine eigene Schriftsprache, Zeitungen und Schulen in dieser Sprache. Es wird versucht, aus den primitiven Dialekten dieser Völker eine literarische Sprache zu bilden, die den Bedürfnissen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung angepaßt werde.

Eine andere Völkergruppe sind die auf dem ganzen Gebiet zwischen dem Schwarzen- und Eismeere verstreuten tjurkischen Völker, eine Menschenmasse von 17—20 Millionen. Außer den Tataren zählen zu dieser Gruppe die Tschuwaschen, die Baschkiren usw. Die Usbeken, ebenfalls ein tjurkischer Volksstamm, sind ein Volk alter Kultur, die entstanden war auf Grund der künstlichen Bewässerung ihres Landes. Die Turkmenen leben zum Teil noch als Nomaden. Die Sowjetmacht trägt den Bedürfnissen all dieser Völker in weitgehendstem Maße Rechnung.

Besonders kompliziert ist die nationale Zusammensetzung im Kaukasus, wo eine Bevölkerung von etwa 5 Millionen aus fast 100 Völkerstämmen besteht. Die primitiven Verhältnisse, unter denen die Bergvölker leben, die Schwierigkeit des Verkehrs mit ihnen, erschwert die Kultur- und Aufklärungsarbeit der Sowjetmacht außerordentlich. Doch den Bemühungen der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei ist es z. B. zu verdanken, daß Tausende von orientalischen Frauen ihre Schleier ablegen, Sowjetschulen und Klubs besuchen und zu klassenbewußten Staatsbürgerinnen werden.

Georgien

Die Sowjetrepublik Georgien, mit der die Sozialdemokraten in Westeuropa hausieren gehen, steht ihrer kulturellen Entwicklung nach viel höher als die anderen Teile des Kaukasus. Das georgische Proletariat spielte eine große Rolle bereits in der revolutionären Bewegung 1905. Während der menschewistischen Herrschaft in Georgien 1918 bis 1921 stattete bekanntlich der Bolschewistenfresser Karl Kautsky Georgien einen Besuch ab. Kautsky schrieb vieles über das menschewistische Georgien, vergaß nur mitzuteilen, daß während der ganzen Zeit der menschewistischen Herrschaft das Land von Bauernaufständen erschüttert wurde. Nach dem letzten von den menschewistischen Emigranten inszenierten Aufstand in Sowjetgeorgien 1924 befindet sich Sowjetgeorgien im beständigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg.

Lösung der „Judenfrage"

Der Antisemitismus, der selbst unter den Arbeitermassen der kapitalistischen Staaten noch vorhanden ist, hat seine Grundlage weniger in den nationalen als in den Klassenunterschieden. Der Haß des rückständigen Arbeiters oder Bauern gegen den Juden richtet sich nicht gegen den werktätigen Juden, der Schulter an Schulter mit ihm arbeitet und ebenso wie er vom Kapitalismus ausgebeutet wird, sondern gegen den Kapitalisten: gegen den Wucherer auf dem Lande, gegen die protze Stadtbourgeoisie. Das zaristische Rußland hatte besondere „Ansiedlungsgebiete" für Juden geschaffen. Die Juden durften in Moskau, Petersburg und in Zentralrußland nicht wohnen, sei es denn sie waren Großkapitalisten, „Kaufleute erster Gilde". Die Juden durften auch nicht in den Dörfern wohnen und Landwirtschaft betreiben (einige jüdische Kolonien in Südrußland bildeten eine Ausnahme). Zusammengepfercht in die Städte, lebte die große Masse des Judentums vom Handel und Handwerk.

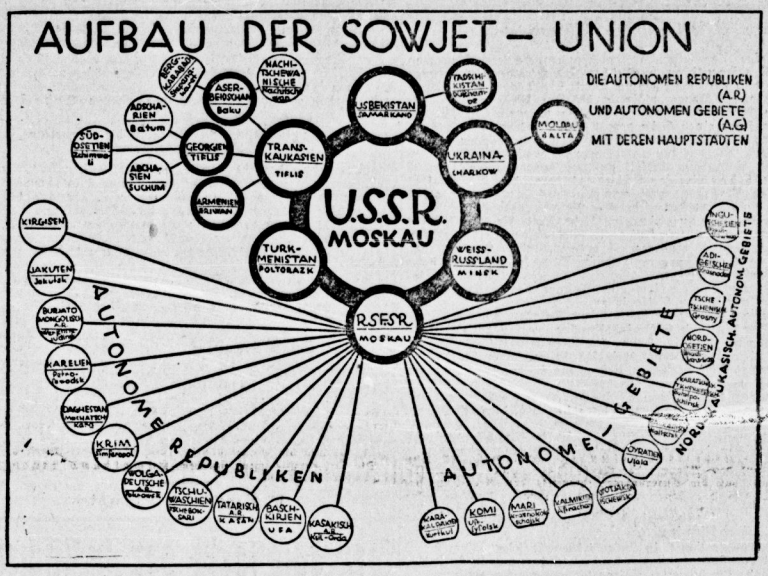
Die Sowjetmacht faßt die Judenfrage als Klassenfrage auf. Natürlich wurden alle Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung aufgehoben. Eine große Bedeutung hat die Gewinnung der Juden, die früher Handel usw. betrieben für den Ackerbau. Die jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien, die im Süden der Ukraine bestehen, erfassen bereits eine Anbaufläche von 450 000 Deßjatinen; in den letzten vier Jahren wurden allein 300 000 Deßjatinen bebaut. 174 000 Personen oder 36 000 Familien leben in diesen Kolonien. Die Sowjetregierung hat über 5 Millionen Rubel in Form von Bauernkrediten zur Förderung des Ackerbaus durch die Juden ausgeworfen. Die Sowjetregierung acht noch weiter. Es besteht bereits eine Rayonexekutive für ein Verwaltungsgebiet von 450 000 Deßjatinen, wo die Amtssprache jüdisch ist. Nicht allein, daß in den Schulen jüdisch unterrichtet wird, auch auf der Post, in den Regierungsämtern, im Gericht usw. wird offiziell jüdisch gesprochen. Die frühere Kolonie Seidemnucha, jetzt Kalinindorf, mit einer Bevölkerung von 18 000, hat eine rein jüdische Verwaltung. Zum 10. Jahrestag der Sowjetmacht sollen zwei weitere jüdische Verwaltungseinheiten ins Leben gerufen werden.

Nieder mit dem Imperialismus!

Dasselbe weitgehende Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das die Sowjetmacht in bezug auf die Völker, die auf dem Gebiet der USSR. leben, walten läßt, kommt auch in der Außenpolitik der Sowjetunion zum Ausdruck. Nicht territoriale Ausdehnung und gewaltsame Einverleibung neuer Völker ist das Ziel der Sowjetmacht, sondern — Selbständigkeit der Nationen! Der antiimperialistische Charakter der Sowjetmacht kommt besonders in den Beziehungen der USSR zu den Völkern des Ostens zum Ausdruck. Gegenüber der Türkei, mit der das Zarenrußland lange wegen der Meerengen Krieg führte, verzichtet die Sowjetregierung nicht allein auf jegliche Ansprüche auf Konstantinopel, auf die Aneignung der Meerengen, auf Zoll- und Finanzprivilegien, sondern sie gibt der Türkei einen Teil ihres Territoriums zurück. Persien erstattet die Sowjetmacht eine Reihe alter russischer Konzessionen zurück, löscht die alten Schulden und verzichtet auf eine Reihe von Unternehmungen im Straßen-, Eisenbahn- und Telegraphenbau. Ebenso gegenüber Afghanistan. In China, dem Lande, um das sich die imperialistischen Räuber am meisten raufen, verzichtete die Sowjetmacht freiwillig auf die vom Zarismus erworbenen Zollprivilegien und territorialen Vorrechte, erklärte die mandschurische Eisenbahn die mit den Mitteln des russischen Volkes erbaut worden war, als gemeinsames Eigentum von China und Sowjetrußland unter paritätischer Verwaltung der beiden Staaten und schloß mit China (1924) einen Vertrag ab, der auf der vollständigen Gleichheit der beiden Republiken basiert.

Durch diese Behandlung Chinas als souveränen Staat bekam die nationale Freiheitsbewegung in China einen kolossalen Ansporn. So ist es nur begreiflich, daß das chinesische Volk, das unter dem Joche des Imperialismus leidet, in Sowjetrußland (und in der Kommunistischen Partei) seinen natürlichen Verbündeten erblickt.

Die nationale und internationale Politik der Sowjetunion ist einer der Faktoren, der die Arbeiterklasse der ganzen Welt mit der USSR verbindet. Die revolutionären Arbeiter aller Länder werden wie ein Mann die Sowjetunion gegen den Weltimperialismus verteidigen, als Bollwerk des Sozialismus, als Bollwerk der Weltrevolution!



* Die Abbildung ist entnommen dem Kartusmaterial über die Sowjetunion: „Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes, Band 3, Fritz Rubiner: „Die Grundlagen des Sowjetstaates", Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28

Ein Delegierter des Sowjetkongresses der Union.

In Turkmenistan wird eine Sowjetverordnung plakatiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0005

Seydel wird trotz Pensionierung weiterbeschäftigt

Der Bürgerblock pfeift auf Ministerialbeschlüsse — 12000 Mark Pension und außerdem noch Bürgermeistergehalt für den Hauptverantwortlichen am Stadtbankskandal

Halle, 4. Oktober.

In der geheimen Sitzung, die sich gestern an die öffentliche Stadtverordnetensitzung anschloß, wurde durch die Bürgerblockmehrheit beschlossen, den Bürgermeister Seydel, der bereits mit 12000 Mark in Pension geschickt ist, auf Privatdienstvertrag weiter zu beschäftigen. Diese unerhörte Verhöhnung der gesamten hallischen Bevölkerung begründete der Oberbürgermeister Rive außerdem noch mit einer seiner anmaßenden Reden, in der er versicherte, daß die Stadt ohne zweiten Bürgermeister nicht leben könne, daß nur fünf Stadträte zur Arbeit da seien, die den Lasten nicht gewachsen wären. Daß die Ausschreibung nach einem neuen Bürgermeister schon lange hätte stattfinden müssen, wie unsere Genossen forderten, davon wollte man jedoch nichts hören.

Mit diesem Beschluß hat der Magistrat sich ganz bewußt auf die Seite der Stadtbankschieber und Verbrecher an den hallischen Steuerzahlern gestellt, und es kann keinen Protest geben, der scharf genug ist, um dieses unverschämte Beginnen zu brandmarken. Uebrigens eine gute Lehre für die preußischen Koalitionsanhänger, für diejenigen, welche den Grützner und Grzesinski zutrauen, daß sie jemals irgend etwas Durchgreifendes gegen die ausgesprochenen Bürgerblockreaktionäre tun würden. Der Beschluß des Staatsministeriums ist einfach als Fetzen Papier behandelt worden. Die Bürgerblock-Reaktion hat den Sieg davongetragen — wie lange, das wird von der Aktivität der hallischen Arbeiterschaft abhängen.

*

Oeffentliche Sitzung

Die gestrige Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung sah, was ihre öffentlichen Punkte betraf, außerordentlich harmlos aus. Und doch entwickelte sich im Laufe der Tagung eine Atmosphäre, die die Klassengegensätze in schärfster Weise aufriß. **Die kommenden Wahlen werfen ihre Schatten voraus.** Der Bürgerblock, der auf der einen Seite dem Kleinbürgertum schwindelhafte Konzessionen machen möchte, ist gleichzeitig gezwungen, seinen nackten Machtstandpunkt zu vertreten und damit alle Illusionen über seine „Volks"freundlichkeit zu zerstören. Gestern war es wieder der Oberbürgermeister Rive, der in brutalster Weise diesen Machtstandpunkt zum Ausdruck brachte. Er nahm dabei nicht einmal von den niedrigsten Mitteln Abstand. Als z. B. unser Genosse Illgenstein eine Rede hielt, die Rive äußerst unangenehm war, weil sein Autokratismus gehörig kritisiert wurde, rief der vornehme Oberbürgermeister dem Vorsitzenden Busse zu: **„Rufen Sie doch den Mann zur Ordnung!"** Auf der anderen Seite aber entwickelte er mit großer Geste wieder einmal sein repräsentatives Programm, wozu ihm eine Anfrage der kommunistischen Fraktion Gelegenheit zu bieten schien.

Diese Anfrage beschäftigte sich mit dem Festessen, das der Magistrat den Bergbau- und Hütteindustriellen gegeben hatte, die vor wenigen Wochen hier in Halle eine „wissenschaftliche" Tagung abhielten. Die Wissenschaftlichkeit sah so aus, daß sie sich ein zotiges Spektakelstück vorführen ließen, das in der Loge „Zu den drei Degen" von Künstlern des hallischen Stadttheaters gespielt werden mußte. Dort werden Dividende, Geld, Profit ebenso wie der Suff verherrlicht, und man handelte auch dementsprechend. Genosse Otto Härtel, der die Anfrage begründete, wies auf diese Schamlosigkeiten in ausführlicher Weise hin, besonders angesichts der schon damals zu erkennenden Kampfesnotwendigkeit der Bergarbeiter, die mit ihren Hungerlöhnen nicht das Notwendigste zum Lebensunterhalt haben. Und diesen Berg- und Hüttengewaltigen gibt die Stadt aus den Steuergroschen der Werktätigen noch Festessen.

Der Magistrat beantwortete die Anfrage mit einer unerhörten Frivolität. Herr Rive sagte,

daß der Magistrat auch in Zukunft derartig seinen Repräsentationspflichten nachzukommen gedenke, d. h. daß auch in Zukunft Tausende für derartige Gelage hinausgeworfen werden,

damit — — — die alte Walze: **der Fremdenverkehr**, gehoben werden kann. Der Konkurrenzstreit mit Magdeburg wurde hereingezogen, die Notwendigkeit einer Stadthalle erläutert, alles Argumente, die den bürgerlich-kapitalistischen Grundsätzen, nicht aber den kommunalen Erfordernissen einer Arbeiterstadt wie Halle entsprechen. Dies kennzeichnete der Genosse Härtel denn auch in scharfer Weise. Besonders interessant war es, daß die Bürgerlichen bei Erörterung dieses Punktes fluchtartig den Saal verließen, um ihre Solidarität mit den fressenden und saufenden Berggewaltigen auszudrücken. Die Besprechung der Anfrage wurde übrigens nur mit den Stimmen der kommunistischen Fraktion durchgesetzt. Auch die Sozialdemokraten stimmten nicht dafür, obgleich ihre Zeitung, das „Volksblatt", sich selbst über den Fall aufgeregt hatte. Die SPD.-Leute mußten ja Hemmungen dabei empfinden, weil der Oberbürgermeister Beims, ihre kommunale Leuchte in Mitteldeutschland, **von Rive als Kronzeuge angeführt worden war.**

*

Bei einer Reihe anderer Punkte ging es geruhsam zu. Die Wahl eines Mitgliedes in die Deputation für das Fürsorgewesen wurde einstimmig vorgenommen, und zwar wurde der Kriegsbeschädigte Günther gewählt.

Die Einrichtung öffentlicher Straßenbeleuchtung in der Artilleriestraße wurde dahin beschlossen, daß 23000 Mark dafür ausgegeben werden, wovon das städtische Gaswerk 4000 Mark übernimmt. Die Einrichtung erfolgt zwischen der Merseburger Straße und der Alten Leipziger Chaussee.

Die Bestellung eines Erbbaurechts und die Uebernahme von Bürgschaften geht debattelos vor sich. Von unseren Genossen wird allerdings gefordert,

daß in Zukunft überhaupt keine Bauzuschüsse an Private gegeben werden sollen, sondern jede nur verfügbare Summe zum Bau städtischer Kleinwohnungen Verwendung finden soll.

Im Wassergewinnungsgebiet Gemarkung Burg wird, da die Grundstücksbesitzer nicht verkaufen wollen, eine Enteignung stattfinden. Ferner wird eine Fluchtlinienänderung südlich des Stadtgutweges, wo die Hilfsschule erbaut werden soll, beschlossen.

*

Dann schritt man zur Verpachtung der Stadtgutländereien. Hier setzte die Diskussion ein, und nachdem der Stadtverordnete Thier sich namens der Ausschüsse dafür ausgesprochen hatte, ergriff der Sozialdemokrat Dürrfeld das Wort, um, entgegen dem Beschluß seines Fraktionskollegen Flücht in der Ausschußsitzung, gegen die Aufteilung zu sprechen. Wir haben im „Klassenkampf" damals die Abstimmung von Flücht gebührend gekennzeichnet, und das wird wohl dazu beigetragen haben, daß die SPD.-Fraktion diesen Kurs schleunigst änderte, um sich nicht weiter zu blamieren. Für die kommunistische Fraktion kennzeichnete der Genosse Riebenstahl ausführlich das schändliche Verhalten der Bürgerblock-Mehrheit, die auch noch den letzten Teil der städtischen Güter zerschlagen und verschachern will. Wir erheben in aller Oeffentlichkeit dagegen Protest, denn diese Taktik zielt darauf ab, sämtliche städtischen Werke ebenfalls dem Privatkapital auszuliefern, worunter die gesamte werktätige Bevölkerung, besonders aber die in den Werken beschäftigten Arbeiter, leiden müssen. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß durch das Uebergewicht des Bürgerblocks die Vorlage angenommen werden konnte.

*

Jetzt kam es zu einem sehr wichtigen Punkte. **Der § 12 der Geschäftsordnung, der aus dem Jahre 1883 stammt, soll auf Antrag des Magistrats geändert werden.** Der Stadtverordnete Hoë versuchte, das zu begründen, Dürrfeld wandte sich dagegen, indem er darauf hinwies, daß die Aenderung gerade jetzt den Anschein erwecken könne, als ob man bei einer kommenden Linksmehrheit im Stadtparlament dem Magistrat seine Macht sichern möchte.

Oberbürgermeister Rive versuchte, den Abänderungsantrag als außerordentlich harmlos hinzustellen. Er spielte sich als Neuerer der kommunalen Verwaltung auf, konnte aber doch nicht verhindern, daß jeder merkte, was er mit der Abänderung bezweckte: die Stärkung seiner autokratischen Machtposition. Es soll nämlich durch die Abänderung des § 12

den Deputationen die Möglichkeit genommen werden, Vorkommnisse aus den Deputationen der Oeffentlichkeit mitzuteilen.

Er meinte, derartige Fälle seien schon dagewesen und „außerordentlich unerträglich" gewesen.

Genosse Illgenstein blieb hierauf die Antwort nicht schuldig. Er führte aus: Wenn Herr Rive glaubt, daß die Oeffentlichkeit von den Deputationsverhandlungen eher Kenntnis haben könne, als der Magistrat, so sei eine Beeinflussung von außen unausbleiblich.

Wir halten es keineswegs für einen Mangel, wenn die Oeffentlichkeit, d. h. die breiten Massen, ihren Einfluß ausüben.

Es trifft zu, daß eine ganze Reihe Stadtverordneter sich in der Ausübung ihres Amtes gehemmt fühlen, weil sie in den Deputationen Vorlagen vorgelegt bekommen, die dort endgültig verabschiedet werden, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung davon etwas erfährt. Des weiteren fühlen sie sich in ihrem Kontrollrecht gehindert, denn die Werkskuratorien sind wirkliche Dunkelkammern geworden, aus denen überhaupt nichts zu erfahren ist.

Die Aenderung der Geschäftsordnung in dem beabsichtigten Sinne hat nicht, wie der Referent, Demokrat Hoë, glauben machen möchte, nur formale Bedeutung. Die Bürgerblockpolitik arbeitet bewußt darauf hin, das parlamentarische System wirkungslos zu machen, auf deutsch:

Das Hauptgewicht der Regierung in die Verwaltung zu legen!

Das Verschanzen des Bürgerblocks in seine Festung (die Verwaltung, in der seine Leute sitzen) bedeutet eine Vorsichtsmaßnahme, welche die in Aussicht stehende Niederlage bei den nächsten Wahlen wirkungslos machen soll. Das gerade ein Demokrat diese Aenderung vertritt, ist ebenso wenig verwunderlich, wie die rigorose Handhabung der Parteigewalt durch Sozialdemokraten gegen die Kommunisten. Beide spielen im Bürgerblock die getreuen Fridoline, welche in dem Bestreben, regierungsfähig zu erscheinen, sich willig mit dieser Lakaienrolle begnügen, in der Hoffnung, selbst einmal Herren zu werden. Die Fußtritte, welche die Sozialdemokratie in der Reichsregierung erhalten hat, haben die lakaienhafte Einstellung dieser Partei immer noch nicht kuriert. **Es gibt nur ein Hüben und Drüben.** Entweder die Regierung der Ausbeuter oder die der Ausgebeuteten.

Aber auch sachlich ist die Aenderung bemerkenswert. Die Geschäftsordnung der Stadtverordneten besteht seit 1883 und ist vom Magistrat nie beanstandet, weil die Fassung den Wünschen der Ausbeuterklasse entsprach. Solange durch das Dreiklassenwahlrecht die proletarischen Schichten von den Verwaltungsdeputationen ferngehalten wurden, konnten in den Ausbeuterkreisen die Maßnahmen der Verwaltung öffentlich besprochen werden, die Proleten kamen ja in diese Kreise nicht hinein. Die Stadt war ebenso Ausbeutungsobjekt für die Unternehmer wie die arbeitende Bevölkerung. Jetzt, wo es den Werktätigen möglich ist, die Kalkulationen der Unternehmer und die Profitwirtschaft und ihre Auswüchse in den Deputationen kennenzulernen, soll ihnen der Maulkorb umgehängt werden. Die Verlegung der Beratung über die städtischen Betriebe aus der Stadtverordnetenversammlung in die Verwaltungsdeputationen, begünstigt die Verschacherung dieser Werke an das Privatkapital noch mehr, wenn diese Aenderung der Geschäftsordnung angenommen wird.

Aber auch rein formal können wir dem Magistrat nicht das Recht einräumen, Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung zu stellen. Der Magistrat hat lediglich das Recht der Zustimmung zu der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Geschäftsordnung. Diese Zustimmung ist seit 1883 stets erteilt worden und kann nicht auf Antrag des Magistrats jetzt gestrichen werden, der er am 20. Oktober 1924 erst zugestimmt hat.

Der Stadtverordnete Schaumburg machte sich daraufhin zum Schildknappen Rives, indem er die Ausführungen des Genossen Illgenstein als geistlos und hohl bezeichnete, eine Redensart, die Rive nachher mit Wonne gegen den Genossen Illgenstein aufgriff. Aber, wie merkwürdig, auch Schaumburg konnte nicht viel andere Argumente gegen den Abänderungsantrag beibringen als unser Genosse selbst, womit sich nach seinen eigenen Gesichtspunkten somit ergeben hätte, daß auch Schaumburgs Ausführungen geistlos und hohl gewesen sind.

Rive setzte nun die Biedermannsmiene auf, eine Maskerade, die ihm sehr schlecht steht, weil der gerissene Politiker doch immer wieder durchschimmert. Es lohne doch nicht, um diese Sache soviel Aufwand zu betreiben, es sei doch alles harmlos, sagte er. Uebrigens hätten sich die Stadtverordneten Kölz und Illgenstein schon einmal auf den § 12 berufen. Die darauf folgenden Zwischenrufe bewiesen, daß unsere Genossen die „Harmlosigkeit" von Rives Absicht durchschaut hatten. Busse, den es ärgerte, daß der Höchstkommandierende der Stadt Halle unterbrochen wurde, was früher doch niemals in respektwidriger Weise geschah, versuchte wütend, die Zwischenrufe zu unterbinden. Als Ersatz dafür standen die bürgerlichen Stadtverordneten stramm wie die Zinnsoldaten und hörten auf die prophetischen Worte des Stadtoberhauptes, ohne sich zu rühren.

Genosse Höcker scheuchte sie jedoch aus ihrer devoten Haltung auf, indem er betonte, daß, wenn etwas aus den Deputationen verlautete, es besonders von bürgerlicher Seite käme.

Die Hausbesitzer und Fabrikanten, die Bank- und Finanzkapitalisten sind es, die, dem Wesen der kapitalistischen Moral folgend, überall geheime Fragen bekanntgeben, wo ein Profit für ihre Klasse herausspringt.

Er erinnerte in diesem Zusammenhange daran, daß, als Grundstücke in der Nähe der geplanten Stadthalle seitens der Stadt gekauft werden sollten, die Preise plötzlich um 50 Prozent in die Höhe schnellten, weil die Hausbesitzer von ihren Freunden über die Absichten des Magistrats unterrichtet worden waren.

Genosse Illgenstein ging nochmals auf die Behauptungen des Oberbürgermeisters ein, und stellte fest,

daß dessen Wahrheitsliebe einen gehörigen Knax erhalten hätte. Weder er noch der Genosse Kölz haben sich jemals auf den § 12 der Geschäftsordnung berufen.

Im übrigen fragt er den Vorsitzenden Busse, ob er es sich gefallen lassen wolle, daß der Oberbürgermeister ihm zugerufen habe, er möge ihn, Illgenstein, zur Ordnung rufen.

Bei der Abstimmung, die sich auf die Vorlage einschließlich geringfügiger, vom Rechts- und Verfassungsausschuß angenommener Abänderungen bezieht, stimmt der Bürgerblock mit Ausnahme einiger Demokraten dafür, KPD. und SPD. dagegen, und die Demokraten — Mut zeiget auch der Mameluck — bleiben sitzen.

Nachdem die Anfrage betreffs der Tagung der Metall- und Bergbau-Ausbeuter erledigt worden ist, über die wir oben ausführlich berichteten, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Generalangriff der hallischen Justiz auf den „Klassenkampf"

Der Fall Gülland wächst zu einem Skandal — Justiz unter Brüder

Den Auftakt für die kommenden Gülland-Prozesse bildete gestern als erste Handlung der Untergebenen des Landgerichtspräsidenten Gülland eine Rechtsbeugung, wie sie krasser kaum sein kann. Angeklagt war die Genossin Irmgard Rasch, die seinerzeit für den „Klassenkampf" verantwortlich zeichnete, als die Leiche der vermißten Ida Bergmann aufgefunden wurde. Wir haben auf Grund der eigenartigen Umstände damals der Vermutung Ausdruck gegeben, daß der Herr Landgerichtspräsident für den Selbstmord seines Dienstmädchens verantwortlich zu machen ist, und wir können nur sagen, daß sich unsere Ansicht keineswegs geändert hat. Aus diesem Grunde kann es uns auch nur recht sein, wenn der Fall Gülland in seiner ganzen Breite und Tiefe aufgerollt wird. Was amtlich dabei herauskommt, ahnen wir allerdings schon heute. Die erste Entscheidung eines hallischen Gerichts in dieser Aufsehen erregenden Angelegenheit hat bereits deutlich gezeigt, daß die hallischen Richter entschlossen sind,

ihren ersten Vorgesetzten unter allen Umständen wunschgemäß zu rehabilitieren.

In diesem Falle kommt es aber auf das amtliche Ergebnis gar nicht an. Der erste Richterspruch war bereits eine krasse Rechtsbeugung und wird erst recht in den breitesten Bevölkerungsschichten die Erkenntnis aufkommen lassen, daß von diesen Richtern ein gerechtes Urteil nicht zu erwarten ist.

Rechtsanwalt Dr. Beck, Berlin, der als Vertreter des Rechtsanwalts Dr. Apfel erschienen war,

lehnte vor Beginn der Verhandlung die hallischen Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab.

Der Paragraph 24 der St. P. O. sagt in seinem 2. Absatz:

„Wegen Besorgnis der Befangenheit findet die Ablehnung statt, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen."

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Gülland der höchste Richter von Halle und damit der direkte Vorgesetzte sämtlicher hallischer Richter ist. Danach hätte ohne weiteres dem Antrage der Verteidigung auf Ablehnung stattgegeben werden müssen, da ein sehr stichhaltiger Grund vorliegt, die Unparteilichkeit der Untergebenen Güllands anzuzweifeln.

Für jeden Juristen war es klar, daß dem Antrage stattgegeben werden müsse. Jedoch, bei der heiligen Resl in Konnersreuth und der hallischen Justiz ist kein Ding unmöglich.

Schließlich wurde die Sache für einige Stunden ausgesetzt, um dem Landgericht Gelegenheit zu geben, über den Antrag der Verteidignug zu entscheiden.

Der Antrag der Verteidigung auf Ablehnung der hallischen Richter wurde als unbegründet abgelehnt.

Dieser Rechtsbruch, gegen den Beschwerde erhoben ist, deutet schon an, daß sich Herr Gülland auf seine untergebenen Kollegen völlig verlassen kann. Seine Ehre wird gewaschen werden. Wir wissen, daß wir vergeblich nach Gerechtigkeit rufen, wir wissen aber auch, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung mit uns der Ueberzeugung ist, daß es gegenüber dem Sprachrohr der werktätigen Bevölkerung seitens dieser Justiz keine Gerechtigkeit gibt.

Der weitere Verlauf der Verhandlung ließ erkennen, mit welchem Eifer alle in Frage kommenden amtlichen Stellen bestrebt waren, den hallischen Landgerichtspräsidenten gegen die berechtigten Angriffe des „Klassenkampf" zu schützen. Nach Verlesung der beiden inkriminierten Artikel des „Klassenkampf" stellte die Verteidigung gleich einen Antrag auf Vertagung der Verhandlung, um den Wahrheitsbeweis durch Vernehmung mehrerer Zeugen anzutreten.

Der Oberstaatsanwalt stellte hierauf ebenfalls den Antrag auf Ladung mehrerer „Belastungszeugen".

In diesem Antrage der Staatsanwaltschaft wird die nackte Klassenjustiz offenbar. **Zunächst versucht der Anklagevertreter mit allen Mitteln die Ladung des Landgerichtspräsidenten und seiner Frau als Zeugen zu verhindern.** Nach seiner Meinung genügt die Aussage des neuen Dienstmädchens, das erst an dem Tage ihren Dienst bei Gülland angetreten hat, als Ida Bergmann spurlos verschwand und deren Aussagen daher wenig oder gar nicht zur Klärung des Falles beitragen können, abgesehen davon, daß sie zu Gülland in einem Abhängigkeitsverhältnis steht. Ganz offensichtlich wird es, daß es der Anklagebehörde gar nicht darauf ankommt, Klarheit zu schaffen, sondern nur darauf, dem Herrn Landgerichtspräsidenten in seinem Kampf um das Prestige nach Kräften zu sekundieren.

Was man von den „Belastungszeugen" erwartet

geht aus einer beiläufigen Bemerkung des Oberstaatsanwalts hervor, wonach ursprünglich ein gewisser Willberg als Zeuge geladen werden sollte, den Ida Bergmann gegenüber der Frau Müller und einer Rosa Stock als ihren „Schatz" bezeichnet haben soll.

Ida Bergmann hätte also demnach tatsächlich einen „Schatz" gehabt und daraus soll scheinbar konstruiert werden, daß die Vorwürfe des Landgerichtspräsidenten berechtigt gewesen sind. Jetzt wird erkenntlich, nach welcher Richtung sich der Eifer der hiesigen Kriminalpolizei bei der Klärung dieses mysteriösen Falles bewegte. Diese, der Staatsanwaltschaft unterstellte Behörde hat sich wenig oder überhaupt nicht darum gekümmert, was aus Ida Bergmann geworden ist, sondern der größte Teil aller Recherchen richtete sich auf die Entdeckung solcher Momente, die den Landgerichtspräsidenten gegen die Angriffe des „Klassenkampf" schützen sollten. Was will man denn beweisen, wenn Ida Bergmann tatsächlich ein Verhältnis mit irgendeinem jungen Menschen gehabt haben sollte? Ist ihr Lebenswandel darum unsittlich gewesen? Wenn das die Ansicht der Justiz sein sollte, dann mögen die Herrschaften aber gehörig vor ihren Türen kehren. Wir verzichten auf solche Argumente und wollen lieber die Frage aufwerfen, was man denn mit diesen Belastungszeugen beweisen will, selbst wenn der ominöse Schatz gestellt ist? Mit unseren wesentlichen Behauptungen hat das alles gar nichts zu tun. Will man etwa behaupten, daß irgendein intimes Verhältnis der Ida Bergmann diese auch zum Selbstmord getrieben habe? Wenn die Verstorbene in sittlicher und moralischer Beziehung eine so tiefe Stufe eingenommen hätte, wie man anscheinend zu beweisen versucht, dann wäre es ihr gewiß im Traume nicht eingefallen, sich wegen irgendeinem Zerwürfnis mit einem Verehrer das Leben zu nehmen. **Gerade daß sie diese unheilvolle Tat an sich selbst vollzog, beweist treffend, daß die Tote ein sehr überspanntes Ehrgefühl gehabt haben muß.** Wir werden uns bei der kommenden Verhandlung jedenfalls auch durch einen Oberstaatsanwalt nicht vom Kernpunkt der Sache abbringen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0006

Aus den Betrieben

Die Eisenbahner sammeln sich

Die am 29. September tagende Belegschaftsversammlung der Oberbauarbeiter der Bahnmeisterei Laucha (Unstrut) erhebt schärfsten Protest gegen die ablehnende Haltung der Reichsbahngesellschaft gegenüber der nur zu berechtigten Forderung der Eisenbahner auf Erhöhung ihrer Löhne.

Die große Notlage, in der wir uns, besonders als Oberbauarbeiter, befinden, hervorgerufen durch die schlechte Entlohnung, die ständig steigende Lebensunterhaltung, Miete, Beschaffung von Winterbrennmaterial, Kartoffeln und Kleidung, berechtigen wohl das Verlangen, um das Leben nicht bis zur Verzweiflung zu feilschen, nach einer angemessenen Lohnaufbesserung.

Wir betrachten uns als Menschen, und zwar als solche, die doch in allererster Linie den Wert in einem Unternehmen schaffen. Als die Träger der Wirtschaft ist es unser gutes Recht, zu fordern:

1. **Sofortige Aufnahme von Lohnverhandlungen**
2. **Erhöhung der Ortslohnzulagen um 20 Prozent.**
3. **Beseitigung der Lohngruppen 6 und 7.**
4. **Aenderung der Dienstdauervorschrift unter Zugrundelegung des Achtstundentages.**

Die Millionenüberschüsse ermöglichen die von uns im bescheidenen Rahmen gehaltene Forderung einer Lohnaufbesserung.

Die Belegschaft der Oberbauarbeiter der Bahnmeisterei Laucha (Unstrut).

Verlangt Lohnerhöhung!

A.-K. Den Weißenfelser Arbeitern ist bekannt, daß in den Dietrichschen Papierfabriken immer die schlechtesten Löhne gezahlt wurden. Dies hat sich auch nicht geändert. Alles ist darauf eingestellt, die dort beschäftigten Proleten auszubeuten. Ein drastisches Beispiel zeigt sich bei der Ausschachtung zum Schornsteinbau. Die Firma, welche den Bau auszuführen hat, stellt den Polier und einige Arbeiter, die mit 2 Mk. und 1.40 Mk. Stundenlohn entlohnt werden, die dazu notwendigen Arbeiter stellt die Firma Dietrich mit der miserablen Entlohnung von 65 Pf. die Stunde, bei 54-stündiger Arbeitszeit. Für diesen Hungerlohn waten die Leute

bis über die Knöchel im Schlamm.

Was da an Schuhwerk runtergerissen wird, kümmert die Firma Dietrich nicht. Sehen wir uns nun mal die Löhne der Meister an. Diese bekommen ein Monatsgehalt von 350 Mk. und 60 Mk. Sonntagszulage. Damit sie in Form bleiben, wird ihnen noch ein Produktionsgeld in Höhe von 110 Mk. gewährt. Kraßer kann in der Entlohnung der Unterschied zwischen Arbeiter und Meister nicht zu Tage treten. Ob das den Arbeitern nicht zu denken gibt?

Ab 1. Oktober ist die Firma Dietrich gezwungen, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Es ist schmerzlich, aber — nun kommt ein noch schmerzlicherer Punkt hinzu und das ist die Entlohnung der Arbeiter. Denn die Arbeiter wollen doch mindestens so viel verdienen, wie sie bis jetzt verdient haben.

Also muß der Stundenlohn erhöht werden.

Ohne Zweifel. Da gibt es kein Wenn und Aber. Wie stellt sich nun die Firma dazu? Aus einer Unterhaltung einiger Meister mit Karl Dietrich können sich die Arbeiter ihr Teil nehmen. Im Laufe des Gespräches bezweifelt Gottlob die Zufriedenheit der Arbeiter, denn bei der achtstündigen Arbeitszeit derselbe Stundenlohn gezahlt werden sollte. Herr Dietrich ist schließlich geneigt, mehr Lohn zu zahlen — wenn der Geschäftsgang gut ist. Nun, daran liegt es doch nicht. **Denn vorigen Monat ist in der Produktion die Höchstleistung erzielt worden.** Anderthalb Millionen Kilogramm Papier, und diesen Monat wird noch mehr erschuftet werden. Also ein noch besserer Geschäftsgang. Nun, Arbeiter, an Euch liegt es jetzt, daß ihr Euere berechtigten Forderungen dem Unternehmer stellt. Denn die sieht die Entlohnung der Arbeiterinnen aus? Es ist geradezu ein Skandal. Kaum zum Leben langt es, vielweniger zur Anschaffung der notwendigen Kleidung. Von all diesen Sorgen weiß Franz nichts. Jetzt, Kollegen, an den Betriebsrat rangegangen und Betriebsversammlung verlangt, dort stellt Lohnforderung. Und sollte die Mülleri nicht in Schwung kommen, so greift rein in die Speichen, damit Eure gerechte Forderung durchgedrückt wird. Dazu gehört, daß sich jeder dem Fabrikarbeiterverband anschließt und den „Klassenkampf" liest. Nur so kommt Ihr zum Ziele.

Die Arbeitshölle bei Krüger & Klee

A.-K. Die bei der Firma Krüger & Klee beschäftigten Arbeiter befinden sich seit dem 20. September im Streik. Warum dieser Streik von den Arbeitern geführt wird, braucht nicht noch einmal erwähnt zu werden, denn darüber hat schon der „Klassenkampf" berichtet. Es soll vielmehr dem außenstehenden Proletariat einmal vor Augen geführt werden, welchen Höllengualen die in diesem Zuchthaus beschäftigten Arbeiter ausgesetzt sind. In dieser Hölle werden hergestellt, Tonwarenfabrikate, Blumentöpfe, Blumenkästen usw., also hauptsächlich Waren, die in Gärtnereien gebraucht werden. Die Rohmaterialien zur Herstellung dieser Waren ist der Ton, den die Firma aus ihrer vom Forstfiskus gepachteten Tongrube bezieht. Schon diesen Ton zu bergen, ist für die Arbeiter eine schwere körperliche Arbeit. Dazu kommt noch, daß bei schlechtem Wetter sie mit schweren nassen Stiefeln (weil doch dieser Ton an den Stiefeln kleben bleibt) in dem erweichten Ton arbeiten müssen. Infolgedessen, weil sie dauernd nasse Füße haben, werden hier frühzeitig Rheumatismuskranke geschaffen. Nachdem dann diese Tonmasse durch einem Koller- und Walzwerk gelaufen ist, **transportiert man** die Masse nach der Eindreherei. Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen, wie diese Rohmaterialien zu Fertigfabrikaten hergestellt werden. Möchte nur hervorheben, daß an diesen Blumentöpfen, die von den Eindrehern hergestellt werden, so mancher Tropfen Schweiß klebt. Wenn am Ringofen gebrannt wird, dann ist eine derartig schlechte Luft (Schwefel) in der Eindreherei, in der die Arbeiter dann acht Stunden schuften müssen. Infolge dieser drckigen, nach Schwefel stinkenden Luft, hinzu kommt noch diese große Hitze, werden hier frühzeitig **Lungenkranke** geschaffen.

Die Tagelöhner, vor allen Dingen die am Brennofen beschäftigten Arbeiter, müssen ihr Brot besonders sauer verdienen. Wenn die Firma Hochkonjunktur hatte, wurden diese Brennofen frühzeitig geleert. Was das heißt, kann sich gar keiner vorstellen, nur diejenigen, die diese Arbeit einmal selbst mit erlebt haben.

Mit Lappen um den Händen

mußten die Blumentöpfe (staffelweise) herausgeholt werden. Eine fürchterliche Hitze strömte aus dem geöffneten Ofen heraus.

Manchmal brannten sogar die Lappen, so eine Hitze war noch in dem Ofen.

Was kümmert sich die Firma um die Gesundheit der Arbeiter. Der Profit steht ihr höher. Man hat ja auch schon eine Anzahl Invaliden in diesem Betriebe erzeugt. Seht Euch den alten Freigang an, und Ihr werdet sehen, daß an diesem armen Menschen nur Haut und Knochen ist. Er würde gern zu Hause bleiben, aber diese 30 Mk. Invalidenrente reichen bei weitem nicht aus, um sich am Leben erhalten zu können.

Zur Maßregelung auf Grube Walters Hoffnung

A.-K. Der Betriebsrat nahm am 23. September Stellung zur Nichtwiedereinstellung des Betriebsratsmitgliedes Beßler. Eine Erklärung, warum Beßler nicht wieder eingestellt wurde, hat die Werksleitung nicht abgegeben. Es schien Herrn Natho auf der Zunge zu liegen, zu sagen, sie hätten Leute genug. Der Betriebsrat faßte einen Beschluß, daß die Nichtwiedereinstellung eine glatte Maßregelung ist.

Gegen diesen Beschluß stimmte der Stahlhelmer, Steiger Lenk.

Lenk möchte am liebsten alle Kommunisten frühstücken. Nebenbei bemerkt, ist Lenk ein Leuteschinder und großer Streber. Lenk möchte zu gern Fahrsteiger werden, aus diesem Grunde sein nichtswürdiges Verhalten. Steiger Schappo, als Vorsitzender des Angestelltenrats, hatte es vorgezogen, zu kneifen. Der gelbe Ignatz Schymanski enthielt sich vor lauter Angst der Stimme.

Sonnabend, den 24. September, also einen Tag später, verlangte die Werksleitung vom Betriebsrat die Genehmigung, weibliche Arbeitskräfte einzustellen. Dieses wurde vom Betriebsrat abgelehnt, weil gestern ein Familienvater, nämlich Beßler, nicht wieder eingestellt wurde.

Eine wichtige Rolle bei der Entlassung hat noch der scheinheilige Obersteiger Tanneberg gespielt.

Willkürliche Entlassungen

A.-K. Der Bericht über die Zustände bei der Firma Fritz Ropens scheint den Betreffenden schwer auf die Nerven gefallen zu sein. Dieselbe entpuppt sich immer mehr als eine der reaktionärsten Firmen. Zwei Kollegen, in denen man jedenfalls die Artikelschreiber vermutete,

wurden entlassen.

Dem Betriebsratsobmann, den man versuchte für die Firma zu gewinnen, indem man ihm fünf Pfennige mehr Stundenlohn gab, der sich aber nicht kaufen ließ,

wurden die fünf Pfennige wieder abgezogen.

Jedenfalls hat sich der Sohn Fritz Ropens, welcher der ganze Macher ist und selbst einmal Betriebsrat war, sich für fünf Pfennig Stundenlohnzulage kaufen lassen. Ein ehrlicher Prolet macht dies aber nicht. Wenn von seiten der Firma und des Schachtmeisters Franz Ropens immer gesagt wird, sie müßten zusetzen bei dem städtischen Wasserleitungsbau, so muß gesagt werden, wie kann jemand zusetzen, der nichts zuzusetzen hat? Daß die Firma aber schon vor Wochen verschiedene Tausende von Mark an derselben Arbeit verdient hat, beweisen die Aeußerungen des Sohnes der Firma Fritz Ropens zu dem Betriebsobmann, sie hätten schon sozusagen viel Tausende gutgemacht und obendrein sämtliches Material und Handwerkszeug, welches sie zu den Ausschachtungsarbeiten der Wasserleitung haben mußten, denn sie hätten doch alles anschaffen müssen, bezahlen können.

Und dies sei seinem Vater

noch nicht genug.

Dies alles war schon vor Wochen. Wieviel hat die Firma wohl verdient, wenn der Bau fertig ist? Auf der einen Seite einen ganz erbärmlichen Lohn und Antreiberei und auf der anderen Seite hoher Verdienst und Prasserleben. Die ganze Handlungsweise der Firma kommt auf das Konto derjenigen Arbeiter, welche nicht organisiert sind und glauben, sich durch Schmarotzen einen Namen zu machen. Auf die Aeußerung des Sohnes der Firma Fritz Ropens, indem er gesagt hat, die KPD. würde sowie so erledigt in Querfurt, denn Franz würde seine Posten alle niederlegen, sei noch gesagt:

Wir werden dafür sorgen, daß die KPD. weiter vorwärts geht!

Jeder Betrieb einen Betriebsrat

A.-K. Bei der Malerfirma Emil Maechler, Leuna-Werk, herrschen nette Zustände. Trotzdem bei der Firma 70 Mann beschäftigt sind, **ist kein Betriebsrat vorhanden.** Ein Arbeiter, der klagbar gegen die Firma vorging, mußte direkt das Arbeitsgericht in Anspruch nehmen. Der Herr Geschäftsführer Schlässel hat anscheinend keine Zeit dazu, dafür zu sorgen, daß ein Betriebsrat aufgestellt wird. Wie soll er daran denken können, da er doch nur an Liebe denkt. Auch der frühere Knecht, jetzige Polier Denz ist eine Größe. Anschnauzen und Antreiben ist seine Hauptbeschäftigung. Die Arbeitszeit beginnt morgens 7¾ Uhr. Um 7⅝ Uhr verlassen die Leute schon die Baubude, um ihre Arbeitsstelle frühzeitig erreichen zu können, trotzdem der Weg bezahlt werden muß, denn 7¾ Uhr fängt die Arbeitszeit an, der braucht man die Bude doch wohl nicht zu verlassen. Darum, Kollegen, organisiert Euch, sorgt selbst dafür, daß so etwas nicht vorkommt. Wofür ist denn das Betriebsrätegesetz da. **Dringt darauf, daß sofort zur Wahl geschritten wird.**

Ausbeutermethoden

bei der W. W. A. B. Mineralölfabrik Köpsen

A.-K. In der obengenannten Fabrik herrschen skandalöse Zustände. In der Abteilung Kerzenfabrik arbeiten Jungens im Alter von 14 bis 16 Jahren. Da jetzt Saison in der Kerzenfabrikation ist, wird von den Jugendlichen allerhand verlangt, dieselben sollen seit etwa vier bis sechs Wochen

täglich Ueberstunden machen,

welche bis abends 9 Uhr dauern. Schichtzeit ist von 6 bis ½5 Uhr, gearbeitet wird im Akkord. Pausen sind eine Stunde. Wird länger gearbeitet, gibt es keine Pausen. Verdienst ist mit Ueberstunden und Sonntagsschicht 10 bis 14 Mark. Sonntags dauert die Schicht von früh 6 Uhr bis 2 Uhr nachmittags. Der Meister Fritz Lippert, wohnhaft auf der Fabrik Köpsen, ist ein Kapitalsknecht, welcher gleich

mit Entlassung droht,

wenn ein Junge die Sonntagsarbeit nicht machen will. Viele Jugendliche kehren dieser Schwindjuchtsbude den Rücken, um nicht ihre schon durch Hunger und Inflation gelittene Gesundheit vollends zuzusetzen. Wenn dies nicht sofort geändert wird, werden wir die W. W. beim Gewerbegericht verklagen. Herr Direktor Scheithauer, kennen Sie denn keine Gewerbeordnung und keinen Arbeitsvertrag. Jugendliche Arbeiter, Euch rufen wir zu: Organisiert Euch im Fabrikarbeiterverband, werdet Klassenkämpfer! Nehmt den Kampf auf um eine bessere Existenz!

Betriebsmord!

Gerüsteinsturz

Am Sonnabend, dem 1. Oktober, stürzte auf einem Neubau der Firma Eichhorn aus Jaucha ein Gerüst zusammen. Der Maurer Otto Lauer, Keutischen, konnte sich durch Absprung in Sicherheit bringen, er blieb unverletzt. Die Maurer Otto Turm, Zembischen, und Artur Richter, Jaucha, stürzten aus einer Höhe von 6 Metern herab, wobei der erstere einen Beinbruch und Kopfverletzungen, der zweite einen schweren Kinnladenbruch davontrug.

„Sie sind gesund"

Im Betriebswagenpark Halle ist vor nicht allzu langer Zeit ein Arbeiter aus Beuchlitz von einer Lore gefallen. Nach diesem Unfall stellten sich heftige Kreuzschmerzen bei ihm ein und so suchte er den Arzt auf. Der Kassenarzt begnügte sich damit, trotz der Klagen des Arbeiters, denselben nur einzureiben und ihn danach zu entlassen. Da diese Einreibung des verunglückten Arbeiters die Schmerzen jedoch nicht genommen hatte, verlangte er gerängt zu werden. Zu diesem Zwecke wurde er schließlich der Klinik überwiesen. Dort wurde ihm der Bescheid gegeben, man könne noch nicht genau sagen, um was es sich bei dem Unfall handeln könnte. Er solle sich später Bescheid holen.

Tags darauf wurde dieser Arbeiter nun plötzlich zum Vertrauensarzt bestellt, der ihn oberflächlich untersuchte und für den die Sache alsdann „erledigt" war. Der Arbeiter wurde arbeitsfähig geschrieben. Dem Vertrauensarzt, Herrn Hillenberg, der zugleich Kreisarzt für den Saalkreis ist, ist diese Methode der Untersuchung wahrscheinlich sehr geläufig. Er braucht die Patienten nur durch die Türspalte zu sehen und entscheidet alsdann schon, ob diese arbeitsfähig oder krank sind. Im Interesse des Unternehmertums und in diesem Falle der Dames-Bahn, erklärte er auch diesen Arbeiter für gesund und arbeitsfähig. Nun mußte derselbe am Montag, nachdem er schon wieder gesund geschrieben war, in der Klinik vorsprechen und sich den Bescheid über seine Röntgen-Aufnahme einholen. **Die Röntgenfeststellung hatte ergeben, daß bei ihm zwei Wirbel angebrochen waren und nun wurde er sofort in Gips gepackt.** Die Schmerzen des Arbeiters waren also auf diesen Wirbelbruch zurückzuführen. Obwohl er das immer wieder betont hatte, hatte ihn dieser Herr Hillenberg gesund geschrieben.

Grauenhafte Zustände im Waschraum

des Cyanidbetriebes der Bayrischen Stickstoffwerke Piesteritz

AK. Produktion und Profit, das sind zwei Dinge, für die sich die Kapitalisten aller Länder begeistern. Die Chemie, unter Leitung des gewaltigen I.-G.-Konzerns, stampft immer neue Profitquellen aus dem Boden. Aus Dreck wird Geld gemacht. Dabei verdienen die Kapitalisten das Geld und die Proleten haben den Dreck im wahrsten Sinne des Wortes.

Auf den Bayrischen Stickstoffwerken wird an allen Ecken und Kanten gebaut und gewühlt. Hunderte von Handwerkern sind eingestellt. Nun sieht aber die Betriebsleitung streng darauf, daß jeder einzelne Arbeiter genau acht Stunden arbeitet, sie sieht aber nicht, daß die Proleten bei dieser Mitarbeit ekelhaft schmutzig werden und das Bedürfnis haben, sich zu waschen. In den letzten Wochen haben aber gerade in der chemischen Werkstatt umfangreiche Neueinstellungen stattgefunden. Der Waschraum dieser Werkstatt reichte bei weitem nicht aus um alle Leute darin unterzubringen. In allen Ecken und Winkeln hausten diese Obdachlosen. Frühstück, Sachen und Fahrräder wurden gestohlen. Die meisten Kollegen legen aber Wert darauf, daß sie nicht mit ihrem Arbeitsdreck in die saubere Straßenkleidung steigen, und suchten sich deshalb einen Waschraum, wo sie den Schmutz abwaschen können. Da nun der Waschraum des Cyanidbetriebes in unmittelbarer Nähe der Abbruchstelle liegt, liegt nichts näher, als daß alle Obdachlosen sich dort sammeln. Von allen möblichen Werkstätten und Firmen sind die Leute dort vertreten. Wärter anzustellen, die den Waschraum einigermaßen sauber halten, dazu reicht wahrscheinlich das Geld der Bayrischen Stickstoffwerke nicht aus. Grauenhaft sieht es in dem Waschraum aus.

In einer Ecke liegt ein Haufen Dreck schon mindestens ein Jahr lang.

Im Flur liegen Lumpen und Papier, wie in einer Lumpensammlung. Die Umkleideräume sind verlaut und ebenfalls die Waschbecken. Die Klosetts zu benutzen, kostet jedem einigermaßen anständigen Menschen kolossale Ueberwindung. Die Warmwasserversorgung reicht für eine derartige Besetzung bei weitem nicht aus, weshalb sich mindestens zwei Drittel der Kollegen mit kaltem Wasser waschen müssen. Kein Betriebsleitung kümmert sich darum. Und doch hat gerade die Betriebsleitung des Cyanidbetriebes alle Ursache, auf Reinlichkeit in diesem Betriebe zu halten.

Die Kollegen müssen sich weigern, in einem solchen Saustalle noch länger zu hausen. Die Betriebsleitung ist verpflichtet, für genügende Wasch-, Bade- und Umkleideräume Sorge zu tragen. (Das ist sogar in der Erlaubnisertellung festgelegt.) Tut sie das nicht, dann kommt sie in Verzug und hat die Folgen zu tragen. Vor allen Dingen aber müssen sich die Arbeiter zusammenschließen zu gewerkschaftlicher Einheit und sich unter Führung der KPD. bessere Arbeitsbedingungen erringen. Deshalb ist es notwendig, Mitglied der KPD. zu werden und die Arbeiterpresse, den „Klassenkampf", zu abonnieren.

Unterdrückung in Betrieb und Wohnung

Zu der unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Notiz in Nr. 221 teilt uns der Arbeiter Albert Weber, Angersdorf, mit, daß er nur aus bitterster Not, um seine Familie zu erhalten, sich zur Leistung von Ueberstunden bereit findet. Weber erkennt die Berechtigung des ihm gemachten Vorwurfs um so mehr an, als er selbst freigewerkschaftlich organisiert ist. Solange aber die Arbeiterschaft nicht den Kampf um höhere Löhne führe, bleibe ihm kein anderer Ausweg.

Wir veröffentlichen diese Erklärung, obwohl wir absolut nicht mit der Leistung von Ueberstunden einverstanden sind. Aufgabe auch des Arbeiters Weber wäre es, dafür zu sorgen und zu arbeiten, daß die Arbeiterschaft den Kampf um höheren Lohn aufnimmt und führt. Alle Arbeiter, die Ueberstunden leisten und glauben, dadurch ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, werden und müssen erkennen, daß sie sich nur selbst schädigen, denn die Mehrarbeit und der damit verursachte Mehrverbrauch an Arbeitskraft muß durch bessere und reichlichere Nahrung wieder wettgemacht werden. Wenn sich der Arbeiter also nicht an seiner Gesundheit schädigen will, muß er was er auf der einen Seite mehr verdient, auf der anderen Seite mehr ausgeben. Das sollte es zu bedenken geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0007

ENDEPOLS & DUNKER
Gr. Ulrichstr. 19/20 HALLE (Saale) Gr. Ulrichstr. 19/20
Herren-, Damen-, Knaben- und Berufskleidung
Bequeme Zahlungsbedingungen nach Uebereinkunft
50743

WÄSCHE, STOFFE, KLEIDER
KAUFE BEI
M. SCHNEIDER
Leipziger Straße 94
51189

Gummiwaren aller Art
Spülapparate, Damenbinden
sowie alle vorkommenden sanitären Artikel
C. Klappenbach & Co.
Große Ulrichstraße 41
50744

Feinbäckerei
Brot u. Backwaren
täglich frisch
K. Werner
Geiststraße 38
50142

Herren- u. Jünglings-Kleidung auf Teilzahlung
zu den günstigsten Bedingungen kaufen Sie
am besten und billigsten bei
Neumarktstr. 6 **Franz Mettner G.m.b.H.**, Neumarktstr. 6
50149

Bernh. Barth Nachflg.
Paul Beyer
Kl. Ulrichstraße 10
Kolonialwar., Weine, Spirituosen, Zigarren, Zigaretten, Kohlen
51138

Gummiwaren
Wachstuche, Linoleum
Hugo Nehab Nachfg.
Große Ulrichstraße 3
50706

Puppen
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Halle a. S.
Obere Leipziger Straße 66a
Spielwaren
51259

Loewendahls Damen-Kleidung
„Vom Kopf bis zu den Füßen"
50746

Wir vermieten:
Gasherde
Gaskocher
Elektrische Apparate
Beleuchtungskörper
Bade-Einrichtungen
in 6-12 Monaten Ihr Eigentum
Stadtgeschäft Halle
für Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Anlagen
G. m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 54 Telephon 25654
50190

Sporthaus
Julius Bacher
Halle a. S., Leipziger Str. 102
51188

Trinkt Poetzsch-Kaffee
Die führende Qualitätsmarke
Richard Poetzsch, Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 10
0.05

S. Mühlbauer, Albrechtstraße
(Ecke Geiststraße)
Strümpfe, Wäsche, Wollwaren
Damen-Konfektion
50139

Die werktätige Bevölkerung kauft nur bei
Alex MICHEL
Halle an der Saale Am Marktplatz
50703

Louis Ackermann
Oleariusstraße 13 Oleariusstraße 13
Rind- u. Schweineschlächterei
Erstklassige Aufschnittwaren
50742

Reichert Inh.: E. Zoche
Geiststraße 37 Telephon 28137
Wild, Geflügel, Fische, Obst, Südfrüchte u. Gemüse
50141

Täglich frische
Nordsee Seefische
50745

August Pirl, Geiststraße 10
„Das Haus der guten Schuhe"
5.141

Schuhwaren
Friedrich Oehlschläger nur Leipziger Str. 3
51099

Reserviert Nr. 8

Reserviert

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren, ff. Aufschnitt
Ernst Halke, Gr. Ulrichstraße 62
51704

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone
Reparaturwerkstatt
Paul Krause, Geiststr. 39
50147

NUSSBAUM
Das Kaufhaus für Alle
Gr. Ulrichstr. 60/61 Halle a. d. S. Gr. Ulrichstr. 60/61
50717

Ritter-Kaffee
täglich frisch in unübertroffener Güte
Versand nach auswärts portofrei
Otto Noak, Inhaber Georg Ritter
Große Steinstraße 76
0.70

Rind- und Schweine-Schlächterei
Georg Weiß, Geiststr. 13
Täglich frische Brühwürstchen
50155

A. Herfurth
Gr. Wallstraße 12
Lebensmittel
hauschl. Fleisch- und Wurstwaren
51193

Schirme, Stöcke
Pfeifen
Xaver Herz
Geiststraße 65
50148

Rind- und Schweine-Schlächterei
Hugo Hartmann
Gr. Klausstr. 6
0.40

Fahrradhaus
Fritz Lohrengel, Gr. Klausstr. 7
Billigste Bezugsquelle für
Fahrräder und Ersatzteile. Reparaturen
50739

Werkzeuge
für jedes Handwerk
Haus- und Küchengeräte
Glas und Porzellan
Hempelmann & Krause
Halle a. S., Kleinschmieden 5
51190

In erstklassigen Backwaren
empfiehlt sich die Brot- und Feinbäckerei
Otto Krull, Kl. Klausstr. 6
50741

Otto Grünberg
Große Wallstraße 45
Fleischwaren aller Art: Herstellung feinster Wurstwaren zu stets billigsten Preisen
51194

Modehaus
Inneneinrichtung
A. HUTH & CO. A.-G.
HALLE A. D. S.
Gr. Steinstraße 86-87
Marktplatz Nummer 21
51111

SINGER NÄHMASCHINEN
Erleichterte Zahlungsbedingungen
SINGER - NÄHMASCHINEN ACT. GES.
Mühlweg 22 Halle a. d. S. Leipziger Str. 23
50710

Damen- und Kinderbekleidung
Bruno Freytag
Leipziger Str. 109
51187

Arthur Müller, Kl. Ulrichstr. 1
Hausschlächterei
51196

Emil Bock, Kl. Ulrichstr. 1
Fernruf 259 24
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51197

E. Friedel, Gr. Wallstraße 36
nur vorteilhafte
Kolonialwaren usw.
51195

ZOO – Halle a. d. Saale
Größte Sehenswürdigkeit Mitteldeutschlands
Herrlicher Park und Felsen nahe der Saale. Reicher Bestand an Tieren der Heimat und fremder Länder. Neues Raubtierhaus Gartenkonzert Aussichtsturm, Gr. Saal
Eintrittspr. 70 A, Kinder 40 A
Vereine, Schulen Ermäßigung
Jeder Naturfreund, Aquarianer, Vogelliebhaber, Geflügelzüchter findet reiche Anregung u. Belehrg. Bester Anschauungsunterricht f. Schulen
51194

Hallesche Beerdigungsanstalt
Pietät
Inh.: M. Burkel
Kl. Steinstraße 4 Telephon 263 93
51188

Friedrich Koch
Leipziger Str. 74
Hüte
Mützen
Pelzwaren
51190

Molkerei Trotha
Frischmilch – Kindermilch
Butter – Sahne – Quark
Joghurt
51295

W. Fleischer, Kl. Ulrichstr. 30
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51198

Oskar Großklaus Nachflg.
Fleischerstraße 12
Rind- und Schweineschlächterei
51200

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan
51206

S. Weiss
Das Haus der eigenen Fabrikation
Halle — Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühlhausen a. H.
748

Schirme Stöcke, Pfeifen
Ernst Karras jun.
Inh.: Hans Herz, Leipzigerstraße 4
51198

Kaufe bei J. Lewin Gründung 1859 Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel
51191

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Die Zehnjahrfeier der russischen Revolution und die Internationale Arbeiterhilfe

Die IAH., die einzigste proletarische Hilfsorganisation, wird von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Gegnern als ein „Ableger von Moskau" bezeichnet. Diese Verleumdung wird jedoch durch die große Zahl der Mitarbeiter und Mitglieder widerlegt, die in der IAH. arbeiten in ihrer politischen und ideologischen Auffassung aber zum Bürgertum gehören.

Die IAH. ist aber trotzdem eine „russische" Organisation, weil ihre Entwicklung auf das engste mit dem Erstarken der Sowjetunion zusammenhängt. Der Wille des internationalen Proletariats im Jahre 1921, die Hungersnot in Rußland niederzukämpfen, wurde durch die Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland organisatorisch verkörpert. **Darum entstand die IAH.!**

Zahlreiche Betriebe in Rußland wurden reorganisiert, Kinderheime errichtet, Mustergüter aufgebaut, in denen Zehntausende von Bauern Anschauungsunterricht über moderne Landwirtschaft erhalten haben. Besonderen Wert hat die IAH. auf die Aufführung russischer Filme in den kapitalistischen Ländern gelegt und Millionen Werktätiger erhielten auf diesem Wege Aufklärung über Verlauf und Erfolge der proletarischen Revolution.

Alle Sektionen der IAH. werden durch Delegierte am 7. November der Sowjetunion erneut ihre Solidarität aussprechen. Reichsvorstand und Landesvorstand haben beschlossen, für den Bezirk Halle-Merseburg den Genossen Höcker, Halle, zum 7. November nach Rußland zu entsenden.

Alle Freunde der proletarischen Solidarität, die Ortsgruppen der IAH. und korporativ angeschlossenen Belegschaften der Betriebe werden aufgefordert, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Der Retter kann ja überhaupt nicht retten ...

Von der Klassenjustiz gefötet!

Der Handelsmann Gustav Kretzschmar, wohnhaft in Merseburg, Gefangenenlager, erhielt wegen Nichtbezahlung von 100 leeren Weinflaschen und einem Zentner altem Eisen (7 Mark) ein Vierteljahr Gefängnis! Des weiteren erhielt er ein weiteres Vierteljahr dazu wegen Beleidigung und Nichtbeleuchtung seines Fuhrwerks! Bei der Strafberechnung kam zwar Rückfall in Betracht, aber nicht in dem Maße, daß ein solches Urteil gerechtfertigt wäre.

Der Mann verbüßt seit einigen Wochen diese Strafe hier im Amtsgerichtsgefängnis. Er war schon immer kränklich, herz- und Magenkrank. Dem Vernehmen nach soll ihm im Kittchen innerlich eine Ader geplatzt sein, wodurch eine Verblutung eintrat.

Durch welche Ursache ist die Ader geplatzt?

Warum kam der Mann nicht ins Krankenhaus?

Warum wurde die Frau am 28. September nicht zu ihrem Mann gelassen? Warum wurde sie zum 29. September wieder bestellt?

Warum wurde die Frau überhaupt nicht rechtzeitig verständigt, wie es mit ihrem Manne steht?

Am Sonnabend vormittag erst wurde sie antelephoniert, zweimal, war jedoch schon von zu Hause weg. Als sie ins Gefängnis kam, war ihr Mann tot!

Vor ein paar Wochen wurde von der Frau ein Gnadengesuch an Hindenburg eingereicht. Von seiner Kanzlei kam Bescheid zurück, daß der Retter Hindenburg nicht der Justizhoheit vorgreifen könne. Der Falle wäre dem Preußischen Justizministerium überwiesen!!

So geht es in der geretteten Republik, kein Mensch will helfen; das Willkür im Gerichtsgefängnis triumphiert. Es war ja hier nur ein Prolet, der an inneren Verblutungen drauszing — —

Geheizte Flugzeuge für die Bourgeoisie

Luftverkehr des Schteudiger Flughafens im Winter

Auch im Winter wickelt sich der Verkehr auf dem hiesigen Flughafen in der Zeit von 9 bis 16 Uhr ab. Der Winterflugplan umfaßt vorläufig folgende Linien: Berlin—Halle—Leipzig—Erfurt—Stuttgart—Zürich. Dann Berlin—Halle—Leipzig—Erfurt—Frankfurt a. M., weiter Berlin—Halle—Leipzig—München, dann London—Paris—Brüssel, Köln—Halle—Leipzig—Breslau. Und zum Schluß noch zwei Linien, nämlich Wien—Prag—Halle—Leipzig—Bremen und Halle—Leipzig—Chemnitz.

Die Herrschaften, die mit dem Flugzeug reisen, brauchen sich auch im Winter in diesen Fahrzeugen nicht in Pelze zu hüllen, weil die Passagierkabinen eine Zimmertemperatur haben. Man erreicht das dadurch, daß die heißen Auspuffgase aufgefangen werden und an der Außenwand der Kabine entlanglaufen und dann durch Heizröhren durch das Innere strömen. Durch Absperren und Zulassen

? ? Blaue Blusen ? ?

verschiedener Ventile kann die Temperatur genügend reguliert werden. Das Reisen im Flugzeug wird dadurch bei frostklarem Wetter zu einem Genuß.

Die Proleten werden natürlich nie in ihrem Leben, wenn sie nicht ernstlich um eine bessere Lebenslage kämpfen, zu solchen Genüssen kommen. Es bleibt Vorrecht der Besitzenden, der Ausbeuter, die aus den Knochen der Allgemeinheit mit List und Raffinesse ihre Profite ziehen.

Kollegen, Genossen, wie lange noch?

—e—

Zusammenarbeit der Gemeindevertretungen mit der IAH.

Die Gemeinde Mücheln-Möckerling (Braunkohlenrevier Geiseltal bei Leuna-Werk) beauftragte den Landesvorstand der IAH. Halle, für 10 Arbeiterkinder Landaufenthalt zu beschaffen. Die Kinder sind am Donnerstag, dem 22. September, unter Begleitung einer Mitarbeiterin der IAH. nach dem Ferienheim „Waldschlößchen" in Kelbra (Kyffh.) gefahren. Andere Gemeinden mögen dem Beispiel folgen.

Merseburg. Der Theaterverein teilt mit, daß am Mittwoch, dem 12., und am Donnerstag, dem 13. Oktober, abends 7.30 Uhr, der Schwank „Hurra — ein Junge" aufgeführt wird als Pflichtaufführung. „Alt-Heidelberg" wird einstweilen zurückgestellt.

Nach der Statistik wurden im Jahre 24 000 Erdbeben registriert, so daß 66 Erdbeben auf jeden Tag kommen. Die meisten indessen werden nur durch den Seismograph gemeldet und die größten finden in ihrer Mehrzahl in der See oder in unbewohnten Gegenden statt. Im übrigen haben sich die Schadenziffern bei Erdbeben außerordentlich erhöht. Bei dem Erdbeben in Neapel 1857 kamen 12 000 Menschen ums Leben, 1908 in Messina 130 000 und 1923 in Tokio 400 000 Menschen. Ebenso hat sich der angerichtete Sachschaden, der 1902 bei dem Erdbeben von Martinique noch etwa 200 Millionen betrug, vermehrt auf 20 Milliarden Goldmark bei dem letzten japanischen Erdbeben.

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 4,5 bis 4,6 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr. Montags keine Sprechstunde.

Hindenburg-Rummel im Krähwinkel Merseburg

Gegendemonstration der roten Front — Fackelzug der schwarzweißroten Hampelmänner
Gleichgültigkeit für den republikanischen Monarchisten

Wochenlang hatten sie geschmiert in ihren Blättern vom Geburtstag des alten Mannes in Berlin. Und sie wußten alle nicht, wie sie sich eigentlich zu der Geschichte stellen sollten, diejenigen nämlich, die so zwischen Bourgeoisie und klassenbewußtem Proletariat herumquirlen, die dem sogenannten „Reichsbanner" nahestehen. Im „Merseburger Korrespondent" schleimten sich einige Leute in konfusen Artikeln aus. Es paßte ihnen nicht, daß die schwarzweißroten Kanaillen ihren Hindenburg allein ehren wollten, um damit nachdrücklich zu bekunden, daß der „Retter" zur monarchistischen Reaktion gehört. Sie ärgerten sich, daß sie den Anschluß verpaßt hatten mit ihrem „neutralen Komitee", zumal es drüben im Negerdörfchen Rössen anders klappte. — Dort war das „teutsche Volk" einig in seinen Stämmen! Dort stellte sich der ausgemergelte republikanische Arbeiter mit seinem monarchistischen Betriebsführer zusammen um den Scheiterhaufen (der Republik), den die Leuna-Könige zu Ehren des Präsidenten der kapitalistischen Hungerrepublik abbrennen ließen. Dort war alles ein Mischmasch und in Merseburg dagegen war damit „Zapfen duster". Der ganze Sieglack wurde somit trotz allen Tamtams eine Pleite. In dem herrschenden Wirrwarr, wo das Bürgertum nicht recht wußte, was man den Hindenburg-Büsten und -Bildern für eine Schleife umhängen sollte, nahmen sich die Merseburger Reichsbannerleute besonders zweifelhaft aus. Die schlenderten mit süßlauern Gesichtern herum, vergaßen, ihre Farben zu zeigen und bildeten obendrein Spalier für die Stahlhelmbanditen. In Distuktionen gaben sie der Hoffnung Ausdruck, daß Otto Hörsing am 14. Oktober dem „unangenehmen Treiben der Rechtser" ein Gegengewicht geben würde.

Sie gaben also selbst ihre absolute Schwäche zu.

Die Tage sind nun vorüber. Sie zeigten, daß der politische Umschichtungsprozeß in Merseburg in ein schnelleres Tempo geraten ist. Hier rot, hier schwarzweißrot, und was darüber ist, das ist vom Uebel! Und eins sollten die Reichsbannerleute doch zugeben, nämlich, daß das Faschistengesindel längst Oberwasser bekommen hätte, wenn nicht die **Aktivität der roten Front gewesen wäre.**

Und auch am Sonnabend zeigte sich das. So mancher unklarer Prolete hätte sich eine Fackel in die Hand drücken lassen und wäre hinter dem „Rosenkavalier" hergestelzt, wenn ihn die

Freitag-Demonstration der Kommunisten

nicht davon abgehalten hätte. Ja, diese Demonstration war gut, nicht zahlenmäßig gesehen, sondern vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit und des Erfolges aus. Es beteiligten sich rund 300 Organisationsangehörige daran. Eine Propaganda dafür war der Kürze der Zeit halber unterblieben. Genosse Knöpfel sprach auf dem Marktplatze gründlich und mit klarer, lauter Stimme über den Hindenburg-Rummel und seine politischen Zusammenhänge. Einige hundert Personen hatten sich noch eingefunden. Alle, ob Freund oder Gegner, folgten mit Interesse seinen Ausführungen, die in der Losung: „Mobilisierung aller Werktätigen zum Kampfe gegen Kriegsgefahr und Bürgerblockregierung" gipfelten. Genosse Scheibner, der besonders die ungerufen herbeigeeilten Ammendorfer Frontkämpferkameraden begrüßte, hob dann in launiger und scharfer Weise die lokalen Verhältnisse hervor. Er rückte die schwarzweißroten Hampelmänner, die am anderen Tage die Straßen verunzierten, ins rechte Licht. Er betonte, daß die Bettelgesellschaft die Geschäftsleute um Spenden anging, um damit Fackeln für Dumme und Unbemittelte besorgen zu können. Er warnte deshalb alle Anwesenden vor den reaktionären Drahtziehern und prägte dabei die Parolen, die zur Ermunterung der Einwohnerschaft durch die Gassen geschrieen wurden:

Beteiligt Euch nicht am Hindenburg-Rummel!
Meidet den schwarzweißroten Schwindel!
Nieder mit Faschismus und Bürgerblock!

Am Schluß seiner Rede skizzierte er zur allgemeinen Erheiterung die mitgeführten Transparente und Darstellungen. Da war zuerst ein ganz treffendes. Hindenburg, der „Retter", prangte in der Mitte eines Schildes, das ringsum mit Bildern beklebt war. Die letzteren stellten dar die einzelnen faschistischen Formationen, wie Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo usw. Auch war ein „Roskide" mit um den Bauch gebundenen Handgranaten zu sehen. Ferner zeigte das Transparent noch einige Bilder aus Deutschlands „großer Zeit". Als Unterschrift las man: **„Die Bilanz der Republik".** — Also, der monarchistische Präsident Hindenburg, umgeben vom Faschismus!

Ein zweites Schild: „Schier achzig — — —", ließ einen Militärmann mit merkwürdig schwarz geschmiertem Gesicht erkennen, der durch einen Berg von Totenschädeln stolzierte. Er war mit dem Motto: „Der Krieg bekam mir wie eine Badekur" ausgezeichnet. Das schwarzgeschmierte Gesicht der Figur mochte von Ruß oder Stiefelwichse herrühren. Die farbige Prozedur geschah auf Verlangen der Polizei, die eine Aehnlichkeit des Gesichts mit dem Antlitz des Reichspräsidenten zu erkennen glaubte.

Außerdem wurde noch ein großer, von Pferden gezogener Tafelwagen im Zuge mitgeführt, der der

„Klassenkampf"-Propaganda

diente. Er erregte überall Aufsehen, weil er sinnfällige, in die Augen springende Momente festhielt. War da auf dem Wagen ein weißgedeckter Tisch, an dem ein wohlgenährter und gutgekleideter Mann sich breitmachte. Er hatte vor sich eine Flasche Sekt (keinen unechten) und ein herzhaftes Abendbrot. Er vertrieb sich während der stundenlangen Fahrt durch das Städtchen die Zeit mit Essen, Trinken und Zeitungslesen. („Leipziger Neueste Nachrichten".) Kurz hinter dem Herrn befand sich ein anderes, abgeschabtes, tischähnliches Gestell, an dem ein hagerer, verhungerter Prolete saß. Dieser zweite hatte anstatt eines Sektglases einen gewöhnlichen Blechtopf vor sich stehen. Ein Stück trockenes Brot verspeiste er mit dem Taschenmesser. Dann las er nicht die „Leipziger Neuesten", sondern das Blatt des revolutionären Arbeiters, den „Klassenkampf". Ueber dem Wagen war ein Schild befestigt:

Der „Klassenkampf" entlarvt die Bourgeoisie!
Der „Klassenkampf" schildert die Lage der Arbeiter!

Die Demonstration setzte sich nach der Kundgebung auf dem Marktplatz durch die Altenburg und das Sixti-Viertel nach dem Neumarkt in Bewegung, wo sie ihren Abschluß fand. Die Kameraden blieben, nachdem sie ihre revolutionäre Pflicht erfüllt hatten, noch einige Zeit in der „Stadt Leipzig" beisammen. **Merseburg war gegen den Hindenburg-Rummel mobilisiert!**

Tags darauf sollte die große Sache steigen, von der schon seit langem alles schrieb, nämlich

Der Fackelzug der Monarchisten

Auf dem Nulandtsplatz standen gegen 8 Uhr die Kerle, mit denen der alte Mann in Berlin gewiß keinen Blumentopf gewinnen kann, zum Abmarsch bereit. Die Stahlhelmbanditen hatten sich vorher ins „Casino" verkrümelt, um sich zu „rüsten". Einige Leutchen hatten sich zum Gaffen an der Abmarschstelle eingefunden. Darunter befanden sich natürlich auch diverse Gegner der anderen, sowie reichlich viel auswärtige Kriminalbeamte. Die Reischke-Kapelle, deren Mitglieder, wenn man sie als Proletenmusiker bezeichnet, sich kaum beleidigt fühlen können, marschierte an der Spitze. Dann kamen die verschiedenen Militärvereine, die teils kaum mehr als 20 Personen „aufmarschieren" ließen. Es waren die „72er", dann die „Husaren", „Pioniere", „ehemalige Kavalleristen" und wer weiß was noch für Plunder (denn sogar ein Stückmeister von der Marine war darunter. D. Ber.) Ein ganzer Schwung rotmütziger Gymnasiasten latschte auch mit; sie hatten wahrscheinlich an dem Tage keine Schularbeiten zu machen. Den meisten Zuschauern kamen bald die Tränen an, als sie die kleinen Scharnhorst-Jungens erblickten, die hinter dem Stahlhelm einherschlichen, denn ihnen fehlte wirklich jedes bischen Marks in den Knochen. Und zum Stahlhelm selbst (Marke Horstmann-Merseburg) konnte man getrost mit Heinrich Heine sagen:

Sie stelzen noch immer so steif herum,
so kerzengerade geschniegelt,
als hätten sie verschluckt den Stock,
womit man sie einst geprügelt."

Ein Karikaturenzeichner hätte seine helle Freude daran gehabt. Am drolligsten wirkten einige Personen, die bei den Militärvereinen mit fackelten. Da war zum Beispiel Gehebs Paul aus der Oelgrube, der in Radio macht, und dann ein gewisser Bauer Franz, der seinen Platz „an der Sonne" hat (er ist im „Lichtspielhaus Sonne" beschäftigt — daher der Name Bratkartoffel — von wegen nationaler Gesinnung. D. Ber.), sowie Uhligs Kurt vom Neumarkt, der wackere Sattler und Wagenbauer. Man könnte noch viele aufzählen, und bei so manchem wäre ein Verschen am Platze:

„Kanonendonner — es bubbert das Herz,
ein Krieger lag auf den Knieen,
er blickte ängstlich himmelwärts,
dabei hat er „Mutter" geschrieen— —."

Aber wir wollen ja nicht sticheln, denn die Tatsache, daß Nitschkens, die „feinen Leute vom Domplatz", mit dem Schachtelelektriker Grobe zusammengehen, stichelt ja sowieso genug. Die alten Merseburger, die sich so kennen, haben ja bei derartigen Anlässen immer etwas zu lachen. „Die schwarzweißroten Hampelmänner kommen", hieß es am Sonnabend. Und sie kamen wirklich still und stumm angeschlichen, wie Leute, die sich auf unrechter Bahn bewegen. Etwas über 400 waren es, dabei ein großer Teil Auswärtige. Da braucht wohl niemand festzustellen, daß das eine Pleite war. Dreißigtausend Einwohner in Merseburg und kaum 300 hiesige Fackelzugdemonstranten für den alten Mann in Berlin, das war tatsächlich eine Volksbewegung ohne Volk! Die Neugierigen, die sich massenhaft gegen 9 Uhr in der inneren Stadt herumtrieben, fühlten sich ja nur als Theaterbesucher. Sie hatten ja fast alle Lust zum Zischen.

Sehr mangelhaft war geflaggt. Am Sonntag stand es etwas besser, weil die einzelnen Hausbesitzer erst zum Lappenheraushängen animiert wurden. Aus einigen Arbeiterhütten hingen **Plakate mit den großen Buchstaben KPD. heraus.** Da machten die schwarzweißroten Hampelmänner doch lange Hälse. Ob sie begriffen haben, daß es eine Partei gibt der festen, willensstarken, revolutionären Arbeiter, eine Partei, die in den Betrieben verwurzelt ist und die dem bürgerlich-faschistischen Spuk ein jähes und gründliches Ende bereiten wird?

[illegible] seitze der Merseburger Prominenten war gleich Null. Man hatte nur die „Doofen" auf die Straße geschickt. Wo waren die großen Bauunternehmer, die Fabrikbesitzer, [illegible] Herren vom Hausbesitzerverein usw.? Sie guckten hinter den Gardinen oder aber sie hatten ihren Dienst mit Illuminationslämpchen, die sie in die Fenster stellten. Wenn man hätte Auto fahren können im Zuge, dann wäre man vielleicht gekommen, dann mußte aber mindestens noch ein Ueberfallkommando der Schutzpolizei rechts und links nebenher fahren, denn man konnte ja nicht wissen — —.

Beim „Korrespondent" waren, als der Trupp nationalmiserables Unkraut vorüberzog, die Fenstervorhänge zugezogen. Somit konnten die Kerle mit den Fackeln nicht einmal das schwarzrotgoldig beschleifte Papa-Hindenburg-Bild beschnarchen. Ob Franz Rößner so zeitig zu Bette ging oder ob er den anderen den „republikanischen" Präsidenten nicht gönnte, weiß man nicht.

Nach dem Umzuge warfen die Hampelmänner ihre Fackeln zusammen. Dann gingen sie „noch einen naschen".

Die große Gleichgültigkeit der Bevölkerung

anläßlich des 80. Hindenburg-Wiegenfestes zeigte sich auch am Sonntag. Es trieb sich alles, was Beine hatte, auf der Oktobermiete herum. Bei Würstchen, Lagerbier und Krinoline wurde der republikanisch-monarchistische Ehrentag vertrudelt. Es fehlte ihm jede nachhaltige Wirkung. Das Freikonzert der Reischke-Proletarier auf dem Marktplatz war allerdings stark besucht. Dieses Moment kann aber nicht für den „Sieger von Tannenberg" gebucht werden, denn das Merseburger vermuckerte Spießertum kam, weil es nichts kostete, weil es sich trotz Dünkels und Dummheit keinen Konzertbesuch leisten kann. Und so tümmelten sich die Bürger auf dem Markt herum von denen wieder der alte Heine sagte:

„Der Himmel segne dich wack'res Volk,
er segne deine Saaten
bewahre dich vor Krieg und Ruhm (!!),
vor Helden und Heldentaten.
Er schenke deinen Söhnen stets
ein sehr gelindes Examen (!!),
und deine Töchter bringe er hübsch
unter die Haube. — Amen!"

Als das Konzert vorüber war, war alles aus. Die Bürgersleute gingen nach Hause, denn der Schmorbraten der teuren Gattin wartete. Wie man sagt, sollen ja auch noch in den Kirchen die diversen Gebete gemurmelt worden sein, aber das hat ja Hindenburg nicht gehört und der liebe Gott auch nicht.

Trotz aller Anstrengungen der reaktionären Kreise von Krähwinkel verpufte der Hindenburg-Rummel. Und daran sollten die revolutionären Organisationen ihr dankbares Arbeitsfeld in der Merseburger Bevölkerung ganz klar vorgezeichnet sehen. Höchste Aktivität aller Genossen und mit der klugen Erkenntnis und der beispiellosen Initiative der Kommunistischen Partei an die Arbeit, dann gehören Hindenburg und Bürgerblock bald in das Reich der Vergangenheit!

—f—

Aus dem Saalkreis

Beesenlaublingen. Hindenburg-Rummel. Auch in unserem Orte wollten die „Helden" Hindenburg gratulieren. Darum riefen sie durch Einladung die „blauen" Vereine zu einem Fackelzug am Sonnabend auf. Aber nur ein Häuflein war da, als der Fackelzug vor sich ging. Man merkte auch, daß der bürgerliche Radfahrerverein dabei fehlte. Ob man sich verkracht hatte? Aber Herr Alfred Ernst war doch der Aufmerksamste. Er wollte mit den zwei schwarzweißroten Fahnen oben an dem Schornstein der Fabrik zeigen, daß die **korrumpierte Stahlhelm-Ortsgruppe** ebenso morsch ist wie der reparaturbedürftige Schornstein. Als alle „Helden" am Sonntagmorgen ihre Fahnen herausgesteckt (viele waren auch dazu gedungen), verlangte der Vorstand des bürgerlichen Radfahrervereins (alles nur indifferente Arbeiter) die Hereinziehung der Fahne beim Gastwirt ihres Vereinslokals — — oder — —. Und er mußte es. Am Sonntagnachmittag ging der Rummel in Alsleben weiter. Wir revolutionären Arbeiter werden diesem Rummel bei unserer kommenden Feier der russischen Revolution mit einem imposanten Fackelzug antworten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Ein Pyrrhussieg der „Aufbauleute" in Weißenfels

Die Wahlschlacht um die Vertreterversammlung des Bezirkskonsumvereins Weißenfels-Naumburg ist am Montag, dem 3. Oktober, durch die Wahl der Leuna-Schichtarbeiter als „Nachzügler" entschieden worden. Es haben Stimmen erhalten:

Liste: „Genossenschaftlicher Aufbau" 1284 Stimmen.
Liste: „Arbeiterkonsumverein" 1270 Stimmen.

Im Jahre 1926 wurden abgegeben für:

Liste: „Genossenschaftlicher Aufbau" 1294 Stimmen.
Liste: „Arbeiterkonsumverein" 1083 Stimmen.

Die Genossenschaftliche Aufbauliste „siegte" in diesem Jahre mit 14 Stimmen Vorsprung. Das ist nach Lage der Dinge ein Pyrrhussieg. Seit dem Jahre 1926 hat die Mitschmaschliste der SPD. zehn Stimmen verloren. Bedenkt man, daß im Jahre 1926 die Wahlbeteiligung 32 Prozent betrug, im Jahre 1927 aber 38 Prozent, so kann von einem „Sieg" der Aufbauleute gar nicht geredet werden. Entsprechend der gesteigerten Wahlbeteiligung um sechs Prozent hat die Genossenschaftliche Aufbauliste keine Stimmensteigerung, sondern einen Stimmenrückgang aufzuweisen. Die Liste Arbeiterkonsumverein hat seit dem Vorjahre ihre Stimmenzahl von 1083 auf 1270 vermehrt. Daraus folgt, daß die Aktionskraft der KPD. sich vergrößert, die der SPD. sich vermindert hat.

Die kommende Vertreterversammlung wird

33 Vertreter der Liste „Arbeiterkonsumverein" und 34 Sitze der Liste „Genossenschaftlicher Aufbau"

aufzuweisen haben. Die „völkerbefreiende Sozialdemokratie" hat das Schweineglück, daß sie auf die 14 Stimmen Mehrheit einen Vertreter mehr bekommen wird. Gegenüber dem Vorjahre hat die Aufbauliste vier Vertreter eingebüßt!

Worin bestand die bisher von der Sozialdemokratie innegehabte Mehrheit? Sie war das Produkt von **großen Wahlgaunereien!** Wurde im vorigen Jahre unter Vorlegung des Mitgliedsbuches gewählt, so mußte in diesem Jahre jeder Wähler einen von der Wahlleitung der Genossenschaft ausgestellten Wahlschein aufweisen. Das Wahlrecht konnte nur in eigener Person ausgeübt werden. Das von der Genossenschaft festgelegte Wahlverfahren entsprach dem amtlichen Verfahren, wie es bei der Reichstags- und sonstigen Wahlen üblich ist. Im vorigen Jahre war es anders. Es ist vorgekommen, daß Wähler an die Wahlurne traten, deren Mitgliedschaft schon längst erloschen war. Das Wahlrecht wurde auch „übertragen", indem „Wähler" Mitgliedsbücher vorlegten, die ihnen gar nicht gehörten.

Das Ergebnis der diesjährigen Wahl ist für die Aufbauleute **eine schallende Ohrfeige!** Bei der Verhandlung um die sogenannte Einheitsliste stellten die SPD.-Leute große Forderungen. Sie wollten nicht nur die alte Sitzzahl zur Grundlage der Verhandlung machen (die Mehrheit mit vier Sitzen unter allen Umständen), sondern ihr Listenvertreter, der SPD.-Mann Saupe, gab zu verstehen, daß die Aufbauliste bei der diesmaligen Wahl mit einer noch viel größeren Sitzzahl aus der Wahl hervorgehen werde. Nun, die diesjährigen Wähler haben dafür gesorgt, daß die Träume der SPD.-Leute zuschanden wurden. Haben die Aufbauleute in Weißenfels einen kleinen Fortschritt in der Vermehrung ihrer Stimmen zu verzeichnen, so haben sie diesmal auf dem Lande, wo sie die stärksten Positionen aufzuweisen hatten, eine katastrophale Niederlage erlitten.

Der Wahlkampf hat der Genossenschaft wiederum zirka 1000 Mark gekostet. Diese hätten erspart werden können, wenn die Einigungsverhandlungen nicht an den überspannten und geradezu verrückten Forderungen der SPD.-Leute gescheitert wären. Der Sozialdemokratie müssen auch wiederum diese Kosten zur Last gelegt werden. Aber das nicht allein. Wie wir hören, beabsichtigen die „Aufbauleute" gegen das Wahlergebnis Protest zu erheben. Man munkelt sogar, daß ein aberwaliger Prozeß nicht unwahrscheinlich ist. Damit wird dann der Kurs verfolgt, den die SPD. schon längst beschritten:

Zertrümmerung der Arbeitergenossenschaft!

weil ihr Ziel, die Beseitigung der kommunistischen Verwaltungsmehrheit, in alle Ferne entschwunden ist. Offenbar soll die kommende Wahl das bringen, was sie dismal unter Aufbietung aller Kräfte nicht erreicht haben. Nun, wir fürchten diese Saboteure und Brandstifter nicht.

Eine abermalige Wahl kann nur dazu beitragen, daß die „Aufbauleute" gänzlich in die Flucht geschlagen werden. Sollten sie sich wirklich mit den von uns bereits angedeuteten Plänen tragen, dann werden wir dafür sorgen, daß ihre Schandtaten in der Oeffentlichkeit gehörig gebrandmarkt werden!

? ? Blaue Blusen ? ?

Mit Hallenser Schulanfängern im Landjugendheim in Eckartsberga

Von einem parteilosen Lehrer wird uns geschrieben:

Fern vom Getriebe der Großstadt verfuchten in den vergangenen Wochen eine gemischte 8. Klasse und eine 1. Mädchenklasse der Sammelschule Süd, den Gedanken der Gemeinschaft in die Tat umzusetzen. Im kleinen Städtchen Eckartsberga wohnten im Landjugendheim 67 Kinder mit ihren Lehrern und einer Anzahl Mütter, die die schwere Arbeit in der Küche übernommen hatten und sie in ausgezeichneter Weise leisteten. Mit einer lange nicht in diesem Maße erwarteten Einmütigkeit entwickelte sich ein schönes Verhältnis zwischen den großen Mädels und den kleinen Sechsjährigen, mußten doch die letzteren in dem Alter noch die so nötige Pflege der Mutter entbehren. Mit Begeisterung vertraten die älteren Mädels die Mutterstelle. Und dabei zeigte sich so recht der Mißstand, dem das Großstadtproletariat unterliegt, in seiner ganzen Größe.

Ist es nicht eine furchtbare Erkenntnis, wenn die Kleinen „ganz lange" dableiben wollen, daß kein Fall von Heimweh bei ihnen zu verzeichnen ist?

Tut es nicht weh, feststellen zu müssen, daß einige Kinder das Fleisch liegen lassen wollten, weil sie zu Hause nur Sonntags welches bekommen?

Ist es nicht verwunderlich und rührend zugleich, sehen zu müssen, wie diesen kleinen Großstadtwesen Kinder werden, Kinder mit leuchtenden Augen, dauernd fragend, erzählend, immer beschäftigt, mit glückseligem, unbesorgtem Kinderlachen?

Der Landschulheim-Aufenthalt dieser zwei Klassen bestätigte nur, was lange bekannt ist.

Das Elternhaus ist kein Elternhaus und die Mutter kann keine Mutter sein, wenn die Eltern ins Joch der beruflichen Erwerbsarbeit gespannt sind.

Jede Pädagogik geht von falschen Voraussetzungen aus, wenn sie für die Schularbeit ein Elternhaus im bürgerlichen Sinne annimmt!

Der Gemeinschaftsgeist ging nur so weit, daß nur Bleistifte und bunte Kreide für jeden da waren, trotzdem vorher mancher Kampf um meinen Bleistift und um meine Kreide entbrannte. Und wenn „Schule" ist oder „Schularbeiten" gemacht werden, dann herrscht ein Fleiß, wie ihn das Schulzimmer der Heimat nicht zeitigen kann. Im Landschulheim können die Kinder alles haben. Im Elternhaus müssen die meisten vieles entbehren. Gutes kräftiges Essen, so viel sie wollen, 12 Stunden Schlaf, und dann noch die von allen freiwillig gehaltene Mittagsruhe (wenn auch anfangs eine Geschichte bei einigen das Zuamittel war). Nicht zu vergessen das freie Leben im bergigen Gelände mit den herrlichen Waldungen. Kein Mensch verbietet den Weg waldeinwärts. Jetzt ist uns jedes Eckchen so vertraut. Und geht's zu steil bergab, dann ist's eben die Rutschbahn.

Alles ist Freude, alles ist Leben!

Und die Kleinen rufen den Großen zu: Gebt allen die Kindheit, gebt allen das Glück! Schafft ein Reichsschulgesetz, das neues Leben in neuer Schule verlangt und gewährleistet. Es wird höchste Zeit, weg mit dem Reichsschulgesetzentwurf, her mit der Schule auf sozialistischer Grundlage.

Rö.

? ? Blaue Blusen ? ?

Naumburg. Von einem Erdblock erschlagen. In der Dampfziegelei Hesse in der Weichau bei Naumburg wurde der Ziegelearbeiter Mundt durch einen herabfallenden Erdblock erschlagen. Die Erdmassen haben dem Unglücklichen den Kopf zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Freyburg. Totschlag wegen ein paar Pflaumen. Vor kurzer Zeit ging durch die Presse das Gerücht, der Arbeiter König von Naumburg sei auf dem Nachhausewege von Freyburg nach Naumburg vom Rade gestürzt und habe das Genick gebrochen. Tagesgespräch ist hier, daß vermutlich dieses nicht der Wahrheit entspricht. Er soll im Vorbeifahren an den Pflaumenbäumen sich ein paar Pflaumen gepflückt haben und der Besitzer Taubert von hier soll ihn mit einem Stock ins Genick geschlagen haben, was seinen Tod zur Folge hatte. Der Pflücker, dem er 50 Mark Schweigegeld gegeben haben soll, hat diese zurückgewiesen und Anzeige erstattet. Die Leiche soll ausgegraben werden, die Obduktion wird Licht in die Angelegenheit bringen.

Zeitz. Uebt Solidarität. Vor kurzem wurde hier bei der Waffenbeschlagnahme mehrere Arbeiter, unter anderen auch der Chauffeur Penzel verhaftet. Trotzdem die Sache ganz harmlos ist, werden die Genossen noch immer nicht freigelassen. Um sich während dieser Zeit über Wasser halten zu können, hat die Frau von Penzel einen kleinen Fischhandel eröffnet. Wir ersuchen die Zeitzer Arbeiter, die Frau Penzel in ihrer schweren wirtschaftlichen Lage mit allen Mitteln zu unterstützen und während der Marktage ihre Einkäufe in Fischwaren dort bei Penzel zu tätigen. Weiter befindet sich unter den Verhafteten der Geschäftsmann Günther, der durch die Willkürmaßnahmen der Naumburger Justiz vollständig ruiniert werden kann. Wir fordern deshalb die klassenbewußten Arbeiter auf, daß sie auch das Geschäft von Günther bei ihren Einkäufen berücksichtigen, denn Günther war einer von denen, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind und die sich immer zum Proletariat rechnen.

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Betriebsräte und Vertrauensleute! Fordert Eure jungen Arbeitskollegen und -kolleginnen auf, zur Teilnahme an dem neuen Lehrkursus der Arbeiter-Samariter-Kolonne, Zeitz, welcher am 6. Oktober, abends 19.30 Uhr, im Uebungslokal „Goldener Stern", August-Bebel-Straße, beginnt. Schafft Euch sanitäre erste Hilfe in den Betrieben!

Rasberg. Gemeindevertretersitzung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung war der Antrag auf Eingemeindung gestellt. Die Antragsteller wollten die Sache als Dringlichkeitsantrag behandelt wissen. Es hatte zwar lange gedauert, ehe die Sozialdemokraten aus ihrem Schlafe erwachten, denn bereits vor einem Vierteljahr hatten sie hier eine öffentliche Versammlung abgehalten mit dem Thema Eingemeindung. In derselben Versammlung wollte der Referent Bach die Eingemeindung dadurch schmackhaft machen, daß er den Versammlungsteilnehmern Märchen aus einem „gelobten Lande" erzählte. In der Versammlung wurde durch unseren Genossen Gippner hingewiesen, daß derartige Errungenschaften, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung niemals eintreten werden, nur Wahlmanöver sind. Es zeigte sich denn, daß die Sozialdemokraten nicht einig wurden. Nur zwei stimmten für die Dringlichkeit. Mit der Schulfrage für das Winterhalbjahr wird in unserm Orte nach den Ferien wieder begonnen. Hierbei regte unser Genosse an, daß auch das Kochen ausgeschrieben wird. Dieser Antrag soll nicht immer an einen Wirt verschachert werden. In der Fehdeverpachtung zeigte sich bei den Vertretern eine große Nervosität. Am Taubenberg sollen die Parzellen nicht wieder als Grabeland abgegeben werden, sondern es soll Grasnutzung darauf kommen, weil durch das Graben die Obstbäume viel Schaden erleiden. Interessant war das Verhalten der Sozialdemokraten bei der Verpachtung der Parzellen, die in der Rödener Flur liegen. Diese wollten sie den alten Pächtern wieder zuschieben. Auf Anregung unseres Genossen wird beschlossen, sämtliche Parzellen frisch zu verpachten. Nachdem unsere Genossen einige Anfragen gestellt hatten, schloß der Gemeindevorsteher die Sitzung. Wenn man die letzten Sitzungen beobachtet hat, so muß festgestellt werden, daß die Sozialdemokraten absolut keinen blassen Schimmer von Arbeiterpolitik haben. Nur weiter so, dann wird der letzte Prolet erkennen, daß er sein Vertrauen nicht an solche Leute verschwenden darf.

? ? Blaue Blusen ? ?

Mansfeld-Sangerhausen

Helmstedt. Ställe und Scheune eingeäschert. Um die Mitternachtsstunde brach bei dem Landwirt Kaiserlah in Schlengau ein Brand aus, der das Stallgebäude und die Scheune in Asche legte. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Brand ist durch Fahrlässigkeit entstanden. Man wollte einem Motorradfahrer, dem der Benzin ausgegangen war, Benzin verabreichen, der sich in der Scheune befand und zum Antrieb eines Melkapparates diente. Dabei wurde ein Streichholz angezündet, wodurch der Benzinbehälter explodierte und das in der Scheune lagernde Stroh in Brand setzte.

Oberwiederstedt. Eine Protestversammlung gegen den Reichsschulgesetzentwurf fand hier am 30. September statt. Es sprach der Bezirkssekretär Graul aus Leipzig vom „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung". Seine Ausführungen wurden von der Versammlung in zustimmender Weise aufgenommen. Fast einstimmig wurde eine Resolution gegen den Entwurf zum Reichsschulgesetz angenommen. In der Diskussion sprach der Lehrer Meiser, der in ganz vortrefflicher Weise die Einstellung der Arbeiter von Oberwiederstedt kennzeichnete. Eine Unterschriftensammlung wird den Protest noch bekräftigen.

Förderstedt. Abgebrannt. Die auf der Bodeflur stehende offene Feldscheune der Gutsbesitzerin Heyer wurde durch Feuer vernichtet. Die Entstehungsursache ist noch nicht geklärt.

Friesdorf. Die Chaussee von hier nach Piskaborn harrt immer noch der Vollendung. Es wird zwar daran gearbeitet, aber wir glauben kaum, daß sie im Laufe dieses Herbstes noch zur Benutzung freigegeben werden kann. Es wäre doch wünschenswert, wenn hier noch vor dem Winter die Fertigstellung stattfindet, da die Chaussee im Betriebe außerordentlich dem Verkehr dienen würde.

Der Gefangene von Potsdam

53] Von **Heinrich Mandt**

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Herr Landgerichtsrat Halledt, der, wie er zu meinem „Komplizen" Ziehe sagte, im Kriege Offizier und Adjutant eines Garderegimentes gewesen ist, war, wenn auch vielleicht unbewußt, gegen mich sehr voreingenommen. Er sagte bei diesem ersten Verhör, und sozusagen als Einleitung, ganz zornig zu mir: „Daß hinter der Front viele Schweinereien vorgekommen sind, daß weiß ich selbst, aber Sie haben mit Ihrer „Etappe Gent" den ganzen Offizierstand beleidigt!"

Als ich ihm erwiderte, daß mir eine solche Absicht völlig ferngelegen hätte, lenkte er ein und teilte mir mit, daß er meine Haftentlassung in Erwägung ziehen werde, wenn die von mir angegebenen Zeugen die von mir behauptete Vernichtung der Aktenstücke beschwören würden. Und zum Beweise, daß er nun, nachdem er meine harmlose Persönlichkeit vor Augen gehabt und gesprochen hatte, eine bessere Meinung von mir besaß, erteilte er mir dann die Erlaubnis, die er immer wieder um acht Tage verlängerte, daß ich täglich in Begleitung meines „Kettenhundes" ausgehen durfte, um meine häuslichen und geschäftlichen Besorgungen regeln zu können.

Herr Landgerichtsrat Halledt vernahm mich dann noch zweimal, und sein Benehmen wurde immer freundlicher. Aber während ich dank der mir zuerkannten großen Vergünstigungen in Moabit „einen guten Tag" verlebte, d. h. ich war eigentlich nur noch nachts „zu Hause", und auf meine bevorstehende Haftentlassung so gut wie sicher rechnen konnte, machte mir Herr Gerlach sozusagen zum guten Abschluß seiner Berliner Tätigkeit — böse Zungen wollten wissen, er sei wegen der von ihm errungenen harten Verurteilung meiner gehaßten Person zum Ersten Staatsanwalt in Potsdam avanciert — alle schönen Blütenträume meiner Hoffnung zunichte. Eines Abends, im November 1921, teilte mir nämlich Herr Gefängnisvorsteher Schmidt mit, daß die Staatsanwaltschaft meinen sofortigen Strafantritt in Sachen Prinz Heinrich von Reuß XXXVII. verfügt hätte.

Ich durfte zwar in meiner schönen Zelle verbleiben, aber die Rechte des Untersuchungsgefangenen, sich für eigenes Geld zu beköstigen, zu rauchen, Zeitungen zu halten, sich Lebensmittelpakete schicken zu lassen usw., wurden von Stund an inhibiert.

Da packte mich ein heiliger Zorn: also ich sollte Weihnachten doch in der Zelle verbringen und erst im kommenden Mai wieder in die Freiheit zurückkehren! Ich erblickte in dieser mich so gänzlich unvorbereitet treffenden Anordnung der Staatsanwaltschaft, in der ich Herrn Gerlachs Geschoß witterte, eine mir mit Bewußtsein angetane Tücke und schwor es mir selbst zu, so lange im Hungerstreik zu verharren, bis diese Maßregel entweder rückgängig gemacht oder ich zur Ehre der deutschen politischen Strafjustiz ganz elend „verreckt" war.

Trotz des dringenden Abratens meines eigenen Rechtsanwaltes und trotz der täglichen, ja stündlichen Beschwörungen der menschenfreundlichen Gefängnisverwaltung, doch von diesem verzweifelten Tun abzulassen, das meine Gesundheit aufs schwerste gefährden, mit dem ich aber nichts erreichen könne, ließ ich mich nicht herumkriegen, wieder Nahrung zu mir zu nehmen. Ich verließ nicht mehr meine Zelle und hungerte unentwegt weiter. Man stellte mir jeden Mittag einen sehr appetitlich duftenden Braten auf den Tisch, aber mein Wille widerstand jeder Lockung. Nach dem sechsten Tage empfand ich keine Schmerzen mehr. Ich wurde nur immer matter und matter und verlor immer schneller an Gewicht. Ich trank auch weder Kaffee noch Wasser und befeuchtete nur hin und wieder meine Zunge. Das Rauchen hatte ich gleichfalls sofort eingestellt.

Zu Beginn der dritten Woche merkte ich, daß mein Herzschlag immer schwächer wurde. Ich lag von nun an die meiste Zeit zu Bett. Herr Geheimrat Hoffmann, der Gefängnisarzt, der während des Krieges als Generalobererarzt in Flandern stand, der jeden Tag nach mir sah und dem ich viel Gutes verdanke, meinte, daß nun Lebensgefahr bestünde und drohte mir, mich mittels eines in den Mund gesteckten Schlauches zwangsweise ernähren zu lassen. Ich lachte ihn aus und reckte die Arme: „Das können Sie ja einmal versuchen lassen, ich setzte mich mit dem Schemelbein zur Wehr!"

Ich erhielt hohen Besuch: Herr Generalstaatsanwalt am Kammergericht, Rohde, dem damals noch der Strafvollzug im Kammergerichtsbezirk unterstand, kam in Begleitung eines gegenen Stabes zu mir, um mich vom Hungern abzubringen. Ich beharrte.

In dieser Zeit, am 16. Dezember 1921, brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld erstmals meinen Fall im Plenum des Reichstages zur Sprache:

„Ich sagte, daß man die Linke nicht schützt. Wenn Sie sich die Justiz vor Augen führt, dann finden Sie Tag für Tag Beispiele dafür, wie die schwersten Strafen verhängt werden, sowie es sich um Angeklagte handelt, die zur Linksopposition gehören. Ich will heute nur einen Fall anführen, der im Augenblick gerade zu besonderer Betrachtung Anlaß gibt, den Fall des Redakteurs Heinrich Mandt, eines Sozialisten, der keiner der verschiedenen Richtungen angehört. Dieser Mann hatte in der bekannten Schrift „Etappe Gent" unter anderem Behauptungen über einen Prinzen Heinrich von Reuß XXXVII. aufgestellt, und als es dann zur Verhandlung kam wegen Beleidigung dieses Prinzen, stellte es sich heraus, daß Herr Mandt durchaus richtige Behauptungen aufgestellt hatte. Nur hatte er nicht ganz richtig gezählt: es war nämlich nicht Prinz Heinrich von Reuß XXXVII., sondern es war der XXXVIII. Trotzdem danach der gute Glaube des Herrn Mandt feststand, wurde er zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. (Hört! Hört! bei der Linken.)

Ich möchte wissen, wo die Herren auf der Rechten ein Urteil anführen können, das auch nur ein wenig an die Schärfe eines solchen Urteils heranreicht. Dieser Mann wird verfolgt wegen seiner Schrift „Etappe Gent".

Immer neue Herren, die in der Schrift erwähnt sind, stellen Strafantrag, so daß es zu einem wirklichen Kesseltreiben gegen ihn gekommen ist, daß jetzt dahin geführt hat, daß Mandt in den Hungerstreik eingetreten ist. Es wäre dringend zu wünschen, daß unsere republikanischen Staatsbehörden auf die Staatsanwaltschaft einwirken, daß sie nicht einen Mann verfolgt, der die „Etappe Gent" gerade zum Schutze der Republik veröffentlicht hat. Er sah beim Kapp-Putsch, daß jene Offiziere, die sich draußen in der Etappe bereichert und Ausschreitungen aller Art begangen haben, alles taten, um das alte Regime wieder einzuführen, und deshalb veröffentlichte er sein Buch. Es liegt wahrlich Grund genug vor, eine republikanische Regierung, sich dieses Falles anzunehmen.

*

Freigelassen und wieder verhaftet

Am 21. Tage meines absoluten Hungerstreikes wurde ich aus meiner Zelle geholt und vor die 8. Strafkammer geleitet. Der im Juli vertagte Prozeß, bei dem ich jetzt, dank des Fehlens der „Alten Niederländer", keinen Blumentopf mehr gewinnen konnte, wurde weiterverhandelt. Er nahm fünf Tage in Anspruch und endete mit einem Vergleich.

Landgerichtsdirektor Jeep führte den Vorsitz und eine große Anzahl der ehemaligen Offiziere, die ich im ersten Band der „Etappe Gent" angeprangert hatte, waren als Zeugen zugegen. Ihre Aussagen erwiesen sich, wenn auch ungewollt, so günstig für mich, daß die 8. Strafkammer jetzt sogar so friedlich wurde, daß sie mir die in Sachen Prinz Heinrich von Reuß XXXVII. seinerzeit ausdrücklich verweigerte Zubilligung einer Bewährungsfrist nun noch nachträglich zuerkannte.

Ich begann nun wieder zu essen, und nachdem ich dann noch Weihnachten und Neujahr in Untersuchungshaft verbracht hatte, wurde ich endlich am 24. Januar 1922 auf telegraphische Anweisung des Oberreichsanwaltes wieder in Freiheit gesetzt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Nicht müde werden!

Die Werbekampagne für unsere Presse hat angefangen und es zeigt sich, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Erfolge einiger Genossen sind der beste Beweis dafür, daß der Boden gut ist für unsere Idee. Deshalb, Genossen und Kameraden, heraus aus der Passivität, zeigt, daß Ihr wirklich Kommunisten seid. Geht heran an die Leser der „Freien Presse", welche von ihrem Verlag so schmählich betrogen wurden, zeigt ihnen, daß diese Leute sich nicht schämen, zu behaupten, Arbeiterinteressen vertreten zu wollen. Genossen, Arbeiter und Angestellte, aus welchem Grunde macht die „Freie Presse" jetzt ihre Werbekampagne? Nun, wir wollen es nicht verheimlichen. Diese Kampagne der „Freien Presse" ist der letzte Vorstoß, damit es möglich wird, das Schmierblatt noch ein paar Wochen länger erscheinen zu lassen. Indirekt erscheint es ja schon unter gänzlichem Ausschluß der Oeffentlichkeit. Wenn diese Bankrotteure den Geschäftsleuten das Blättchen nicht für den halben Preis anbieten würden, dann wäre fast gar nichts mehr von ihm zu sehen. Wenn man bedenkt, wie wenig Leser es in den Arbeitervierteln hat, so steht fest, daß es auch bei der jetzigen Kampagne keine ehrliche Proleten für sich bekommen wird.

Ein paar Worte zum einjährigen Bestehen der „Freien Presse", welche am Freitag eine „Festzeitung" zum völligen Untergang herausgegeben hat. Mit dieser Nummer wollen diese Leute noch einmal krebsen gehen bei den Arbeitern. Keine Illusionen! Der Parteivorstand in Berlin hat diesen **Raub der Druckerei** deswegen getan, um die letzten Spuren eigener Meinung in diesem schon auf dem rechtesten Flügel der SPD. stehenden Organ zu vernichten. Die Leute haben's nötig, über die „Diktatur" in unserer Partei zu schimpfen. **Ihre Demokratie ist die hohlste Phrase, die man sich denken kann.**

Daher rufen wir allen Arbeitrn schon heute zu, weist diesen Unternehmerknechten die Tür, das ist die beste Quittung. Ganz schlecht scheint es zu stehen mit Herrn Heidingsfelder, welcher „krank" gemeldet ist. Es schwankt ihnen in Bitterfeld der Boden unter den Füßen. Gebt ihnen den letzten Fußtritt. Heran an die Arbeit, Genossen! Werbt und agitiert unermüdlich.

Bist Du mit Deinem Lohn zufrieden?

A.-K. Der „Klassenkampf" fragt, ob ich mit meinem Lohn zufrieden bin. „Nein," muß ich sagen, „ich kann unmöglich zufrieden sein." Die kapitalistische Gesellschaft kann keinem Arbeiter den vollen Wert seiner Arbeit geben. Wollte sie es, so müßte sie auf den Profit und die Ausbeutung verzichten, was ihr Ruin wäre. Solange wir einen Kapitalismus noch haben, wird mir ein Lohn gezahlt, der gerade eben hinreicht, mein Leben zu erhalten. Alles andere steckt die Kapitalistengruppe ein, die mich ausbeutet.

Für dieses schmarotzerhafte Wesen des Kapitals will ich ein drastisches Beispiel nennen:

Ein Hund ohne Flöhe ist besser dran, als wie ein Hund mit Flöhen, die sein Blut aussaugen. So ist auch eine Arbeiterschaft ohne Kapitalisten besser dran, als eine Arbeiterschaft mit Kapitalisten. Ein Hund kann von Flöhen aber nur wenig ausgesogen werden, dagegen muß die Arbeiterschaft die Hälfte der Werte, die sie und nur sie erzeugt, sich von dem Kapital wegnehmen lassen. Außer dieser unverschämten Ausbeutung beherrschen die Kapitalisten durch den Staat die Arbeiterschaft, bedrohen sie mit schweren Strafen, wenn sie sich gegen ihre Parasiten zur Wehr setzen wollen.

Meine Meinung ist die, wenn wir uns befreit haben und es so machen wie in Rußland, wenn wir die Macht an uns reißen und die Wirtschaft für das Proletariat führen, dann erst können wir sagen: Wir haben den Lohn wie es sich gehört.

Anilin-Kaufhaus oder Konsumverein?

In kurzer Zeit wird in Greppin eine neue Verkaufsstelle des Konsumvereins eröffnet werden. Vor allem soll in dieser Verkaufsstelle die Fleischabgabe erfolgen. Der Laden ist allen Anforderungen entsprechend modern eingerichtet. Es zeigt sich, daß die Konsumvereinsbewegung immer mehr an Boden gewinnt. Betrachten wir die Konsumbewegung als eine derjenigen Organisationen der Arbeiterschaft, die berufen ist, ihren Aufgaben gemäß mitzuwirken im Kampf zwischen Arbeit und Kapital.

Leider muß immer noch festgestellt werden, daß es viele Arbeiter gibt, die noch nicht diesen Sinn begriffen haben. Noch tragen viele ihre sauer verdienten Groschen zum Krämer oder ins Anilin-Kaufhaus und schädigen sich und ihre Klasse. Das Anilin-Kaufhaus vor allem bezweckt einen gegenseitigen Kampf, eine Zersplitterung unter der Arbeiterschaft, um die Konsumbewegung aufzuhalten. Darum gibt man hohe Prozente, die aber durch höhere Warenpreise mit bezahlt werden müssen. Nur einige Lockartikel gibt man billig, um die Käufer zu ködern. Wer ernstlich den Kampf der Arbeiterschaft unterstützen will, muß auch Mitglied des Konsumvereins werden und seinen Bedarf dort decken.

Vor allem sei noch das Weinzip des Konsumvereins hervorgehoben, **reelle Waren zu billigen Preisen abzugeben.** Durch vermehrten Umsatz wird der Konsumverein immer besser in der Lage sein, den Mitgliedern billige und gute Waren zu liefern. Warum gibt der Konsumverein keine hohe Rückvergütung? Weil es nicht der Sinn ist, nur durch hohe Rückvergütung Mitglieder im Konsumverein zu werben. Um zum Weihnachtsfest z. B. Geld zu haben, gibt der Konsum durch die Sparkasse ein Mittel in die Hand, durch Kauf von Sparmarken zu 50 Pf. sich auch hier eine Summe zu sparen, die noch dazu verzinst wird. Die Eintrittsbedingungen, ebenso der Geschäftsanteil, sind so gehalten, daß jedem die Möglichkeit gegeben ist, Mitglied des Konsumvereins zu werden. Darum, alle, die noch fernstehen, werdet Mitglied, baut mit aus den Konsumverein zu einem Bollwerk gegen das kapitalistische System.

Gemeindevertretersitzung in Wolsen

Regierungspräsident Grützner erklärt die JAH. zur Nebenorganisation der KPD.

Am 27. September fand in Klinkigs Gasthof eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt, in der 30 Punkte (!) auf der Tagesordnung standen. Der 1. Punkt betraf Mitteilungen. Hier beklagten sich die Grepptner Werke darüber, daß ander Dinge als Hausmüll in die von ihnen überlassene Grube eingebracht werden. Das soll unterbleiben, sonst werde die Grube gesperrt! Die Gemeinde froh sein, daß ihre an der Straße gelegenen Löcher zugeschüttet werden.

Die Prüfung der Jahresrechnung hat stattgefunden. Dem Rendanten wird Entlastung erteilt.

Dem Arbeiter-Sport- und Kulturkartell wird der Dorfplatz überlassen zur Abhaltung einer Sonnenwendfeier und Abbrennen eines Scheiterhaufens. Dann werden zwei Ackerparzellen auf sechs Jahre in die früheren Pächter wieder verpachtet. Dem Gemeindevorsteher wird Vollmacht erteilt zur Aufnahme einer Anleihe von 250 000 Mk. für verschiedene Zwecke. Verschiedene Ausschüsse werden für aufgelöst erklärt und neugewählt. **Die Bürgerlichen beteiligten sich nicht daran.** Es wurden von der SPD. und KPD. je zwei Vertreter in die Ausschüsse gewählt. Drei Lehrer erhalten pro Tag je 10 Mk. zur Teilnahme an einen Lehrgang für Gewerbelehrer in Halle als Uebernachtungskosten. Es werden noch verschiedene Baukostenzuschüsse besprochen und Anstedlungssachen.

Der interessanteste Punkt war für unsere Genossen **der Punkt 26** Hier erklärte der Gemeindevorsteher, **daß die 300 Mk. für die JAH. nicht ausgezahlt werden, sondern er setze auf Veranlassung des Herrn Landrats die Ausführung des Beschlusses aus.**

Für die, die es nicht wissen sollten, diene zur Aufklärung: **Dieser Landrat heißt Stammer, ist strammer Sozialdemokrat.** Der Gemeindevorsteher gab ebenfalls bekannt, daß der Regierungspräsident Grützner erklärt habe, die JAH. sei eine Nebenorganisation der KPD., er empfehle die Ablehnung des Beschlusses. Hier steht man so richtig die Einstellung der Herren Stammer und Grützner. Treue Diener des bürgerlichen Staates. **Haben wir unrecht, wenn wir diese Sozialdemokratische Partei immer wieder als den**

Hausknecht der Bourgeoisie bezeichnen?

Unsere Genossen kündigten hierbei einen neuen Antrag zu der nächsten Sitzung an. Die SPD. will nur für eine Arbeiterwohlfahrt etwas bewilligen, aber nicht für die JAH. Was diese Leute eigentlich von der JAH. verstehen?

Bitterfeld. Spinale Kinderlähmung. Die spinale Kinderlähmung hat in die Kreise Bitterfelds Beunruhigung hineingetragen. In einer Elternratssitzung teilte Kreismedizinalrat Dr. Doepner über die spinale Kinderlähmung mit, daß für den ganzen Kreis Bitterfeld die Gefahr im Augenblick nicht groß sei. Im September wurden fünf oder sechs Erkrankungen gemeldet. Von den mehreren Tausend Bitterfelder Schulkindern sind zurzeit zwei Krankheitsfälle gemeldet. Trotzdem muß man natürlich verlangen, daß die größte Aufmerksamkeit obwalten muß. Bei den elenden Wohnverhältnissen und den mangelhaften sanitären Maßnahmen ist die Gefahr der Ansteckung außerordentlich groß.

Bitterfeld. Weil er zwei Frauen hat, wurde ein hiesiger Bademärter W. vom Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis mit der Aussicht auf Strafaussetzung verurteilt. Seit 1913 lebt der Mann von seiner Frau getrennt. Ja, diese hat ihn 1925 sogar in Bochum für tot erklären lassen. W. hatte 1919 wieder geheiratet. Die zweite Ehe war glücklich, die erste natürlich nicht. Wir fragen, warum diese Sache?

Wolsen. Auch hier die Lehrerschaft gegen das Keudell-Schulgesetz. Am 28. September fand eine Elternbeiratssitzung statt, in der unsere Genossen eine öffentliche Elternversammlung forderten, um gegen das Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Es muß hier betont werden, **daß sich das ganze Lehrerkollegium gegen das Gesetz wendet und wünscht, daß in aller** Oeffentlichkeit dagegen protestiert wird. Diese Elternversammlung soll nun in aller Kürze stattfinden, und zwar bei Klinkig. Wir fordern schon heute alle Eltern auf, rege Propaganda hierfür zu machen, damit diese Versammlung gut besucht wird. Es soll ein Referent vom preußischen Lehrerverband hinzugenommen werden. Es wurden nun noch verschiedene Angelegenheiten mit den Lehrern betreffs Beschwerden besprochen. Hierbei kamen so verschiedene Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck. Im allgemeinen war die Sitzung ein gut gelestetes Stück Arbeit. Der Schulvorstand hat sich ebenfalls mit zwei Angelegenheiten zu befassen, welche vom Elternbeirat überwiesen wurden. Es sei hier darauf hingewiesen, daß durch die vollständige Lernmittelfreiheit in Wolsen dem Proletariat etwas Gutes geschaffen wurde.

Wittenberg. Die Autoraserei hat wiederum ein Opfer gekostet. Auf der Chaussee zwischen Pratau und Eutzsch wurde am vergangenen Sonntag der Dreher Georges aus Pratau von einem Kraftwagen angefahren. G. befand sich auf dem Radfahrweg in der Fahrtrichtung nach Eutzsch. Das Auto hat G. überholen wollen und streifte ihn dabei mit dem Kotflügel. G. stürzte und das Hinterrad des Fahrzeuges wurde vollständig demoliert. G. kam mit leichten Verletzungen und einem zerrissenen Anzuge davon.

Wittenberg. Schafft Radfahrwege. Im Martinigarten fuhren infolge der schlechten Straßenbeschaffenheit zwei Radfahrer zusammen. Leidtragende waren die verbogenen Räder. Die Fahrer kamen mit dem Schrecken davon. Es wird Zeit, daß hier durch Schaffung eines Radfahrweges Abhilfe geschaffen wird.

Wittenberg. Noch einmal Autoraserei. Am Sonnabendnachmittag gegen 2 Uhr fuhr ein Motorraddfahrer in der Dessauer Straße ein junges Mädchen von hier, welches auf einem Rad fuhr, von hinten an. Es brach bei dem Sturze den linken Arm und trug außerdem erheblich schmerzhafte Verletzungen am Kopf davon. Ihr Rad wurde beschädigt.

Piesteritz. Berichtigung. In der Nummer 226 des „Klassenkampf" ist im Artikel: „Eine dufte „Blum—e" in der Piesteritzer Fortbildungsschule" leider durch eigenartige Umstände ein Versehen unterlaufen. Unter den bezeichneten Lehrkräften ist auch der Lehrer Wagner mit angeführt worden. Wir erklären, daß genannter Herr mit dem kritisierten Fall in der Piesteritzer Fortbildungsschule nichts zu tun hat und gegen ihn keinerlei Beschwerden vorliegen.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Haltestill fährt nach Sowjet-Rußland

Feierabend . . . — Eine Bank, daneben ein paar Stühle in einer Parkanlage. Auf der Bank sitzen ziemlich dicht Proleten, darunter Kollege Muckauf. Auf einem Stuhl eine Kinderwärterin, vor ihr steht der Kinderwagen.

Haltestill kommt, geht an der Bank vorüber, übersieht Muckauf, der sich darüber eins feixt, geht einige Schritte, kehrt unschlüssig wieder um und geht zur Bank zurück.

Muckauf: Darf ich Ihnen ein Plätchen anbieten, Herr Kollege Haltestill? Wir beide sind ja nicht so dicke wie so 'n Kapitalist, also setze Dir man!

Haltestill: (Erstaunt.) Kollege Muckauf, ich hab' Dich vorhin gar nicht hier sitzen . . .

Muckauf: . . . . . sehen wollen!

Haltestill: Aber Kollege [illegible]

Muckauf: Na ja — [illegible] wie gewöhnlich, 'n bißchen gebrüstet. — Was schreibt denn das „Volksblatt"?

Haltestill: Das Gegenteil!

Muckauf: Das glaub' ich, das wird Dir nicht sagen, daß Du am hellichten Tage schlafwandelst.

Haltestill: Quatsch, das Gegenteil von Euren Rußland-Märchen!

Muckauf: Das stimmt nicht ganz. Neulich mußte es z. B. zugeben, daß die Miete nach dem Einkommen des Arbeiters gestaffelt ist. Na?

Haltestill: Ja, ab . . . .

Muckauf: Und sein Rußland-Delegierter Friedländer hat doch auch berichtet, daß in Rußland das oberste Gesetz die Arbeiterwohlfahrt ist.

Haltestill: Na, aber . . . .

Muckauf: Na, und die Betriebskinderhorte und die Arbeiterlaboratorien?

Haltestill: Aber 'n qualifizierter Arbeiter kriegt nur 150 bis 200 Rubel!

Hindenburg-Spuk

am letzten Sonntag — ein Aufmarsch dessen, was Militarismus, Knechtschaft, Reaktion, kurz die düstere Vergangenheit bedeutet. **Am Sonnabend, dem 8., und Sonntag, dem 9. Oktober, findet in Delitzsch der Aufmarsch** der roten Front, der Arbeiterklasse, der die helle Zukunft gehört, statt. Die Untergaue **Delitzsch, Bitterfeld und Torgau** beteiligen sich. Arbeiter, Genossen, zeigt der Reaktion die rote Faust, heraus zum

Roten Tag in Delitzsch!

Muckauf: Hast Du das schon mal umgerechnet? Das sind 300 bis 400 Mark!

Haltestill: Ja, aber . . . .

Muckauf: Ja, aber, ja aber und aber! In einer halben Stunde ist unsere Betriebsversammlung. Ich werde Dich zum Rußland-Delegierten vorschlagen!

Haltestill: Du bist nicht recht bei Dir! Ich bin 30 Jahre in der SPD., denkst Du, ich will heute noch rausfliegen?

Muckauf: Ist das alles, Kollege Haltestill?

Haltestill: Na, und dann werd' ich auch nicht wieder eingestellt. Und jetzt bei der neuen Erwerbslosenregelung!

Muckauf: Siehste, es nutzt eben alles nicht, man muß kämpfen!

Haltestill: Ich bleib' lieber zu Hause und nähre mich redlich!

Muckauf: Na, dann nähre Dich man redlich, bis De rausrationalisiert bist!

Haltestill: Vorher kommst Du aber ran!

Muckauf: Schon möglich. Die Haltestill's wickeln sie ja um 'n Finger! Du redst auch schon wie 'n Stahlhelmer!

Haltestill: Das war nicht so gemeint. Mußte nicht gleich krumm nehmen. Aber Ihr könnt einen auch hochbringen mit Eurem dauernden „Man muß kämpfen" und so . . .

Muckauf: Also faßta, ich sollage Dich als Rußland-Delegierten vor. Und wenn Du nicht willst, dann kannst Du Deine Stimme für 'n anderen Nichtkommunisten abgeben. Komm man, jetzt ist's Zeit.

Haltestill: Meine Olle wartet mit 'm Essen zu Hause. Denn gibt's wieder Krach! Du weißt doch, ich bin 'n alter Ehekrüppel.

Muckauf: Das ist nicht wahr! Deine Alte leidet genau wie Du unter den Verhältnissen. Die ist auch 'n Ehekrüppel oder vielmehr, wir alle sind Sklaven, Mann und Frau. Siehste, das ist auch anders in Rußland. Da ist die Frau von der Sklaverei des Haushalts befreit. Da gibt's bei jedem Betrieb Kindergärten. Und im Klub wird anständig gekocht für alle.

Haltestill: Abends — kein Krach, wenn man nach Hause kommt. Die Köhren anständig versorgt. Die Olle vergnügt. — Ach Donnerwetter, das möchte ich auch mal erleben!

Muckauf: Ja, dafür muß man aber kämpfen, Kollege!

Haltestill: Du, ich glaube, Du könntest mich doch vorschlagen.

Muckauf: Wofür denn?

Haltestill: Na, für Sowjet-Rußland und so!

Muckauf: Bleibe man im Lande und nähre Dich redlich!

Haltestill: Ne Du, ernstlich! Ich möchte das doch mal mit eigenen Augen sehen!

Muckauf: Na, denn mach' man zu! Is' schon höchste Zeit!

Haltestill: Auf jeden Fall muß einer rübergeschickt werden, der sich kein X für ein U vormachen läßt!

Muckauf: Ganz meine Meinung! Komm man, komm man!

Hindenburg-Rummel — Hindenburg-Schwindel in Delitzsch

Am Sonnabend eröffnete den deutschnationalen Rummel um Hindenburg der Kreis-Landbund in Delitzsch. Es war, wie der Vorsitzende selbst feststellte, eine einzige große Pleite, trotzdem der obligate „Einmarsch der Fahnen" vom Stahlhelm bis zum Lieschenbund nicht fehlte. Der schlechte Besuch sei auf den „Leutemangel" in der Landwirtschaft zurückzuführen. So sagte er. Was er nicht sagte, war, daß der „Leutemangel" auf die miserable Bezahlung durch diese Prozentpatrioten und die schlechten Arbeitsverhältnisse zurückzuführen ist.

Dann meckerte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lawerenz in seiner fulminanten Wahlrede los. Einige bemerkenswerte Stellen dieses Wahlschwindels seien hier glossiert. Er sagte, wenn wir vom Wiederaufbau sprechen wollen, können wir dies nur in Verbindung bringen mit der Wahl Hindenburgs.

Der Mann hat recht. Hindenburg ist die Verkörperung der rücksichtslosesten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse im Zeichen der Nationalisierung Hindenburg, meint Lawerenz, verwaltet sein Amt mit beispiellosser Hingabe. Hm, ein Mann, der nach seiner eigenen Meinung nichts von Politik versteht? Lawerenz will hier erzählen, daß der alte Mann noch Führer sein kann, verschweigt aber bewußt, daß dieser geschlagene Greis nichts anderes als eine Paradepuppe ist, die man den braven „nationalen" Kindern zum Spielen hinstellt.

Dann erzählte er etwas von dem herrlichen Wiederaufbau. Er meinte, die Schaffung des neuen Geldes sei aus eigener Kraft erfolgt. Weiß Lawerenz nichts vom Dawes-Plan? Weiß er nicht, daß die Stabilisierung der deutschen Mark nur mit Hilfe der ausländischen Kapitalisten erfolgt ist? Wir sind überzeugt, er weiß es. Also schwindelt er als deutscher Politiker.

Dann mußte er natürlich auch die Zölle verteidigen, die Zölle, die der Arbeiterschaft das Brot verteuern und die kargen Löhne verkürzen. Erneut erhob er den Ruf nach neuen Zöllen. Das ist das Programm der Großagrarier, und der Hindenburg-Schwindel soll diese Tatsachen verdecken und die Opfer ablenken von den neuen Ausplünderungsplänen. Klären wir als Kommunisten auf, unermüdlich. Das sind die Kernfragen, um die es geht. Lawerenz sagte selbst, ob Republik oder Monarchie, ist vorderhand nicht das Wichtigste. Die Hauptsache sei, diesen Staat für uns zu erobern. Das sei auch der Arbeiterschaft das Wichtigste, nämlich, unter der Führung der Kommunisten diesen Staat zwar nicht zu erobern, aber ihn zu zerschlagen und diese Bürgerblockregierung, die im Zeichen Hindenburgs die Diktatur der Ausbeuter ausübt, zu stürzen. Damit nicht eine kleine Minderheit, sondern die Mehrheit des schaffenden Volkes die Macht erobert. Nicht Bürgerblockdiktatur, sondern Diktatur des Proletariats sei unser Ziel, vor alledem!

Delitzsch. Schon wieder die gefährliche Ecke. Ein Autounfall ereignet sich vorgestern abend zwischen 6 und 7 Uhr an der berüchtigten Ecke Kohlstraße und Bismarckstraße. Der Kinobesitzer Rodehau wollte mit seinem neuen Wagen, von der Holzstraße kommend, nach der Bismarckstraße, als ihm ein von Bitterfeld kommender Wanderer-Kraftwagen in die Flanke fuhr. Herrn R. gelang es, seine Limousine sofort zum Halten zu bringen, während der Wanderer ihm in die linke Vorderseite fuhr und den Kotflügel beschädigte. Beide konnten ihre Fahrt fortsetzen. Personen wurden nicht verletzt. Wann endlich wird hier eine Wendung eintreten? Sollen denn wirklich erst Menschen getötet werden?

Delitzsch. Die Hindenburg-Straße ist da. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die Stadträter die Umtaufe der Chausseestraße in Hindenburg-Straße abgelehnt hatten. Der Stahlhelm hatte damals einen geharnischten Protest losgelassen. Jüttner von Halle hatte die ganze nationale Presse in Bewegung gesetzt. Aber die Stadtverordneten blieben hartnäckig. Nun lesen wir, daß die Polizei-Verwaltung von Delitzsch diese Umbenennung „verfügt" hat, wobei die Frage auftaucht, ob sie das überhaupt darf, da unseres Wissens nur ein Gemeindebeschluß etwas Derartiges festsetzen kann. Die nächste Sitzung der Stadtverordneten dürfte die Frage erneut aufrollen. Jedenfalls hat der Stahlhelm noch nicht über Stadtverordnete zu diktieren. Wir werden über den Ausgang dieser ergötzlichen Geschichte berichten.

Delitzsch. Ein Unglücksfall durch eine Luftschaukel. Ein junger Mann war einer fahrenden Gondel zu nahe gekommen und erhielt einen derben Schlag gegen den Kopf, so daß er schwere Wunden und eine Verstauchung des Schultergelenks davontrug.

Falkenberg. Auf der Lokomotive verunglückt. Am Donnerstag früh ereignete sich in Halle auf dem Güterbahnhof ein schwerer Zusammenstoß zweier Lokomotiven, bei dem der hiesige Lokomotivführer Klingel, der mit einer Falkenberger Maschine fuhr, so verletzt wurde, daß er dem hallischen Elisabeth-Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Als die Gesamtblutmenge des Erwachsenen wird ein Zwölftel bis ein Vierzehntel des Körpergewichts angenommen. Beim Neugeborenen ist sie geringer, im Durchschnitt ungefähr ein Neunzehntel, im höheren Alter nimmt sie gleichfalls ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0011

Neues aus aller Welt

Schwere Stürme über Hamburg

Als Ausläufer schwerer Stürme, die seit drei Tagen auf der Nordsee wüten, tobte in der vergangenen Nacht ein schwerer Nordweststurm über Hamburg und der Elbe. Das Wasser hatte heute früh eine Höhe von 12⅗₁₀ Zoll (Sturmflut) erreicht. Von Cuxhaven wird Hochwasser gemeldet. Mit einer Windstärke von 9—10 richtete der Sturm an den Schiffen und Hafenanlagen viel Schaden an. Der aus Indien kommende holländische Dampfer „Sinaken" stieß mit dem Feuerschiff „Elbe 3" zusammen. Das Feuerschiff verlor den Klüverbaum und erlitt auch sonst schwere Beschädigungen; der holländische Dampfer ist anscheinend unbeschädigt in den Hamburger Hafen eingelaufen. — Ein englischer und ein amerikanischer Dampfer wurden von ihren Tauen losgerissen, konnten aber bald wieder an ihre Anlegeplätze zurückgebracht werden, ohne daß größerer Schaden angerichtet wurde.

Mit Mann und Maus untergegangen!

Der 2000 Tonnen große deutsche Oelleichter „Theodor" geriet im Korsfjord in der Nähe von Bergen auf Grund und brach auseinander. Die aus sieben Mann bestehende Besatzung, die in die Takelage flüchtete, konnte, obwohl ein Rettungsdampfer nach der Strandungsstelle geschickt wurde, nicht mehr gerettet werden, da sie von den Wellen fortgespült wurde. Zwei Leichen wurden bereits aufgefunden.

Deutscher Ozeanflug in Etappen noch in diesem Jahre?!

Bei der in Norderney stehenden dreimotorigen Ozeanflugmaschine des Typs G 24 Junkers, von der schon kürzlich berichtet wurde, handelt es sich um ein der Gesellschaft „Severa" in Kiel gehörendes Flugzeug, das für einen Flug Lissabon—Neufundland—Neuyork bestimmt ist, um dadurch die Möglichkeit eines regelmäßigen Ozeanluftverkehrs zu beweisen. In Horta auf den Azoren und St. Johns auf Neufundland sind Brennstoff- und Ersatzteillager eingerichtet worden. Starten soll zunächst die dreimotorige Junkers-Maschine, die geführt wird von den Piloten Rolf Starke, Karl Löwe und Fritz Loose. Außer dem Bordmonteur Flittner wird als Passagier eine Dame mitfliegen. Eine einmotorige Heinkel-Maschine, die ebenfalls in diesem Jahre noch starten soll, befindet sich noch in Warnemünde.

Sturmschäden auch in England

Infolge der heftigen Stürme, die gestern über England dahingingen, wurden insgesamt sechs Personen getötet. In Newcastle wurden zwei Kinder von einer zusammenbrechenden Mauer erschlagen. In Chester tötete ein umstürzender Baum ein Ehepaar. Durch die anhaltenden Regengüsse sind weite Gebiete in Mittel- und Nordengland überschwemmt. Ueber 300 Telephonlinien sind außer Betrieb. In Greenock sind durch einen Wolkenbruch 80 Häuser unter Wasser gesetzt, deren Bewohner teilweise aus den Fenstern flüchten mußten. Der schottische Expreß zwischen London und Carlyle entging nur dadurch der Entgleisung, daß es dem Zugführer gelang, den Zug 100 Meter vor einer Stelle, an der durch den Sturm umgestürzte Bäume die Geleise versperrten, zum Stehen zu bringen.

Ein Lehrerehepaar in der Ostsee ertrunken

Infolge des heftigen Sturmes und des hohen Seeganges auf der Ostsee gerieten am Sonntagnachmittag vor der Insel Poel zwei Paddelboote aus Travemünde in Seenot. In jedem der Boote befand sich ein Lehrerehepaar. Beide Boote kenterten. Ein Lehrer und seine Gattin aus Harburg konnten sich in der Nähe der Lotsenstation Timmendorfer Strand retten. Das andere Lehrerehepaar Bohm aus Wilhelmsburg hat in den Fluten der stark bewegten See seinen Tod gefunden. Von der Lotsenstation des Timmendorfer Strandes wurde das Bootsunglück bemerkt. Die Versuche, das mit den Wellen kämpfende Ehepaar durch Schwimmgürtel zu retten, blieben erfolglos.

Großfeuer in Pforzheim

In Eisingen sind in der vergangenen Nacht sechs Wohnhäuser und fünf Scheunen abgebrannt. Sechs Familien mit 30 Personen sind obdachlos geworden. Der Schaden beträgt 65 000 Mark. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Schwer verletzt und noch einmal verunglückt

Vorgestern abend kurz nach 9 Uhr verunglückte in der Nähe von Homburg v. d. H. ein Kraftwagen. Drei Personen wurden dabei schwer verletzt. Ein anderes Automobil, das dem Kraftwagen folgte, nahm die Verletzten auf und wollte sie in das Homburger Krankenhaus bringen. Am Homburger Schloßgarten verfehlte es den Weg und stürzte in einen Graben. Hierbei trugen die Verunglückten erneut Verletzungen davon. Einer der Verunglückten wurde in hoffnungslosem, die beiden anderen in ernstem Zustand dem Krankenhaus zugeführt.

Liebestragödie in Dresden

In einem Gasthofe hat ein 50 Jahre alter verheirateter Handwerker aus Freital eine jüngere verheiratete Frau und dann sich selbst erschossen. Da beide ein Liebesverhältnis unterhielten, wird angenommen, daß die Tat in gegenseitigem Einverständnis geschah.

Der „Volkssport" in Nöten

Die Berichterstatter des 6. Bezirks für die klare Linie des Arbeitersportes

Am Sonntag, dem 3. Oktober, tagten im „Volkspark" die Sport-Berichterstatter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes des 6. Bezirks. Genosse Pabst eröffnete die Sitzung um ½11 Uhr mit folgender Tagesordnung. 1. Protokoll. 2. Bericht des Obmannes. 3. Anwesenheitsliste. 4. Eingänge. 5. Verschiedenes.

Ueber die geschehene Veröffentlichung der Bekanntgabe der Sitzung wurden verschiedene Zweifel gehegt, die der Vorsitzende zerstreute. Dann kritisierte Genosse **Pabst** den minimalen Besuch der Sitzung, weist auf die notwendig stattgefundene Umstellung des Berichterstatterwesens bei Gründung des „Volkssport" hin, sowie daß der große Teil der angeschlossenen Vereine noch sehr säumig sind. Gibt bekannt, daß im Winter unsere Kurse stattfinden werden. Er hebt hervor, daß die technische Berichterstattung bei den größeren Veranstaltungen in Halle außerordentlich zur Zufriedenheit geklappt hat. Er erwähnt, daß der Kreis und andere Instanzen der Berichterstatterzentrale des 6. Bezirkes nicht die notwendige Aufmerksamkeit zukommen lassen. Pabst verliest ein Rundschreiben der Kreisleitung, worin auf intensivere Arbeit der einzelnen Zentralen hingewiesen wird, ebenso, daß die Bezahlung der Bezieher des „Volkssport" zu sehr zu wünschen übrig läßt (!).

Dann verliest Genosse **Pabst** die einzelnen Rundschreiben, in denen die Absichten des Genossen Engel (Redakteur des „Volkssport") klargelegt werden.

Genosse **Hartleb** kritisiert die Absichten des Genossen **Engel**, der in Zukunft im „Volkssport" vier Seiten Arbeitersport und

vier Seiten bürgerlichen Sport

bringen will und stellt dies als verwerflich hin. Desgleichen die zweite Absicht des Genossen Engel, vier Seiten Arbeitersport und vier Seiten Politisches und Wirtschaftliches. Genosse **Bezold** legt die wahrscheinlichen Gründe der finanziellen Misere des „Volkssport" klar, ebenso verurteilt er die einseitig eingestellte Schreibweise des „Volkssport". Es scheint dort manches nicht zu stimmen.

Die Vorschläge in bezug auf Umbau des „Volkssport" sind sehr gefährlich.

Bürgerlicher Sport gehört in keine Arbeitersportzeitung.

Auch der Vorschlag, vier Seiten politische und wirtschaftliche Nachrichten kann keinen Erfolg bringen. Ich wünsche, daß der Kreis bald in der Lage sein wird, seinen eigenen Verlag wieder beschaffen zu können. Genosse **Hartleb** schließt sich dem Vorredner an, bemerkt aber gleichzeitig, daß auch das „**Volksblatt**" in seiner Berichterstattung im besonderen beim Russenspiel nicht den richtigen Weg gefunden hat und weist den Vertreter des „Volksblatt" an, sich die Antworten bei der Tagung des Bezirkes zu holen. Wir wollen unsere Bewegung fördern, und sie nicht durch derartige liebliche Berichte zerschlagen.

Ein Eingang des **HFC. Sportbrüder** liegt vor, welcher sich gegen die Veröffentlichungen beim Spiel Sportbrüder gegen Salza verwahren. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte. Genosse Festerling stellt eine Entschließung mit folgendem Wortlaut:

Die gebrauchten Worte in dem betreffenden Bericht entsprechen nicht den Zielen unseres Berichterstatterwesens. In Zukunft sind ähnliche Worte und Satzbildungen zu unterlassen.

Diese Entschließung wird einstimmig angenommen. Weiter wird ein Artikel des Sportgenossen **Schulze**, der von den Tagespressen abgelehnt war, kritisiert und ebenfalls abgelehnt.

Genosse **Pabst** nimmt Bezug auf das Russenspiel. Er kritisiert das Verhalten des RFB. in bezug auf die Kartenvertreibung. Er ist der Ansicht, daß den Bezirksvorstand keine Schuld treffen kann. Weiter erklärt Pabst, daß er mit dem Bericht des „Volksblatt" nichts zu tun habe. Sportgenosse **Hartleb** kritisiert das Verhalten des „Volksblatt" beim Russenspiel. Genosse **Bezold** gibt ebenfalls eine Klarlegung des Reklamewesens im „Klassenkampf". **Festerling** wünscht, daß die Zentrale Mittel und Wege suchen soll, daß zwischen den Verlegern der Arbeiterpresse und der Zentrale eine Vereinbarung betreffs Reklamebezahlung erreicht wird. Pabst stellt fest, daß er sich hier schon bemüht hat und verspricht nochmals einen Schritt in dieser Hinsicht zu unternehmen. 1.15 Uhr schließt Pabst die Sitzung.

Städtekampf im Boxen

Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr [692

im „Wintergarten"

Leipzig — Halle

Städtemannschaft „Atlas"

Fußballbericht aus dem Bitterfelder Bezirk

Am letzten Sonntag war der Spielbetrieb recht mäßig, zwei erstklassige Treffen fanden statt, welche erwartungsgemäß verliefen. **Niemegk 1. — Petersroda 1. 3 : 2 (2 : 0).** Dieses Spiel wurde oft laut und undiszipliniert durchgeführt, woran der Ersatz-Schiedsrichter, welcher für den nicht erschienenen einsprang, viel Schuld trägt, da er nicht energisch durchgriff zum Spiel. Petersroda, mit Wind spielend, kommt schon in der 5. Minute zum Erfolg, dem sich in der 25. Minute Nr. 2 zugesellt. Niemegk unternimmt ebenfalls gefährliche Angriffe, ohne jedoch etwas erzielen zu können. Halbzeit. Nach Wiederanstoß findet sich Niemegk zusammen und stellt bald den Gleichstand her. Beide Mannschaften kämpfen mit allen Mitteln um den Sieg, Niemegk ist der Glücklichere, indem der Halblinke einen Nachschuß glatt verwandelt. **Sandersdorf 1. — Piesteritz 1. 1 : 0 (0 : 0).** Dieses Spiel kam auf dem Gemeindesportplatz in Sandersdorf zum Austrag. Beide Mannschaften spielten äußerst hart, so daß man den Charakter eines Punktspieles immer vor Augen hatte. Der einzige Treffer wurde in der ersten Viertelstunde nach Halbzeit erzielt, ein Unentschieden hätte dem Spielverlauf besser entsprochen. Schiedsrichter war dem Spiel nicht gewachsen. Piesteritz 2. — Wolfen 2. 2 : 0 (2 : 0). Zscherndorf 2. gegen Petersroda 2. 1 : 2. Piesteritz 1. Jugend — Wolfen 1. Jugend 1 : 1 (0 : 0). Zscherndorf 1. brachte von Brehna einen beachtenswerten 5 : 0-Sieg nach Hause. Brehna 1. war nicht fünf Tore schlechter, das Ehrentor hatten sie bestimmt verdient.

Im Lager der **Handballer** herrschte ebenfalls wenig Spielbetrieb, von den drei Serienspielen liegt nur ein Bericht vor. 03 Bitterfeld 1. leistete sich einen recht üblen Scherz, indem sie sich von Wolfen 1. mit 4 : 2 hineinlegen ließen. Der Sieg letzterer war voll und ganz verdient.

Arbeiter-Sportkartell Ammendorf. Unsere nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 5. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Eiche" in Radewell statt. Die in den einzelnen Vereinen neugewählten Delegierten müssen vollzählig erscheinen.

Vereinsmitteilungen

Freier Wassersportverein Halle (Handball). Achtung, Vereinsspielleiter! Suchen zum 9. Oktober für 1. und 2. Mannschaft Gegner. Meldungen sind zu richten an Artur Scholz, Ludwigstraße 46. [690

Turn- und Sportverein Fichte, Halle. Freitag, den 7. Oktober, abends 7.30 Uhr, Vorturnersitzung im „Volkspark". Sämtliche Vorturner haben zu erscheinen, sehr wichtige Tagesordnung. I. A.: Der technische Leiter. — **Vergnügungs-Ausschuß.** Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung bei Werge, Torstr. 49. Alles muß erscheinen. [691

Marktkleinhandelspreise in Halle am 4. Oktober

Obst und Gemüse

Eßbirnen	1 Pfd.	0,10—0,30	Mk.
Kochbirnen	1 Pfd.	0,08—0,15	"
Kochäpfel	1 Pfd.	0,06—0,20	"
Eßäpfel	1 Pfd.	0,10—0,35	"
Bananen	1 Stck.	0,08—0,15	"
Preißelbeeren	1 Pfd.	0,45—0,51	"
Weintrauben	1 Pfd.	0,35—0,50	"
Pflaumen	1 Pfd.	0,15—0,20	"
Tomaten	1 Pfd.	0,15—0,20	"
Nüsse	1 Pfd.	0,50—0,60	"
Grüne Bohnen	1 Pfd.	0,25—0,30	"
Wachsbohnen	1 Pfd.	0,30—0,35	"
Salat-Gurken	1 Stck.	0,05—0,15	"
Einlegegurken	1 Schck.	1,00—2,00	"
Senfgurken	1 Mdl.	1,20—2,50	"
Pfeffergurken	1 Pfd.	0,40—0,60	"
Radieschen	1 Bd.	0,08	"
Weißkohl	1 Pfd.	0,06—0,07	"
Rotkohl	1 Pfd.	0,10—0,15	"
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,10—0,12	"
Blumenkohl	1 Kopf	0,10—0,40	"
Salat	1 Kopf	0,08—0,10	"
Spinat	1 Pfd.	0,10—0,12	"
Mohrrüben	1 Pfd.	0,08—0,10	"
Kohlrüben	1 Pfd.	0,08—0,10	"
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10—0,15	"
Kohlrabi	1 Stck.	0,04—0,06	"
Zwiebeln	1 Pfd.	0,10—0,15	"
Sellerie	1 Stck.	0,08—0,15	"
Porree	1 Bd.	0,15—0,20	"
Kürbis	1 Pfd.	0,10	"

Fische

Hechte	1 Pfd.	1,50	"
Fr. Aal	1 Pfd.	2,00—2,50	"
Aal, ger.	1 Pfd.	3,50—4,00	"
Goldbarsch, frisch	1 Pfd.	0,25	"
Goldbarsch, ger.	1 Pfd.	0,30	"
Schleie	1 Pfd.	2,00—2,20	Mk.
Kabeljau	1 Pfd.	0,45	"
Schellfisch	1 Pfd.	0,25—0,30	"
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	1,6	"
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—0,90	"
Heringe, Norw.	1 Stck.	0,05—0,06	"
Heringe, Schotten	1 Stck.	0,10—0,15	"
Grüne Heringe	1 Pfd.	0,30	"
Bückling	1 Pfd.	0,60	"
Seelachs, frisch	1 Pfd.	0,25	"
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60	"
Karpfen	1 Pfd.	1,40	"

Wild und Geflügel

Enten	1 Pfd.	1,20—1,50	"
Gänse	1 Pfd.	1,10—1,50	"
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,30	"
Tauben	1 Stck.	0,50—0,90	"
Rebhühner	1 Stck.	1,00—2,50	"
Rehfleisch	1 Pfd.	0,60—2,25	"
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,50—1,80	"
Kaninchen, Stall	1 Pfd.	1,00—1,10	"
Wilde Kaninchen	1 Stck.	1,00—2,50	"
Hasen, ausgeschl.	1 Pfd.	1,30—1,50	"

Sonstiges

Butter, Molk.	1 Stck.	1,15—1,20	"
Butter, Bauern	1 Stck.	1,00—1,10	"
Quark	1 Pfd.	0,35	"
Käse	1 Stck.	0,10—0,20	"
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50	"
Kartoffeln	10 Pfd.	0,45—0,50	"
Kartoffeln, Nieren	10 Pfd.	0,7[illegible]—0,80	"
Eier	1 Stck.	0,14—0,16	"
Zitronen	1 Stck.	0,08—0,10	"
Meerrettich	1 Stck.	0,20—0,40	"
Petersilie	1 Pfd.	0,35	"

Fleisch- und Wurstwaren

Je Pfund

Rindfleisch:		
Kochfleisch	0,90—1,10	Mk.
Bratenfleisch	1,20—1,30	"
Gefrierfleisch	0,75—1,10	"
Kalbfleisch:		
Kochfleisch	1,00—1,10	"
Bratenfleisch	1,20—1,30	"
Hammelfleisch		
Kochfleisch	0,90—1,00	"
Bratenfleisch	1,10—1,30	"
Schweinefleisch		
Kamm und Koteletten	1,10—1,30	"
Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,10	"
Ziegenfleisch	0,50—0,80	Mk.
Roßfleisch	0,60—0,70	"
Wurstwaren:		
Schlackwurst	2,00—2,30	"
Knackwurst	1,40—1,60	"
Mettwurst	1,40—1,60	"
Zervelatwurst	2,00—2,30	"
Schwartenwurst	0,90—1,10	"
Rotwurst, frisch	1,00—1,10	"
Rotwurst, geräuch.	1,20—1,30	"
Leberwurst, frisch	1,00—1,10	"
Leberwurst, geräuch.	1,20—1,30	"
Schinken, roh	2,00—2,[illegible]0	"
Schinken, gekocht	2,50—2,80	"
Speck, fett, geräuch.	1,00—1,10	"
Speck, mager, geräuch.	1,20—1,30	"

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 4. Oktober

Für 1000 kg	alte Ernte	neue Ernte	Für 100 kg	alte Ernte	neue Ernte
Weizen	—	250—258	Viktoriaerbsen	—	52—54
Roggen	—	250—256	Futtererbsen	—	21—23
Braugerste	—	255—263	Raps	—	—
Wintergerste	—	230—235	Weizenkleie, mittel	—	14,00—14,50
Futtergerste	—	22[illegible]—23[illegible]	Weizenkleie, grob	—	—
Hafer	—	218—223	Roggenkleie	—	14,75—15,25
Mais	—	192	Malzkeime	—	14,25—14,75
			Trockenschnitzel	—	11,5[illegible]—11,75

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle vom 3. Oktober

Gattung	a) für 50 kg Fleischgewicht			b) für 50 kg aus dem Ausland eingef. Gefrierfleisch		
	I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.	I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.
Ochsen	100	50	95	61	55	
Bullen	100	94	98			
Kühe	100	50	93			
Jungrinder	95	90	90			
Mastkälber (einschl. Lunge und Leber)						
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	110	85	105			
Lämmer, Masthammel (einschl. Lunge und Leber)	110	100	110			
Schafe (einschl. Lunge und Leber)	98	70	98			
Schweine einschl. Mittel und Geschlinge	93	84	91			
Rumänische Schweine						

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Zeitweise heiter, noch vereinzelte Schauer, nachts sehr kühl, abflauende Westwinde.

Für das übrige Deutschland: Ueberall sehr kühl, stellenweise Nachtfröste. In der nördlichen Hälfte noch stellenweise Schauer, sonst trocken und heiter.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Samisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Halle. Stadtteil Osten. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, bei Böhle, Sandberg, Mitgliederversammlung der Zellengruppe 2. Thema: Genossenschaftsfragen. Die Straßenzellenkassierer werden hiermit beauftragt, sämtliche Genossen mündlich einzuladen.
Halle. Stadtteil Norden. Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark" wichtige Stadtteilmitgliederversammlung.
Halle. Stadtteil Osten, Zellengruppe 3. Donnerstag abend 8 Uhr bei Lohse Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Arbeitsgebiet Dieskau, Kleinkugel, Bruckdorf, Zwintschöna. Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr, bei Grosse, Bruckdorf.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bouch. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Berichterstattung vom Bezirksparteitag.
Greppin. Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schmidt öffentl. Mitgliederversammlung. Referent Gen. Schröter.
Bitterfeld. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Mitgliederversammlung. Berichterstattung vom Bezirksparteitag.

Unterbezirk Delitzsch

Glesien. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, bei Raue große Funktionärsitzung. Referent Genosse Kunz, Halle.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Die Fragebogen vom Jugendtag müssen sofort von allen Ortsgruppen an die BL. eingeschickt werden.
Halle. Musikspieler Mittwoch abend 8 Uhr in der Jugendherberge Weingärten Uebungsstunde. **Alle Genossen, welche Instrumente besitzen, sind eingeladen.**

Halle. Achtung, betrifft Einheitskleidung! Täglich können Bestellungen und Proben im Gaubureau beim Genossen Max abgegeben werden.
Halle Donnerstag abend 8 Uhr im Gesellenheim, Klosterstraße, Jugendsektionsversammlung des DMV.

Unterbezirk Merseburg

Neumarkt. Donnerstag Gruppenabend im Lokal Schumann.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S. Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv Versammlung der Bezirke 1 und 2.
Halle. Donnerstag abend 6 Uhr auf dem Sandanger Uebungsstunde des Spielmannszuges.
Merseburg. Mittwoch, 5. Oktober, Nachmittagswanderung. Treffpunkt ½2 Uhr an der Waterloobrücke.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.
Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14 971 Fritz Brückner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Alle Kameraden beteiligen sich am Gautreffen der Roten Jungfront in Weißenfels am 22. und 23. Oktober. Fahrt per Sonderzug. Fahrpreis zirka 1,50 bis 2 Mk. Meldung aller Teilnehmer bis Sonnabend, den 8. Oktober, bei den Abteilungsführern. Kameraden! Weißenfels sah bisher noch keinen Aufmarsch der roten Front. Beweist die Stärke unserer Organisation. Beteiligt Euch zahlreich.
Halle. Abt. 2 (Süden). Mittwoch, 5. Oktober, abends 8 Uhr, bei Häster, „Thüringer Schloß". Appell. Dazu hat zu erscheinen die Abteilungsführung und Spielleute mit sämtlichem Inventar.
Werbebezirk Dölau. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, in Nietleben im Gasthof „Zur Sonne" Werbebezirksversammlung. Referent zur Stelle.
Halle. Reserve-Spielleute. Heute abend pünktlich 8 Uhr bei Wötzel Ueben.
Halle. Ortsvorstand. Mittwoch, 5. Oktober, pünktlich abends 8 Uhr, im „Thüringer Schloß", Merseburger u. Ecke Thüringer Straße, Sitzung. Von allen Abteilungen hat Pol-, Technischer und Jungfront-Führer mit zu erscheinen.
Halle. Geschlossener Spielmannszug. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, bei Wötzel Ueben.
Halle. Rote Jungfront, Abteilung 2 (Süden). Donnerstag, den 6. Oktober, bei Häster („Thüringer Schlößchen") große Mitgliederversammlung. Funktionäre haben einzuladen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zusammenkunft. Probe zum RJ.-Gautreffen sowie Vorbereitungsarbeiten.
Weißenfels. Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Spielmannszug Mittwoch abend 8 Uhr Uebungsstunde und Appell sowie besondere Mitteilungen.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung. Abends 8 Uhr Kapelle Uebungsstunde.
Bitterfeld. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen beim Untergautreffen am 8. u. 9. Oktober in Delitzsch.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 6. Oktober, 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung.
Delitzsch. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" (Mittelzimmer) Vorstands-, Gruppenführer- und Komiteesitzung. Jede Ortsgruppe des Untergaues hat zu dieser Versammlung einen Vertreter zu entsenden.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, den 5. Oktober, Mitgliederversammlung.
Zeitz. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Sitzung der neugewählten Untergauführung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle, Zentrum. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, bei Wetzel, Unterberg, Werbebezirksversammlung.
Ammendorf. Mitgliederversammlung Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Wichtige Tagesordnung. Referent zur Stelle.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29159

Die Kassierer aller Ortsgruppen müssen sofort die Abrechnungen in zwei Exemplaren einsenden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271004-15/fragment/page=0012